

# BESCHLUSSBUCH

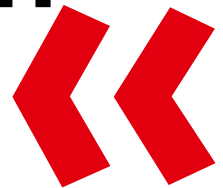
## ORDENTLICHER PARTEITAG DES SPD-UNTERBEZIRKS REGION HANNOVER

Samstag, 20. April 2024 | 10.00 bis 17.00 Uhr

Marie-Curie-Schule KGS Ronnenberg  
Am Sportpark 1 in Ronnenberg-Empelde



**DEMOKRATIE BRAUCHT  
DEMOKRAT:INNEN**



# Antragsübersicht

Stand: 29. April 2024

<b>MITGLIEDER DER ANTRAGSKOMMISSION</b> .....	6
<b>ARBEITSPROGRAMM</b> .....	7
AP 1 – Arbeitsprogramm 2.0	
Auf dem Weg zu einer modernen, offenen Mitgliederpartei .....	7
Grafische Übersicht: Arbeitsprogramm 2022-24.....	10
<b>LEITANTRAG (LA)</b> .....	11
LA 1 – Demokratie braucht Demokrat:innen! .....	11
LA 2 – Europa auf Kurs halten Gute Arbeit, nachhaltige Entwicklung und faire Partnerschaft	14
<b>ARBEIT (A)</b> .....	18
A 1 – Tarifbindung jetzt! .....	18
A 2 – Für ein echtes Tariftreuegesetz und entsprechende Vergaberichtlinien in Niedersachsen und im Bund .....	19
A 3 – Wir stehen zum Streikrecht! .....	20
A 4 – Ermutigungskampagne Diversität im Öffentlichen Dienst .....	21
<b>BAUEN UND WOHNEN (BA)</b> .....	22
BA 1 – Abschaffung der Zulässigkeit von Indexmieten.....	22
BA 2 – Antrag zur Beschränkung von Modernisierungsmieterhöhungen .....	23
BA 3 – Antrag zum Mietestopp .....	24
BA 4 – Stärkerer Schutz vor Eigenbedarfskündigungen .....	25
BA 5 – Wohneigentumsquote erhöhen – Altersvorsorge stärken.....	26
BA 6 – Leerstand bekämpfen! .....	27
<b>BILDUNG (BI)</b> .....	28
BI 1 – Für ein Sondervermögen für die Bildung.....	28
BI 2 – Stärkung der Bundes- und Landeszentralen für Politische Bildung.....	29

BI 3 – Beteiligungsverfahren bei Kürzungen, Weiterentwicklung und baulichen Maßnahmen im Schulbiologiezentrum Hannover	30
BI 4 – Berufsschulen zu Kompetenzzentren Beruflicher Bildung weiterentwickeln	31
BI 5 – Digitale Lernmittelfreiheit für alle Schüler:innen in Niedersachsen durchsetzen	32
BI 6 – Erhöhung des Zusatzbedarfs für Ganztagsgrundschulen	33
BI 7 – Familienzentren: Orte der Bildung, der Prävention, der Begegnung und Beratung von Familien in unterschiedlichen Lebenslagen.	34
BI 8 – Koordinierungsstelle Übergang	35
BI 9 – Angebot für neuzugewanderte schulpflichtige Jugendliche ohne Schulplatz	36
BI 10 – Stärkung der Sprachförderung im vorschulischen Bereich auf Landes- und Bundesebene – gegen die Streichung von Finanzmitteln	37
BI 11 – Digitale Lernmittelfreiheit für Schüler:innen in Niedersachsens Schulen	38
BI 12 – Schule ist mehr als Unterricht – Schulsozialarbeit stärken!	39
<b>DEMOKRATIE (D)</b>	40
D 1 – Worte finden, rechten Demagog:innen entgegnen	40
D 2 – Keine Ausreden – Parität jetzt!	41
D 3 – Briefwahl 2.0: Die Zukunft des Wählens liegt im Umschlag	42
D 4 – Nachhaltige Förderung der Medienkompetenz	43
<b>EUROPA (EU)</b>	44
EU 1 – Einführung des Europatags als europäischer Feiertag	44
<b>FINANZEN (F)</b>	45
F 1 – Änderung des Sparerpauschbetrages	45
F 2 – Kommunen und kommunale Aufgaben dauerhaft auskömmlich finanzieren	46
F 3 – Angemessene Anpassung der Erbschafts- und Schenkungssteuer	48
F 4 – Abschaffung der Schuldenbremse	49
F 5 – Einführung eines Kindersoli für Milliardäre	50
F 6 – Einführung eines Kommunalsoli für Milliardäre	51
<b>INNERES UND SICHERHEIT (IS)</b>	52
IS 1 – Auf der Straße für die Demokratie – Polizei resilient weiterentwickeln und weiterhin wehrhaft für die Demokratie aufstellen!	52

IS 2 – Erstattung der Kosten für Personenschutz im öffentlichen Bereich exponierter jüdischer Mitbürger:innen .....	54
IS 3 – Erhalt und weiterer Ausbau der Frauenhauslandschaft.....	55
<b>KLIMASCHUTZ (KI)</b> .....	56
KI 1 – Energiewende für alle I: Klimaneutraler Strom im Mehrfamilienhaus! – Einführung der Gemeinschaftlichen Gebäudeversorgung .....	56
KI 2 – Energiewende für alle II: Klimaneutrales heizen im Mehrfamilienhaus! – PV-Strom für Wärmepumpen unbürokratisch abrechnen .....	58
KI 3 – Klimaschutz und Klimawirtschaft.....	61
KI 4 – Elektromobilität ausbauen – Ladesäuleninfrastrukturstrategie (LASIS) gestalten .....	67
<b>KOMMUNALPOLITIK (K)</b> .....	71
K 1 – Antrag auf kostenlose Fahrten für Schüler:innen auch unterhalb der 2 km-Grenze .....	71
K 2 – Mehr öffentliche Trinkwasserbrunnen in der Region Hannover.....	72
K 3 – Eine Investition in unsere Zukunft – Änderung von § 120 Abs. 2 Satz 3 NKomVG.....	73
K 4 – Mehr Freiheit für kommunale Vorkaufsrechte .....	74
K 5 – Grundsätzliches Rauchverbot im Erlebnis-Zoo Hannover .....	75
<b>ORGANISATION (O)</b> .....	77
O 1 – Gründung: Arbeitsgruppe gegen eine Etablierung der AfD im Umland .....	77
O 2 – Eigene Videoplattform ermöglichen – SPD gestaltet die Hybridformate .....	78
O 3 – Frauenförderung und breitere Teilhabemöglichkeiten für Engagierte und Funktionsträger:innen .....	79
O 4 – Mitgliederwerbung und Stärkung des Ehrenamts .....	80
O 5 – Jährliche Delegiertenwahlen für mehr innerparteiliche Demokratie .....	82
<b>RESOLUTION (R)</b> .....	84
R 1 – Bezahlbarer Wohnraum in der Region Hannover: Wir verbinden politische Ebenen und Initiativen für Lösungen vor Ort .....	84
R 2 – Leitlinien des SPD-Unterbezirks Region Hannover zu Umwelt und Klimaschutz .....	86
R 3 – Neugründung von Arbeitsgemeinschaften .....	94
R 4 – Migrationspakt“ beschlossen. Jetzt muss die EU einen „Pakt zur Bekämpfung der Fluchtursachen“ umsetzen .....	95

<b>SATZUNGSÄNDERNDE ANTRÄGE (SÄ)</b> .....	97
SÄ 1 – Verantwortung teilen: Doppelvorsitz für den Unterbezirksbeirat .....	97
 <b>SOZIALES (S)</b> .....	 98
S 1 – Beantragung der Förderanträge nach BuT effizienter machen.....	98
S 2 – Absicherung und Stärkung von spezialisierten Beratungsangeboten FASD (Fetal Alcohol Spectrum Disorders) .....	100
S 3 – Abschaffung 2-Klassen-Medizin bei Terminvergaben .....	102
S 4 – Freiwilliges Soziales Jahr in Politik in den Parteien ermöglichen.....	103
S 5 – Energiekostenausgleich für Rentner:innen.....	104
S 6 – Automatische Auszahlung von BuT-Leistungen.....	105
S 7 – Finanzielle Sicherung für soziale Projekte in der Kinder- und Jugendarbeit.....	106
 <b>VERKEHR (V)</b> .....	 108
V 1 – Verzicht auf die Ausbauten der A2 und der A7 in der Region Hannover im Bundesverkehrswegeplan .....	108
V 2 – Umgehendes Abschleppen nicht zugelassener Kraftfahrzeuge („Schrottautos“) und Krafträder .....	109
V 3 – Stadtbahnlinie nach Garbsen Mitte .....	110
V 4 – Nahverkehr: Ringlinie für die äußeren Stadtteile der LHH .....	111
V 5 – Hochfrequentes autonomes Fahren in der Zukunft .....	113
 <b>ÄNDERUNGSANTRÄGE (Ä)</b> .....	 115
Ä 1 – Änderungsantrag zu AP-1: Arbeitsprogramm 2.0 Auf dem Weg zu einer modernen, offenen Mitgliederpartei .....	115
Ä 2 – Änderungsantrag zu BA-6: Leerstand bekämpfen! .....	116
Ä 3 – Änderungsantrag zu IS-1: Auf der Straße für die Demokratie – Polizei resilient weiterentwickeln und weiterhin wehrhaft für die Demokratie aufstellen! .....	117
Ä 4 – Änderungsantrag zu S-7: Finanzielle Sicherung für soziale Projekte in der Kinder- und Jugendarbeit .....	118
Ä 5 – Änderungsantrag zu V-1: Verzicht auf die Ausbauten der A2 und der A7 in der Region Hannover im Bundesverkehrswegeplan .....	139

# MITGLIEDER DER ANTRAGSKOMMISSION

Name	OV	Zuständigkeit
Boidol, Nina*	(Ronnenberg)	<i>Inneres und Sicherheit, Kommunalpolitik, Soziales</i>
Dzaack, Alexandra	(Vahrenwald-List)	<i>Organisation, Soziales</i>
Fischer, Klaus*	(Seelze)	
Flockemann, Roman	(Hannover-Südwest)	
Hendricks, Dr. Kirsten*	(Südstadt-Bult)	<i>Vorsitz, Leitantrag, Arbeitsprogramm, satzungsändernde Anträge</i>
Hermann, Niklas	(Vahrenwald-List)	<i>Arbeit</i>
Mewes, Patrick	(Laatzen)	<i>Finanzen</i>
Peisker, Niklas	(Burgdorf)	
Rödel, Bernd*	(Ki-Be-Wü)	<i>Inneres und Sicherheit, Verkehr</i>
Sadow, Michael	(Oststadt/Zoo)	<i>Demokratie</i>
Schmalstieg, Philipp*	(Linden-Limmer)	<i>Bauen und Wohnen</i>
Schlüter, Janina	(Oststadt/Zoo)	<i>Resolutionen</i>
Schmitz, Robert	(Misburg-Anderten)	<i>Klimaschutz</i>
Schünemann, Dennis Lee	(Hainholz-Vinnhorst)	<i>Europa</i>
Seide-Matthies, Petra*	(Neustadt a.Rb.)	<i>Bildung, Soziales</i>
Sommer, Klaus-Peter	(Neustadt a.Rb.)	

Nach dem Statut des Unterbezirks wählt der Unterbezirksvorstand\* aus seinen Reihen sechs Mitglieder zur Antragskommission, der Beirat im Unterbezirk wählt zehn weitere Mitglieder aus dem Kreise der Delegierten.

# ARBEITSPROGRAMM

## AP 1 – Arbeitsprogramm 2.0

### Auf dem Weg zu einer modernen, offenen Mitgliederpartei

<u>Antragsteller:in</u>	Unterbezirksvorstand
<u>Weiterleitung</u>	Unterbezirksvorstand
<u>Status:</u>	Angenommen in geänderter Fassung
<u>Empfehlung der AK:</u>	Annahme

1 In den zurückliegenden zwei Jahren hatte sich der Unterbezirksvorstand intensiv mit dem im April  
2 2022 durch den ordentlichen Parteitag des Unterbezirks mit großer Mehrheit beschlossenen  
3 Arbeitsprogramm befasst. Das Ziel des Programms war mit einer „starken Zukunft SPD Region  
4 Hannover“ überschrieben. In drei Projektgruppen teilte sich die Umsetzung des  
5 Arbeitsprogramms praktisch auf: Mitglieder des Unterbezirksvorstandes entwickelten seither  
6 Maßnahmen und Ideen zu einer (1) *Entlastung und Unterstützung von Ortsvereinsvorständen*, (2)  
7 für eine *Lebendige Partei* sowie zur (3) *Mitgliederbetreuung und -qualifizierung*. Ferner umfasste  
8 das Papier die Ausgestaltung der 2022 geführten Landtagswahlkampagne in der Region  
9 Hannover. Die grafische Übersicht in der Anlage fasst die wesentlichen Schritte zusammen (siehe  
10 Anlage).

11 Zahlreiche inhaltlichen Maßnahmen haben wir in den zurückliegenden zwei Jahren auf den Weg  
12 bringen können. Im November 2023 hatte der Unterbezirksvorstand erstmals ein umfassendes  
13 und wegweisendes Rahmenkonzept „Qualifizierung, Führung und Verantwortung“ beschlossen.  
14 Die Vorstands- und Beiratssitzungen im Unterbezirk führen wir seit rund einem Jahr mit Hilfe  
15 hybrider Technik in Präsenz sowie digital durch. Ausgewählte Zielgruppen (Vorsitzende,  
16 Kassierer:innen, Mitgliederbeauftragte, Fraktionsvorsitzende) vernetzen wir mit Hilfe von  
17 geschlossenen Messenger-Gruppen (*Signal*). Wir kommunizieren seit etwa eineinhalb Jahren  
18 kontinuierlich neben Facebook auch in Instagram und prüfen die Ausweitung auf weitere  
19 Formate (Stichwort: TikTok). Hierzu bauen wir die Zuarbeit an Ortsvereine durch Sharepics und  
20 Vorlagen weiter aus (Stichwort: *Canvaisierung*). Wir haben einen regionsweiten kostenfreien  
21 Verleihservice aufgebaut und stellen nach dem Unterbezirksparteitag mit dem so genannten  
22 „Schnellfinder“ für politisch Aktive zahlreiche SPD-Anwendungen, Muster und Vorlagen sowie  
23 hilfreiche Erläuterungen auf den Internetseiten des Unterbezirks online. Hierzu zählt das Angebot  
24 weiterer nützlicher Online-Anwendungen im OpenSource-Format (Terminabfragen, Kalender,  
25 gemeinsame Dokumentenbearbeitung). Seit langer Zeit wieder führen wir unter der Überschrift  
26 von „*Pizza und Politik*“ Abende für neue Mitglieder in der Region durch. Mit der Idee von „*Mein*  
27 *Bild von Europa*“ stellen wir unseren Ortsvereinen zur Europawahl eine eigene regionsweite

28 Aktionskampagne zur Verfügung.

29 Die intensive Befassung mit dem Arbeitsprogramm hat sich bereits gelohnt. Einige Punkte harren  
30 derweil der Umsetzung. Der Fokus eines zukünftigen Arbeitsprogramms verschiebt sich dabei  
31 zusehends auf vor allem drei Herausforderungen: Die Organisationskraft der SPD hängt ganz  
32 wesentlich – nicht zuletzt für die Ausstattung mit hauptamtlichem Personal – von der  
33 Mitgliederstärke unserer Partei ab. Zweitens bedarf die Struktur unserer Partei vor Ort einer  
34 gesteigerten Aufmerksamkeit. Welche – mitunter statuarisch vorgeschriebenen –  
35 Organisationsformen können und wollen wir noch aufrechterhalten? Drittens stellt sich vielerorts  
36 immer öfter die Frage nach der Kampagnenfähigkeit der SPD in der Region Hannover.

37 Vor diesem Hintergrund beauftragt der Parteitag des SPD-Unterbezirks Region Hannover den  
38 Vorstand mit der Fortführung des 2022 beschlossenen Arbeitsprogramms bis Ende 2024  
39 (Arbeitsprogramm 2.0). Wir gehen dabei von einem Parteiverständnis aus, dass sich der  
40 Willensbildung nach von unten nach oben aufbaut, den Ortsvereinen ihre statuarische  
41 Autonomie in politischen Fragen ausdrücklich zugesteht und abzielt auf die Erkenntnis, dass ein  
42 Ganzes mehr bewirken kann als die Summe seiner Einzelteile. Die weitere Arbeit innerhalb der  
43 Parteiorganisation an einem *Arbeitsprogramm 2.0* hat dabei unter den drei oben beschriebenen  
44 Herausforderungen zu erfolgen:

45 1. Der Unterbezirksvorstand wird beauftragt, die Mitgliedergewinnung in Fortführung der  
46 bundesweiten „Mission 30.000“ zu verstetigen und konkret in die Gliederungen zu tragen  
47 und mit Hilfe von adaptierfähigen Vorlagen und Materialien zu operationalisieren. Den  
48 Mitgliederbeauftragten in Unterbezirk und Ortsvereinen kommt hierbei eine wesentliche  
49 Multiplikator:innen-Funktion zu. Neben der Betreuung bestehender Mitglieder sind  
50 Maßnahmen vor allem auszurichten an der Ansprache, der Gewinnung und dem  
51 langfristigen Verbleib neuer Mitglieder in die SPD.

52 2. Der Unterbezirksvorstand wird angehalten, ein passendes Format zu entwickeln, Ortsvereine  
53 auf Wunsch zu beraten und zu begleiten, die eigenen Strukturen zu reflektieren und diese  
54 zukunftsfest und nachhaltig resilient weiterzuentwickeln. Eine Variante kann die Idee eines  
55 wertschätzenden Besuchs von Ortsvereinen durch den Unterbezirksvorstand bedeuten. Auf  
56 diese Weise soll das Element des solidarischen, wechselseitigen Lernens gestärkt und gute  
57 Erfahrungen für Dritte im Unterbezirk erfahrbar gemacht werden. Auch soll eine engere  
58 Verknüpfung von Gliederungen forciert werden. In diesem Zuge soll die in 2022/23 erhobene  
59 Umfrage unter Ortsvereinsvorsitzenden aufbereitet, mögliche Schlussfolgerungen daraus im  
60 Rahmen eines Beirats breit diskutiert und konkrete Maßnahmen daraus im  
61 Unterbezirksvorstand beschlossen werden.

62 3. Zur mittelfristigen Aufrechterhaltung der Kampagnenfähigkeit unserer Ortsvereine und dem  
63 weiteren Heben solidarischer Synergieeffekte beauftragt der Parteitag den  
64 Unterbezirksvorstand, im Anschluss an eine im November 2023 durchgeführte Klausur zu  
65 einer „neuen Zusammenarbeit im Unterbezirk“ diese Arbeit fortzusetzen und unter  
66 Beteiligung möglichst vieler Gliederungen sowie der Hauptamtlichkeit einen Katalog an



67 Dienstleistungen und politischer Unterstützung im Unterbezirk vorzulegen. Hierzu wird eine  
68 Lenkungsgruppe eingerichtet, welche die Arbeit koordiniert und dem Vorstand regelmäßig  
69 berichtet.

70 4. Über das Wahlprogramm zur Kommunalwahl und in Ergänzung der vielfältigen politischen  
71 Arbeit der SPD-Regionsfraktion wird der Unterbezirksvorstand angehalten, im Anschluss an  
72 den Parteitag zu einer Auftaktklausur einzuladen. Zielsetzung eines solchen Arbeitstreffens  
73 sollte es sein, abseits von organisatorischen Fragestellungen weitere inhaltliche Impulse für  
74 die Region zu entwickeln und zu vereinbaren. Auf diese Weise stärken wir das aktive Agenda-  
75 Setting der SPD in der Region Hannover.

76 Das Arbeitsprogramm 2.0 folgt dabei der Zielsetzung, die Ausgangslage der SPD auf  
77 organisatorischer und struktureller Ebene im Vorfeld der Kommunalwahlen 2026  
78 weiterzuentwickeln. Der Unterbezirksvorstand berichtet den Ortsvereinen im Rahmen eines  
79 Unterbezirksbeirats über den Fortgang des Arbeitsprogramms 2.0. Eine Konferenz der  
80 Ortsvereinsvorsitzenden sorgt spätestens 2025, rund ein Jahr vor der Kommunalwahl, für eine  
81 Rückkopplung an die Ortsvereine und ihre Vorstände.

Anlage:

Grafische Übersicht über das UB-Arbeitsprogramm 2022-24

## Grafische Übersicht: Arbeitsprogramm 2022-24

2022			
<b>2. Quartal</b>	<b>Landtagswahl Kampagne</b> Erstellung eines Veranstaltungsformates inkl. Vorlagen für Pressemitteilung, Sharepics, Text für soziale Medien und Möglichkeit zur Sammelbestellung etwaigen Materials		<b>Entlastung und Unterstützung Ortsvereinsvorstände</b> Projektbeginn
<b>3. Quartal</b>	Bereitstellung der Inhalte und des Materials		Organigramm (Unterbezirk, Regionsfraktion, Region, Bezirk) (fortlaufende Aktualisierung)
<b>4. Quartal</b>	<b>Landtagswahl</b>	<b>Lenbendige Partei</b> Projektbeginn	Abfrage bei den OV's zur Nutzung von externen Angeboten - Fotos, Plakate hängen, Soziale Medien. Zusammenstellung für alle OV's im Unterbezirk. Zusammenstellung von politischen Inhalten für Übersichten Jahreshauptversammlungen - 3 Erfolge, 3 Ziele, 3 Formalien (Wahlen, Parteistruktur) - als Flyer und Text zum Kopieren auf die MV-Einladung.
2023			
<b>1. Quartal</b>	<b>Mitgliederbetreuung und -qualifizierung</b> Projektbeginn	Entbürokratisierung - einfache und transparente interne Kommunikationsstrukturen Beteiligungsangebote flexibilisieren	Zusammenstellung der vorhandenen Tools der Bundespartei (Corporate Design, Fotoplattform, Easymailer, Partiewiki im Willy-Brandt-Haus...) Erstellung von leicht nutzbaren Vorlagen zu Corporate Design, beispw. als Powerpoint-Vorlage für Kacheln und Word-Vorlage für Anschreiben. (Eventuell Workshop-Angebot dazu)
<b>2. Quartal</b>	Ein Fragebogen zur Mitgliederwerbung - Mitgliederbetreuung	parallele Mitmachkanäle initiieren	OVV-Konferenz (Austausch zu ersten Ergebnissen, Best Practices aus Ortsvereinen und Herausforderungen).
<b>3. Quartal</b>	Einsetzen einer/-s Mitgliederkoordinator:in Konferenz zu ÖA / Mitgliederwerbung / -betreuung - jeder bringt ein Beispiel mit	<b>Lebendige Partei</b> Abschluss	Vorlagen zu Mustersatzung, Tagesordnung zu Mitgliederversammlungen, Delegiertenwahlen.
<b>4. Quartal</b>	<b>Mitgliederbetreuung und -qualifizierung</b> Abschluss	<b>Vorbereitung Europawahl</b> Erstellung und Verteilung Ablaufplan mit Orga-Paket für OVV's (Zeitplan, Vorlagen für Einladungen - Daten Fakten - Todos)	<b>Entlastung und Unterstützung Ortsvereinsvorstände</b> Zusammenstellung und Fertigstellung
2024			
		Frühjahr 2024 Europawahl	

# LEITANTRAG (LA)

## LA 1 – Demokratie braucht Demokrat:innen!

<u>Antragsteller:in</u>	Unterbezirksvorstand
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Regionsfraktion, Unterbezirksvorstand
<u>Status:</u>	Angenommen
<u>Empfehlung der AK:</u>	Annahme

- 1 Die Sozialdemokratie ist das Bollwerk gegen rechts: In Europa, Deutschland, Niedersachsen und  
2 gerade auch der Region Hannover. Unsere Geschichte ist unser Erbe, unser heutiges Handeln  
3 unsere Verantwortung.
- 4 Zum 91. Mal jährte sich im vergangenen Monat die Abstimmung über das  
5 „Ermächtigungsgesetz“. Unter Lebensgefahr haben sich unsere 94 Genoss:innen am 23. März  
6 1933 gegenüber allen anderen Parlamentarier:innen abgegrenzt und das Versagen der  
7 demokratischen Kräfte in Deutschland nicht geduldet. „Freiheit und Leben kann man uns  
8 nehmen, die Ehre nicht“, sagte einst unser damaliger SPD-Fraktionsvorsitzender Otto Wels. Diese  
9 einprägsame Mahnung gilt auch heute noch – gerade für uns Sozialdemokrat:innen, denn „nie  
10 wieder ist jetzt“!
- 11 Demokratie zu fördern ist kein abstraktes Vorhaben, sondern ein konkretes, tägliches und  
12 individuelles. Denn nur wenn es Demokrat:innen gibt, die unsere Demokratie stärken, verteidigen  
13 und für diese einstehen, kann die Demokratie leben. Wir als SPD-Unterbezirk Region Hannover  
14 möchten gemeinsam mit unseren Ortsvereinen und Fraktionen in den 21 Städten und Gemeinden  
15 sowie unserer Regionsfraktion besondere Verantwortung in der heutigen Zeit übernehmen, die  
16 durch multiple Krisen gekennzeichnet ist. Aus diesem Grund beschließt der Unterbezirksparteitag  
17 eine Demokratieoffensive in der Region Hannover, die auf den folgenden fünf Säulen baut:
- 18 1. Mehr Prävention: Stärkung der Demokratiebildung im Kindergarten und der Schule
- 19 Bildungseinrichtungen sind zentrale Erfahrungsorte der Demokratie. Aus diesem Grund muss  
20 Demokratie in diesen Einrichtungen mehr als bisher thematisiert werden. Kinder und  
21 Schüler:innen sollen in ihrem Alltag in einer Kultur der Mitbestimmung aufwachsen und z.B.  
22 durch Jugendbeteiligungsformate lernen, demokratische Verantwortung zu übernehmen. Somit  
23 können Kinder und Jugendliche damit aufwachsen, zu verstehen, dass verschiedene Meinungen  
24 eine Bereicherung sind und dass in einer demokratischen Gesellschaft verschiedene Meinungen  
25 beachtet werden müssen. Vielfalt ist die Stärke der Demokratie! Gegenüber der Landesebene und  
26 gemeinsam mit den regionsangehörigen Kommunen soll von hier eine Initiative ausgehen. Durch  
27 die Einrichtung einer Beratungsstelle stärken wir Bildungseinrichtungen, antidemokratischen  
28 Tendenzen möglichst frühzeitig entgegenzuwirken.

29 2. Mehr Demokratiebildung und -förderung: Stärkung der Angebote zur Politischen Bildung

30 Gerade im Bereich der sozialen Medien ist feststellbar, dass Verschwörungsmythen sehr schnell  
31 verbreitet werden. Deshalb braucht es einen engagierten Einsatz gegen die Verbreitung von „Fake  
32 News“. Ein besonderer Schlüssel muss hierbei der Förderung der Politischen Bildung für  
33 erwachsene Einwohner:innen der Region Hannover sein. Aufklärungsarbeit, Präventions-  
34 angebote und mehr wissenschaftliche Erkenntnisse über Formen der Online-Radikalisierung gilt  
35 es entsprechend zu stärken! Hierzu fordern wir die SPD-Regionsfraktion auf, in enger  
36 Abstimmung mit der SPD-Landtagsfraktion sowie dem zuständigen Niedersächsischen  
37 Wissenschafts- und Kulturministerium eine Offensive für die politische Erwachsenenbildung in  
38 der Region Hannover anzustoßen. Wir verknüpfen diese Maßnahmen eng mit den vorhandenen  
39 Bildungsakteuren in der Region.

40 3. Mehr Öffentlichkeit für die wehrhafte Demokratie: Unterstützung von Demonstrationen,  
41 regionalen Bündnissen und Beschlüssen

42 Die wehrhafte Demokratie ist ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft, um  
43 antidemokratischen Tendenzen entgegenzuwirken und unser Bollwerk gegen Rechtsradikalismus  
44 zu verteidigen. Es ist entscheidend, dass demokratische Kräfte zusammenarbeiten und sich  
45 gemeinsam für eine offene und tolerante Gesellschaft einsetzen. Die Demonstrationen in der  
46 gesamten Region u.a. in der Landeshauptstadt Hannover für Zusammenhalt und Demokratie, in  
47 Pattensen für eine weltoffene Gesellschaft oder in Sehnde etc. haben gezeigt, die Verteidigung  
48 der Demokratie bewegt die Bürger:innen.

49 Die Entstehungen von neuen Bündnissen in unseren Kommunen in der Region Hannover spielen  
50 dabei eine entscheidende Rolle, wie z.B. in Hemmingen mit dem Bündnis für Demokratie und  
51 Weltoffenheit oder in Wedemark mit dem Bündnis für Vielfalt und lebendige Demokratie. Diese  
52 Bündnisse bieten eine Plattform für den Austausch und die Zusammenarbeit verschiedener  
53 Akteur:innen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Vereine/Verbände. Gemeinsam können  
54 sie Strategien entwickeln, um demokratische Werte zu stärken.

55 Wir als SPD in der Region Hannover unterstützen daher ausdrücklich die Gründung von  
56 regionalen Bündnissen und rufen auch weiterhin zu Demonstrationen, Aktionen und Projekten  
57 für die wehrhafte Demokratie auf.

58 Durch mehr Öffentlichkeit für die wehrhafte Demokratie können Bürger:innen sensibilisiert  
59 werden und nur durch eine breite gesellschaftliche Mobilisierung können wir unsere  
60 demokratischen Werte verteidigen. Durch überfraktionelle Beschlüsse wie beispielsweise eine  
61 Resolution in Gehrden oder die Seelzener Erklärung gegen antidemokratische Tendenzen werden  
62 starke kommunalpolitische Zeichen für die wehrhafte Demokratie gesetzt.

63 Wir als SPD in der Region Hannover unterstützen kommunalpolitische Resolutionen und  
64 Erklärungen, um unsere Einwohner:innen zu sensibilisieren, zu informieren und aktiv unsere  
65 demokratischen Werte zu verteidigen.

66 4. Mehr Schutz für Kommunalpolitiker:innen vor Anfeindungen und Hetze

67 Hass war noch nie und ist auch heute keine Alternative für Deutschland. Alle, denen unsere  
68 Freiheit und unsere Demokratie in der Region Hannover am Herzen liegt, müssen diejenigen, die  
69 ehrenamtlich für unsere Werte und Zukunft eintreten, schützen und ihre Stimmen erheben.  
70 Unsere Kommunalpolitiker:innen brauchen mehr Schutz und Unterstützungsangebote bei  
71 rechten Anfeindungen sowie Hass-Kommentaren in sozialen Netzwerken! Hierzu unterbreiten  
72 wir unseren Mandatsträger:innen im Vorfeld der Kommunalwahl 2026 Fortbildungsangebote  
73 und Sicherheitsschulungen und stimmen uns hierfür eng ab mit den Sicherheitsbehörden am Ort  
74 sowie Expert:innen für die Online-Kommunikation.

#### 75 5. BOS-Kräfte stärken zur Verteidigung unserer Demokratie

76 Die Wahrung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung kann nur im Schulterschluss  
77 und mit großer Dankbarkeit gegenüber den Behörden und Organisationen mit  
78 Sicherheitsaufgaben (BOS) für ihren unermüdlichen Einsatz gelingen. Der unermüdliche Einsatz  
79 von Rettungs- und Hilfskräften beim jüngsten Hochwasser unterstreicht die Unverzichtbarkeit  
80 der BOS-Kräfte. Sicherheit ist unerlässlich, damit wir alle Bürger:innen immer wieder neu  
81 einbinden und mitnehmen können in einer freien Gesellschaft. Hierzu dankt die SPD in der Region  
82 Hannover ausdrücklich allen Frauen und Männer von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften für  
83 ihren täglichen Einsatz, der immer auch Demokratiewahrung und -verteidigung bedeutet. Diesen  
84 Schulterschluss soll in den kommenden Monaten eine Sicherheitskonferenz der SPD in der Region  
85 unterstreichen. Der Unterbezirksvorstand wird mit deren Umsetzung betraut. Zugleich  
86 verurteilen wir jedwede Angriffe auf Angehörige der Rettungs- und Hilfskräfte sowie der Polizei.

87 Durch die Stärkung dieser fünf Säulen werden große Teile der 1,2 Millionen Menschen in der  
88 Region Hannover adressiert. Es ist wichtig, mehr Sensibilität für die Demokratie zu erzielen, denn:  
89 Demokratie braucht Demokrat:innen!

## LA 2 – Europa auf Kurs halten

### Gute Arbeit, nachhaltige Entwicklung und faire Partnerschaft

Antragsteller:in            Unterbezirksvorstand

Weiterleitung            Unterbezirksvorstand

Status:                    Angenommen in geänderter Fassung

Empfehlung der AK:    Annahme in der Fassung der Antragskommission

1    Neun Wochen vor der Wahl zum Europäischen Parlament, der zweitgrößten demokratischen  
2    Abstimmung weltweit, ruft die SPD in der Region Hannover alle Bürger:innen in der Region  
3    zur Teilnahme an der Europawahl am 9. Juni auf. Insbesondere Jugendliche ab dem 16.  
4    Lebensjahr ermuntert die Sozialdemokratie, auf europäischer Ebene von ihrem Wahlrecht  
5    Gebrauch zu machen.

6    Bei der Europawahl geht es um die Sicherung unserer gesellschaftlichen Entwicklung in  
7    Demokratie, Solidarität und Frieden. Die zentralen gesetzlichen Rahmensetzungen finden  
8    heute im Europäischen Parlament statt. Für den zukünftigen Kurs der Europäischen Union  
9    (EU) ist die Mehrheit im Europäischen Parlament entscheidend. Rechtspopulist:innen  
10    machen mobil und wollen eine Kursänderung erzwingen. Für uns ist klar, dass wir nur *eine*  
11    gute Perspektive in der EU haben. 60 Prozent der deutschen Exporte gehen in die EU ohne  
12    Zölle, mit den gleichen Standards. Nur gemeinsam haben wir eine Chance gegenüber  
13    Giganten wie den USA oder China zu bestehen und auch nur gemeinsam können wir große  
14    Konzern wie Google, Amazon oder Microsoft an die gesetzgeberische Leine legen. Das  
15    Beispiel Großbritannien (UK) zeigt die möglichen Konsequenzen eines „Dexit“ sehr deutlich.  
16    Wir wollen das europäische Versöhnungswerk zur Überwindung von Krieg, Feindschaft und  
17    Konkurrenz weiterführen und stehen gemeinsam überall gegen Versuche der Spaltung,  
18    Nationalismus und Rassismus wieder gesellschaftsfähig zu machen.

19    Gute Arbeit

20    Die EU muss den Rahmen für zukunftsfeste Arbeitsplätze weiter ausbauen. Dazu brauchen  
21    wir eine aktive und stetige Industriepolitik. Die Gesetzgebung zu Netto-Null-Emissionen-  
22    Produkte und Produktion ist gerade in der entscheidenden Phase. Es geht beispielsweise um  
23    die Erweiterung und Ergänzung der Technologieministerliste u.a. um Lade- und  
24    Tankstelleninfrastruktur für E-Mobilität, Wasserstoff und alternative Kraftstoffe,  
25    Technologien für hocheffiziente industrielle Verfahren und Elektrifizierung für energie- und  
26    CO<sub>2</sub>-intensive Industrien. Zentral sind dabei kürzere Fristen für die Verfahrensdauer: Neun  
27    bzw. zwölf Monate und Genehmigungsfiktion im Falle des Ausbleibens einer Antwort

28 innerhalb der genannten Verfahrensfristen. Neu ist die Möglichkeit der Ausweisung von  
29 sogenannten Netto-Null-Industrietälern oder besser Netto-Null-Industrie-Cluster zur  
30 Effizienzsteigerung für alle beteiligten Akteur:innen. Bei all den Anstrengungen muss aber  
31 sehr genau die Kriterien und Bedingungen für Aktivitäten im überwiegendem öffentlichen  
32 oder strategischem Interesse beachtet werden. Es darf nicht sein, dass hier Kostenfallen und  
33 unsinnige Begrenzungen erzeugt werden. Mit dem Programm „Step“ soll die finanzielle  
34 Unterstützung von Projekten in technologischen Schlüsselsektoren, die als strategisch  
35 wichtig erachtet werden, gewährleistet werden. Dies soll mit der Umwidmung von Geldern  
36 aus bestehenden EU-Programmen und -Fonds in Höhe von ca. 10 Milliarden Euro erreicht  
37 werden mit möglicher Mobilisierung von Investitionen in Höhe von bis zu 160 Milliarden  
38 Euro.

39 Wir sollten weiter prüfen, was wir bereits im Rahmen der bestehenden finanziellen  
40 Möglichkeiten mehr und koordiniert tun können. Wir haben den Rahmen für staatliche  
41 Beihilfen angepasst. Entscheidungen gilt es hier weiter zu beschleunigen. Es ist richtig,  
42 zielgerichtet die Entwicklung und Modernisierung der industriellen Basis durch Beihilfen zu  
43 stärken. So ist die jüngste Entscheidung der EU-Kommission, Fördermittel in Höhe von 902  
44 Millionen Euro für den Bau der Batteriefabrik von Northvolt bei Heide zu bewilligen, zu  
45 begrüßen. Diese Maßnahme ist die erste genehmigte Einzelbeihilfe im Kontext der  
46 geänderten Beihilferegeln, die zielgerichtet zur Verhinderung der Verlagerung einer  
47 Investition in ein Land außerhalb Europas eingesetzt werden können - also um den negativen  
48 Effekt des „Inflation Reduction Acts“ der USA entgegenzuwirken.

49 Eine große Herausforderung bleiben die Energiepreise. Wir müssen die Energiepreise  
50 deutlich in der energieintensiven Produktion auf ein wettbewerbsfähiges Niveau senken, um  
51 Raum für die Übergangszeit zu gewinnen. Wir erkennen die Schritte für wettbewerbsfähige  
52 Energiekosten durch das neue Strommarktdesign an. Zur langfristigen Erhaltung der  
53 Wettbewerbsfähigkeit müssen die Energiekosten weiter im Übergang gesenkt werden.

54 Wir begrüßen das Ziel, 80 Prozent Tarifbindung in der neuen EU-Mindestlohnrichtlinie von  
55 2022 für alle. Danach werden alle Mitgliedstaaten, in denen weniger als 80 Prozent der  
56 Beschäftigten tarifgebunden sind, verpflichtet, Maßnahmen zur Förderung von  
57 Tarifverhandlungen zu ergreifen und diese in konkreten Aktionsplänen mit klaren Zeitplänen  
58 niederzulegen. Die EU muss aber weitere Schritte neben den Aktionsplänen ergreifen. So ist  
59 das Vergaberecht so zu ändern, dass nur noch tarifgebundene Unternehmen öffentliche  
60 Aufträge erhalten können.

61 Die bahnbrechende Gesetzgebung zur Plattformarbeit zeigt die Möglichkeit der EU zur  
62 Sicherung guter Arbeitsbedingungen.

## 63 Klimafreundliche Entwicklung

64 Die EU hat sich gesetzlich verpflichtet, bis 2050 klimaneutral zu werden und ihren Netto-  
65 Treibhausgas-Ausstoß um mindestens 55 Prozent bis 2030 (im Vergleich zum Jahr 1990) zu  
66 senken. Ein Schritt in diese Richtung ist das „Fit for 55“ genannte Gesetzespaket zum  
67 Klimaschutz. Der Rahmen „Fit for 55“ steht. Jetzt geht es darum, dass die Umsetzung  
68 ausgestaltet werden muss.

## 69 Faire Partnerschaft

70 Wir begrüßen die Veränderung in der EU-Handelspolitik. Fairness muss gelten, alle  
71 Akteur:innen müssen in der wirtschaftlichen Entwicklung gestärkt werden. Das gute  
72 Abkommen mit Vietnam eröffnet neue Handels- und Kooperationsmöglichkeiten, auch  
73 gerade für Niedersachsen. Im Bereich der Investitionen, z.B. bei erneuerbaren Energien,  
74 können niedersächsische Unternehmen Chancen nutzen, die Transformation in Vietnam  
75 mitzugestalten. Die EU sollte in der Zukunft derartige Abkommen u.a. auch mit Indonesien  
76 und Thailand schließen.

77 Wir begrüßen das neue Abkommen mit Chile. Insbesondere gibt es Zugang zu Lithium und  
78 fördert die Verarbeitung in Chile, was dort zu guten Arbeitsplätzen und Wertschöpfung führt.  
79 Auch für die Produktion von grünem Wasserstoff und den Export nach Niedersachsen bietet  
80 dies Abkommen Möglichkeiten. Ähnliches sollte die EU mit Australien und weiteren  
81 Partner:innen vereinbaren.

82 Zentral für das partnerschaftliche Verhältnis mit afrikanischen Ländern sind ebenso  
83 Abkommen im beiderseitigen Interesse. Hier ist das gerade abgeschlossene Abkommen mit  
84 Kenia ein gutes Beispiel, was auch Möglichkeiten für niedersächsische Unternehmen  
85 eröffnet.

86 Wir sollten die Herausforderungen nicht versuchen rein defensiv zu begegnen, mit  
87 Decoupling, Reshoring, gar Friendshoring, mit Investitionskontrolle nach innen und außen  
88 und einer protektionistischen Industriepolitik. Nein, offensiv sollten wir unsere Infrastruktur  
89 erneuern, gezielt Technologien fördern, unsere Außenbeziehungen diversifizieren und  
90 bilaterale faire Handelsabkommen mit verlässlichen Partnern schließen. Nachhaltige  
91 Partnerschaften, auch gerade im Bereich der Rohstoffe, gründen und globale Regeln z.B. im  
92 digitalen Bereich vereinbaren. 2024 finden nicht nur die Europawahlen statt. Es gibt auch  
93 Wahlen u.a. in Indien, Großbritannien und die US-Präsidentenwahlen. Alle werden  
94 Auswirkungen auf die globale Wirtschaft haben, gerade für Deutschland mit einem  
95 Offenheitsgrad zum BIP von 47 Prozent. Insofern gilt es die Aufmerksamkeit zu steigern, die  
96 Reaktionsmöglichkeiten zu schärfen und vor allem schneller in unseren Handlungsabläufen



97 zu werden.

98 Diese Strategien und Forderungen tragen wir auch in der Region Hannover offensiv in den  
99 Europawahlkampf. Hierzu entwickeln wir ein geeignetes Format, um noch stärker mit  
100 Gewerkschaften und Arbeitgeber:innen in den Austausch zu kommen.

# ARBEIT (A)

## A 1 – Tarifbindung jetzt!

<u>Antragsteller:in</u>	Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, Bezirksparteitag
<u>Status:</u>	Erledigt
<u>Empfehlung der AK:</u>	Erledigt durch Beschlusslage auf Bundesebene

- 1 Es soll ein Konzept zur Umsetzung der EU-Richtlinie erarbeitet werden, die eine Tarifbindung von
- 2 80 Prozent vorgibt. Das Konzept soll dabei die kommunale Ebene genauso in den Blick nehmen
- 3 wie die Landes- und Bundesebene. Es soll zudem in Zusammenarbeit mit den Sozialpartner:innen
- 4 erarbeitet werden.

## A 2 – Für ein echtes Tariftreuegesetz und entsprechende Vergaberichtlinien in Niedersachsen und im Bund

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Ronnenberg

Weiterleitung Landesparteirat

Status: Erledigt

Empfehlung der AK: Erledigt durch Beschlusslage bzw. Regierungshandeln

- 1 Die SPD in Niedersachsen und im Bund setzt sich für ein Tariftreuegesetz und Vergaberichtlinien
- 2 ein, die für die Vergabe von Aufträgen die Bezahlung und Arbeitsbedingungen nach
- 3 abgeschlossenen, branchenüblichen Tarifverträgen vorsieht.

## A 3 – Wir stehen zum Streikrecht!

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Hannover-Nordstadt

Weiterleitung Unterbezirksvorstand

Status: Angenommen

Empfehlung der AK: Annahme

- 1 Die SPD in der Region Hannover steht im Jahr des 75. Geburtstags des Grundgesetzes weiterhin
- 2 zum Streikrecht, das aus Artikel 9 Abs. 3 GG hervorgeht und weist jegliche Angriffe aufs
- 3 Streikrecht zurück. Alle Vorstöße, das Streikrecht für bestimmte Branchen oder zu bestimmten
- 4 Zeiten einschränken zu wollen, lehnen wir entschieden ab. Wir stehen zu den im Grundgesetz
- 5 abgesicherten Arbeitskämpfen und stehen als Partei der Arbeit an der Seite der Beschäftigten. Wir
- 6 sind solidarisch mit dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften!

## A 4 – Ermutigungskampagne Diversität im Öffentlichen Dienst

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung Bundesparteitag, Landesparteirat, Bezirksparteitag, SPD-Regionsfraktion

Status: Angenommen

Empfehlung der AK: Annahme

- 1 Der Öffentliche Dienst startet eine Ermutigungskampagne für Bewerbungen auf allen staatlichen
- 2 Ebenen, um qualifiziertes Personal zu gewinnen, indem
- 3 • Werbekampagnen gestartet werden, die insbesondere auch unterrepräsentierte, diverse
- 4 Bevölkerungsgruppen sichtbar machen,
- 5 • PersonalerInnen entsprechend geschult werden,
- 6 • Diskriminierungsfreiheit sichergestellt wird
- 7 1. und schon im Schulbereich auf die Variantenbreite von Beschäftigungen im Öffentlichen
- 8 Dienst hingewiesen wird.

# BAUEN UND WOHNEN (BA)

## BA 1 – Abschaffung der Zulässigkeit von Indexmieten

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion
<u>Status:</u>	Erledigt
<u>Empfehlung der AK:</u>	Erledigt durch Beschlusslage auf Bundesebene

- 1 Die Regelung des § 557b BGB, der die Zulässigkeit von Indexmietverträgen regelt, wird
- 2 aufgehoben.

## BA 2 – Antrag zur Beschränkung von Modernisierungsmieterhöhungen

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion
<u>Status:</u>	Erledigt
<u>Empfehlung der AK:</u>	Erledigt durch Beschlusslage auf Bundesebene

- 1 A) Die Regelung des § 559 Abs.1 BGB, der die Zulässigkeit von Modernisierungsmieterhöhungen
- 2 regelt, wird dahingehend abgeändert, dass sich die Möglichkeit der Erhöhung der jährlichen
- 3 Miete auf maximal 4 Prozent der für die Wohnung aufgewendeten Kosten beschränkt.
- 4 B) Im § 559 BGB wird ferner ein Abs. 5a eingefügt: Die Erhöhung der Miete ist vom Vermieter
- 5 wieder zurückzunehmen, sobald die Kosten für die Modernisierungsmaßnahme gedeckt
- 6 sind, in der Regel nach spätestens 25 Jahren.

## BA 3 – Antrag zum Mietenstopp

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion
<u>Status:</u>	Erledigt
<u>Empfehlung der AK:</u>	Erledigt durch Beschlusslage auf Bundesebene

- 1 Der Bundesgesetzgeber führt einen Mietenstopp ein, der entsprechend des Berliner Gesetzes zur
- 2 Mietenbegrenzung im Wohnungswesen vom 11.02.2020 im BGB entsprechende Regelungen
- 3 einführt, die sowohl u.a. einen Mietenstopp mit Genehmigungsvorbehalt vorsehen als auch einen
- 4 Tatbestand für Ordnungswidrigkeiten für die Erhebung überhöhter Mieten und weiterer
- 5 Gesetzesverstöße.



## BA 4 – Stärkerer Schutz vor Eigenbedarfskündigungen

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung Landesparteirat

Status: Erledigt

Empfehlung der AK: Erledigt durch Beschlusslage auf Bundesebene

- 1 Der Bundesgesetzgeber wird ggf. über eine Bundesratsinitiative aufgefordert, zivilrechtlich die
- 2 Voraussetzungen für Zulässigkeit von Eigenbedarfskündigungen von Wohnraum deutlich
- 3 anzuheben und einen Straftatbestand im Strafgesetzbuch zu entwickeln, der das missbräuchliche
- 4 Vortäuschen der Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Eigenbedarfskündigung unter Strafe
- 5 stellt.

## BA 5 – Wohneigentumsquote erhöhen – Altersvorsorge stärken

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Döhren-Wülfel
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, Landesparteitag
<u>Status:</u>	Erledigt
<u>Empfehlung der AK:</u>	Erledigt durch Beschlusslage auf Bundesebene

- 1 Die Landtags- und Bundestagsfraktion werden aufgefordert, bestehende Förderprogramme zum
- 2 Erwerb von Wohneigentum zu erweitern oder entsprechende Programme neu zu initiieren, so
- 3 dass die Wohneigentumsquote in Deutschland erheblich, mindestens jedoch um 30 Prozent,
- 4 gesteigert werden kann. Hierbei ist auch zu prüfen, inwiefern die Grunderwerbsteuer abgesenkt
- 5 oder einmalig ausgesetzt werden muss, um zusätzliche Anreize zum Erwerb von Wohneigentum
- 6 zu schaffen.

## BA 6 – Leerstand bekämpfen!

<u>Antragsteller:in</u>	Jusos Region Hannover
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Bundestagsfraktion
<u>Status:</u>	Angenommen in geänderter Fassung
<u>Empfehlung der AK:</u>	Ablehnung

- 1 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die
- 2 Eigentümer:innen von Immobilien zur Nutzung ihres Eigentums durch Vermietung bzw.
- 3 Eigennutzung verpflichtet. Sollten Immobilien in, für die Gemeinschaft besonders wichtigen
- 4 Lagen, vorsätzlich dem Leerstand überlassen werden, so sollen durch die Kommune
- 5 Strafzahlungen erhoben werden. Diese Strafzahlungen sollen bei längerem Leerstand eine Höhe
- 6 erreichen, dass der Leerstand trotz möglicher Wertsteigerung der Immobilie unwirtschaftlich
- 7 wird.

# BILDUNG (BI)

## BI 1 – Für ein Sondervermögen für die Bildung

<u>Antragsteller:in</u>	Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
<u>Status:</u>	Angenommen
<u>Empfehlung der AK:</u>	Annahme

- 1 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich nachhaltig für ein Sondervermögen Bildung und
- 2 Teilhabe in Höhe von 100 Milliarden Euro einzusetzen.

## BI 2 – Stärkung der Bundes- und Landeszentralen für Politische Bildung

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Neustadt a.Rb.
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, Landesparteirat
<u>Status:</u>	Angenommen
<u>Empfehlung der AK:</u>	Annahme

- 1 Die SPD in der Region Hannover setzt sich auf Bundes- und Landesebene für eine Stärkung der
- 2 Landes- bzw. Bundeszentrale für politische Bildung ein. Dazu fordern wir:
  - 3 1. Die in den Koalitionsverträgen von Bund und Land vereinbarten Erhöhungen der finanziellen
  - 4 Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung, sowie für die Landeszentrale für
  - 5 politische Bildung konsequent und prioritär umzusetzen.
  - 6 2. Die Bundes- und Landeszentralen langfristig rechtlich und finanziell abzusichern.
  - 7 3. Innovative Bildungsprojekte durch die Schaffung von zusätzlichen Ressourcen zu fördern und
  - 8 den digitalen Wandel in der politischen Bildung voranzutreiben.

## BI 3 – Beteiligungsverfahren bei Kürzungen, Weiterentwicklung und baulichen Maßnahmen im Schulbiologiezentrum Hannover

<u>Antragsteller:in</u>	Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Ratsfraktion, SPD-Stadtverbandsvorstand
<u>Status:</u>	Überwiesen
<u>Empfehlung der AK:</u>	Überweisung an Vorstand der SPD Hannover

- 1 Die SPD in der Region Hannover fordert die SPD-Ratsfraktion Hannover auf, in den Schul- und
- 2 Bildungsausschuss der Landeshauptstadt den Antrag einzubringen, für die Weiterentwicklung
- 3 des Schulbiologiezentrums ein Beteiligungsverfahren durchzuführen, um für die Möglichkeiten
- 4 der Einsparungen und die Notwendigkeit baulicher Maßnahmen eine Prioritätenliste
- 5 aufzustellen und diese Maßnahmen in einen langfristigen Sanierungsplan terminlich
- 6 einzuordnen. Ziel ist es, das Schulbiologiezentrum langfristig zu erhalten und dessen Qualität
- 7 sicherzustellen.

## BI 4 – Berufsschulen zu Kompetenzzentren Beruflicher Bildung weiterentwickeln

Antragsteller:in            Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)

Weiterleitung            SPD-Regionsfraktion

Status:                    Angenommen

Empfehlung der AK:    Annahme

- 1 Berufsschulen bzw. die Berufsbildenden Schulen in der Region Hannover sollen zu
- 2 Kompetenzzentren der Beruflichen Bildung weiterentwickelt werden. Ziel dabei ist es, dass sie
- 3 dabei auf dem aktuellen Stand der Technik auch Weiterqualifizierungsmaßnahmen oder
- 4 Aufstiegsqualifizierungen beheimaten können. Für alle Menschen, die sich beruflich
- 5 (weiter)bilden, sollen die Kompetenzzentren die Anlaufstelle sein. So können die Gebäude
- 6 ganztägig genutzt werden, vormittags für eine moderne Ausbildung und nachmittags für
- 7 Aufstiegs- und Weiterqualifizierungen. Die SPD-Regionsfraktion wird aufgefordert, sich hierfür
- 8 aktiv einzusetzen.

## BI 5 – Digitale Lernmittelfreiheit für alle Schüler:innen in Niedersachsen durchsetzen

<u>Antragsteller:in</u>	Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Landtagsfraktion, Landesparteitag
<u>Status:</u>	Erledigt
<u>Empfehlung der AK:</u>	Erledigt durch Beschlusslage auf Landesebene

- 1 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, die digitale Lernmittelfreiheit für alle Jahrgänge ab Klasse
- 2 1 zeitnah umzusetzen, um unserem Kernanliegen, dass Bildung kein Luxusgut sein darf, Geltung
- 3 zu verschaffen.



## BI 6 – Erhöhung des Zusatzbedarfs für Ganztagsgrundschulen

Antragsteller:in            Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Weiterleitung            Landesparteirat

Status:                    Angenommen

Empfehlung der AK:    Annahme

- 1 Der Zusatzbedarf für Ganztagsgrundschulen wird auch für Schulen die nach 2004 als
- 2 Ganztagschulen genehmigt wurden auf mindestens 100 Prozent angehoben.

## BI 7 – Familienzentren: Orte der Bildung, der Prävention, der Begegnung und Beratung von Familien in unterschiedlichen Lebenslagen.

<u>Antragsteller:in</u>	Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)
<u>Weiterleitung</u>	Landesparteirat
<u>Status:</u>	Angenommen in geänderter Fassung
<u>Empfehlung der AK:</u>	Annahme in der Fassung der Antragskommission

- 1 Familienzentren an Tageseinrichtungen für Kinder und an Grundschulen tragen mit ihren  
2 differenzierten niedrigschwelligen Angeboten im erheblichen Maße zur Verwirklichung einer  
3 inklusiven Gesellschaft bei. Daher fordern wir die Landesebene auf,
  - 4 1. dafür Sorge zu tragen, dass die erlebten bürokratischen Hürden zur Einrichtung dieses  
5 Angebots abgebaut werden,
  - 6 2. angesichts der steigenden zunehmenden finanziellen Kosten die finanziellen Zuwendungen  
7 zu erhöhen,
  - 8 3. eine landesweite Förderung unter Einbeziehung einer gesetzlichen Grundlage im  
9 Niedersächsische Gesetz über Kindertagesstätten und Kindertagespflege zu schaffen,
  - 10 4. für den Betrieb der Familienzentren in Niedersachsen eine Definition zu finden, die Standards  
11 wie einheitliche Förderungen, Finanzierung, Personalschlüssel, sowie Fortbildungen für das  
12 Personal festlegt,
  - 13 5. Familienzentren aus der bisherigen Zuordnung im Sozialministerium herauszulösen und  
14 dem Kultusministerium zu übertragen,
  - 15 6. die Raumnutzung für externe Angebote unter Wahrung und Sicherung des Kinderschutzes  
16 zu gewährleisten.

## BI 8 – Koordinierungsstelle Übergang

<u>Antragsteller:in</u>	Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Regionsfraktion
<u>Status:</u>	Angenommen in geänderter Fassung
<u>Empfehlung der AK:</u>	Annahme in der Fassung der Antragskommission

- 1 Die Regionsfraktion wird aufgefordert, sich für eine koordinierende Stelle als Verbindung
- 2 zwischen Allgemeinbildenden (ABS) und Berufsbildenden Schulen (BBS) einzusetzen, wobei die
- 3 vordringlichste Aufgabe die Aufnahmeberatung und die Aufnahme junger Menschen, die
- 4 besondere Unterstützung in der beruflichen Orientierung benötigen, sein muss. Diese kann in
- 5 Form einer Koordinierungsstelle oder als Teilnahme am Konzept der Bildungsregionen erfolgen.
- 6 Dafür sollten das fachlich versierte pädagogische Personal der BBSn mit einigen Stunden
- 7 abgeordnet und durch Verwaltungskräfte unterstützt werden.

## BI 9 – Angebot für neuzugewanderte schulpflichtige Jugendliche ohne Schulplatz

Antragsteller:in            Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Weiterleitung            Landesparteirat

Status:                    Angenommen

Empfehlung der AK:    Annahme

- 1 Die Landesebene wird aufgefordert, ein vorschulisches Lernangebot für schulpflichtige
- 2 Neuzugewanderte zu schaffen, um den Kindern und Jugendlichen die deutsche Schule
- 3 nahezubringen, erste Kenntnisse in der deutschen Sprache zu vermitteln und Lernmethoden
- 4 probieren zu lassen, bevor sie entsprechend ihres Rechts auf Bildung einen Schulplatz erhalten.

## BI 10 – Stärkung der Sprachförderung im vorschulischen Bereich auf Landes- und Bundesebene – gegen die Streichung von Finanzmitteln

<u>Antragsteller:in</u>	Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, Landesparteirat, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion
<u>Status:</u>	Angenommen
<u>Empfehlung der AK:</u>	Annahme

- 1 Die Landtags- und Bundestagsfraktion werden aufgerufen, mehr finanzielle Mittel für die
- 2 Sprachförderung im vorschulischen Bereich zur Verfügung zu stellen. Die Bundestagsfraktion
- 3 wird explizit aufgefordert, die gestrichene Bundesförderung für Sprachkitas für den Haushalt
- 4 2025 wieder einzubringen.

## BI 11 – Digitale Lernmittelfreiheit für Schüler:innen in Niedersachsens Schulen

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Burgdorf
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Landtagsfraktion
<u>Status:</u>	Erledigt
<u>Empfehlung der AK:</u>	Erledigt durch Beschlusslage auf Landesebene

- 1 Für die im Koalitionsvertrag vereinbarte „digitale Lernmittelfreiheit“ sollen zeitnah die
- 2 notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden, damit die an vielen Schulen bereits
- 3 eingeführten bzw. beabsichtigten Belastungen von bis zu 920 € je Kind durch von Eltern
- 4 finanzierte Tablets ein Ende hat.

## BI 12 – Schule ist mehr als Unterricht – Schulsozialarbeit stärken!

<u>Antragsteller:in</u>	Jusos Region Hannover
<u>Weiterleitung</u>	Landesparteirat, SPD-Regionsfraktion
<u>Status:</u>	Angenommen in geänderter Fassung
<u>Empfehlung der AK:</u>	Annahme in der Fassung der Antragskommission

- 1 Um den wachsenden Herausforderungen und dem Fachkräftemangel in den niedersächsischen  
2 Schulen gerecht werden zu können, fordern wir die Landesebene und die Region Hannover auf  
3 sich hinsichtlich der Schuleinrichtungen in ihrer Trägerschaft einzusetzen für folgenden  
4 Forderungskatalog:
- 5 • die Stellen für schulische Sozialarbeiter:innen in der Region Hannover und ganz  
6 Niedersachsen aufzustocken.
  - 7 • die Sozialarbeit und andere schulische Unterstützungsmaßnahmen nach Sozialindex zu  
8 verteilen.
  - 9 • jede Schule mit mindestens einer unbefristeten Stelle für Schulsozialarbeit auszustatten.
  - 10 • sich aktiv gegen den Fachkräftemangel im Bereich der Sozialarbeit und Sozialpädagogik  
11 einzusetzen und durch geeignete Maßnahmen das Berufsfeld für Schulsozialarbeiter:innen  
12 in Niedersachsen attraktiv zu machen. Dazu kann einerseits die Erhöhung von  
13 Ausbildungskapazitäten in der sozialen Arbeit zählen. Andererseits gilt es aber auch zu  
14 erforschen, wie es gelingen kann, die Zufriedenheit der Fachkräfte zu erhöhen.
  - 15 • in diesem Kontext auch die Maßnahmen für Demokratiebildung in Schulen massiv zu  
16 verstärken.

# DEMOKRATIE (D)

## D 1 – Worte finden, rechten Demagog:innen entgegen

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Hannover-Mitte (in Kooperation mit dem Arbeitskreis  
Demokratie stärken!)

Weiterleitung Unterbezirksvorstand

Status: Angenommen

Empfehlung der AK: Annahme

- 1 Der SPD-Unterbezirk Region Hannover beteiligt sich an der Unterstützung seiner Mitglieder
- 2 im Kampf gegen Rechts. Der Unterbezirksvorstand ergreift dafür folgende Maßnahmen:
- 3 • Es wird eine Plattform für Mitglieder und Interessierte zur Diskussion und Mobilisierung
- 4 geschaffen.
- 5 • Material bzw. eine Kampagne gegen Rechts wird konzipiert. Hierfür sollen u.a.
- 6 Argumentationskarten zur Entkräftung rechter Parolen und Falschinformationen
- 7 entstehen.
- 8 • Argumentationstrainings gegen Rechte/Stammtischparolen sollen angeboten werden.
- 9 Durch Trainings oder Schulungen können Techniken und Strategien erarbeitet werden, um
- 10 in der Praxis schlagfertige Parolen dagegenzuhalten. Diese sollen helfen, das Gefühl der
- 11 Hilflosigkeit in solchen Situationen zu überwinden und dazu ermutigen, für Vielfalt, Toleranz
- 12 und eine demokratische Kultur im Umgang miteinander einzutreten.



## D 2 – Keine Ausreden – Parität jetzt!

Antragsteller:in SPD Frauen (ASF)

Weiterleitung Landesparteirat

Status: Angenommen

Empfehlung der AK: Annahme

- 1 Wir wollen ein Paritätsgesetz in Niedersachsen. Der SPD-Unterbezirk Region Hannover
- 2 fordert unsere SPD-Landtagsfraktion sowie den Minister für Gleichstellung auf, zeitnah einen
- 3 Entwurf für ein niedersächsisches Paritätsgesetz vorzulegen.

## D 3 – Briefwahl 2.0: Die Zukunft des Wählens liegt im Umschlag

Antragsteller:in Jusos Region Hannover

Weiterleitung Bundesparteitag, Landesparteirat

Empfehlung der AK: Zurückgezogen

## D 4 – Nachhaltige Förderung der Medienkompetenz

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, Landesparteirat
<u>Status:</u>	Angenommen
<u>Empfehlung der AK:</u>	Annahme

- 1 Die Medienkompetenz der Bevölkerung wird durch entsprechende geeignete Maßnahmen
- 2 gestärkt, insbesondere
- 3 • soll im Schulbereich Medienkompetenz ggf. im neu eingeführten Fach Demokratie
- 4 nachhaltig gelehrt werden,
- 5 • sollen öffentliche Kampagnen zur Förderung des sicheren und kritischen Umgangs mit
- 6 Medien erfolgen und
- 7 • soll öffentlich aufgeklärt werden, wie auf medienkompetente Weise der
- 8 Wahrheitsgehalt von Nachrichten überprüft werden kann.

# EUROPA (EU)

## EU 1 – Einführung des Europatags als europäischer Feiertag

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung Landesparteirat

Status: Abgelehnt

Empfehlung der AK: Ablehnung

- 1 Der Europatag, der jedes Jahr am 9. Mai begangen wird, wird europaweit zum gesetzlichen
- 2 Feiertag im Sinne des Feiertagsrechts erklärt, zunächst in Niedersachsen und anderen
- 3 Bundesländern.

# FINANZEN (F)

## F 1 – Änderung des Sparerpauschbetrages

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Kleefeld-Heideviertel
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, Bezirksparteitag
<u>Status:</u>	Angenommen in geänderter Fassung
<u>Empfehlung der AK:</u>	Annahme in der Fassung der Antragskommission

- 1 Die SPD in der Region Hannover setzt sich dafür ein, auf Bundesebene eine gesetzliche
- 2 Regelung zu erreichen, wonach der Sparerpauschbetrag bei Kapitalerträgen künftig
- 3 dahingehend geändert wird, dass der Freibetrag von eigenen Kindern unter 18 Jahren
- 4 zusammen mit den Eltern veranlagt werden kann, wie dies bei Eheleuten bereits möglich ist.
- 5 Bei getrenntlebenden Eltern kann der Betrag im Einvernehmen aufgeteilt werden. Sollte
- 6 keine Einigung möglich sein, so wird der Betrag dem Elternteil zur Verfügung gestellt, dem
- 7 der Kinderfreibetrag zusteht.

## F 2 – Kommunen und kommunale Aufgaben dauerhaft auskömmlich finanzieren

Antragsteller:in Unterbezirksvorstand

Weiterleitung Bundesparteitag, Landesparteirat

Status: Angenommen in geänderter Fassung

Empfehlung der AK: Annahme in der Fassung der Antragskommission

- 1 Die SPD in der Region Hannover setzt sich dafür ein, die derzeitige Unterfinanzierung der  
2 Kommunen schrittweise zu beseitigen.
- 3 1. Kommunale Aufgaben sind dauerhaft in ihrer Finanzierung zu sichern. Dazu gehört,  
4 dass bei zusätzlichen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben wie aktuell zum Beispiel  
5 Flüchtlingshilfe eine Finanzierung durch Bund und Land in vollem Umfang  
6 sicherzustellen ist.
- 7 2. Nach wie vor werden den Kommunen Aufgaben per Gesetz übertragen oder die  
8 Qualität vorhandener Aufgaben durch entsprechende Landes- oder Bundesvorgaben  
9 erhöht, ohne dass dies mit der notwendigen Finanzierung hinterlegt ist. Dies muss  
10 geändert werden. Wer ein Gesetz beschließt, muss auch die Finanzierung übernehmen.
- 11 3. Jedwede Beschlüsse der Bundes- und / oder Landesregierungen müssen darauf hin  
12 überprüft werden, ob sie unmittelbar oder mittelbar zu Mindereinnahmen oder  
13 Mehraufwendungen in den Kommunen führen. Ein entsprechender ausreichender  
14 Finanzierungsausgleich von Bundes- oder Landesebene an die Kommunen muss damit  
15 zwingend einhergehen.
- 16 4. Eine konkrete Lösung für die Altschuldenproblematik der Kommunen muss endlich her.  
17 Bundesregierung und Landesregierungen stehen hier im Wort. Die SPD wird auf allen  
18 Ebenen in Gespräche mit den Regierungen eintreten, um hier endlich eine Lösung und  
19 deren Umsetzung einzufordern.
- 20 5. Eine von Bundesfinanzminister Lindner proklamierte damit einhergehende  
21 Grundgesetzänderung und „Auferlegung“ einer Schuldenbremse für die Kommunen ist  
22 strikt zurückzuweisen.
- 23 6. Altschulden müssen umgehend getilgt werden. Dazu werden Vermögens- und  
24 Erbschaftssteuer neugestaltet.
- 25 7. Da die Finanzierung der öffentlichen Daseinsfür- und vorsorge überwiegend aus

26           Steuern und Abgaben erfolgt, bedarf es ebenso einer Debatte um Umverteilung.  
27 Die Länder benötigen dringend Änderungen im Steuerrecht, um ihre eigene Finanzkraft zu  
28 stärken. Die Vermögenssteuer muss wieder erhoben werden, bei der Erbschafts- /  
29 Schenkungssteuer und Grunderwerbssteuer müssen die Schlupflöcher geschlossen werden.  
30 Kapitaleinnahmen müssen zukünftig wieder mit dem persönlichen Steuersatz versteuert  
31 werden.

### F 3 – Angemessene Anpassung der Erbschafts- und Schenkungssteuer

Antragsteller:in            SPD-Ortsverein Oststadt-Zoo  
Weiterleitung            Bundesparteitag  
Status:                    Erledigt  
Empfehlung der AK:      Erledigt durch Beschlusslage auf Bundesebene

- 1    Steuersatz der Erbschafts- und Schenkungssteuer wird für hohe Erbschaften und
- 2    Schenkungen oberhalb von 26.000.000 Euro auch für Angehörige der Steuerklassen I und II
- 3    auf 50 Prozent anzuheben.



## F 4 – Abschaffung der Schuldenbremse

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt-Zoo

Weiterleitung Bundesparteitag

Status: Erledigt

Empfehlung der AK: Erledigt

- 1 Die im Grundgesetz und in der Niedersächsischen Verfassung vorgesehene Schuldenbremse
- 2 wird abgeschafft, die bis zum Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes
- 3 vom 29.07.2009 (BGBl. I 2009, 2248, sogenannte Schuldenbremse) geltende
- 4 verfassungsrechtliche Rechtslage hinsichtlich der Art. 109, 109a, 115 und 143d Grundgesetz
- 5 wird wiederhergestellt.

## F 5 – Einführung eines Kindersoli für Milliardäre

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Oststadt-Zoo
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag
<u>Status:</u>	Erledigt
<u>Empfehlung der AK:</u>	Erledigt durch Beschlusslage auf Bundesebene

- 1 Die SPD bringt eine Gesetzesinitiative auf den Weg, mit welchem eine als Kindersoli
- 2 bezeichnete einmalige verfassungsrechtlich zulässige Vermögensabgabe für
- 3 Vermögensmilliardäre in Höhe von 10 Prozent des Verkehrswertes eingeführt wird.
- 4 Die Einnahmen werden vollständig für die Belange von Kindern vorgesehen, insbesondere
- 5 zur Vermeidung von Kinderarmut, auch zur entsprechenden zweckgerichteten
- 6 flächendeckenden Unterstützung der Kommunen zur Erfüllung der Rechtsansprüche von
- 7 Kindern auf Krippenplätze, Kindergartenplätze, Ansprüche nach dem SGB VIII, Kinderschutz,
- 8 Errichtung und Sanierung von (Indoor-)Spielplätzen, ebenso zur deutlichen Verbesserung der
- 9 medizinischen Versorgung von Kindern im kinderärztlichen Bereich und im Bereich der
- 10 Kinderkrankenhäuser.

## F 6 – Einführung eines Kommunalsoli für Milliardäre

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt-Zoo

Weiterleitung Bundesparteitag

Status: Erledigt

Empfehlung der AK: Erledigt

- 1 Die SPD bringt eine Gesetzesinitiative auf den Weg, mit welchem eine als Kommunalsoli
- 2 bezeichnete einmalige verfassungsrechtlich zulässige Vermögensabgabe für
- 3 Vermögensmilliardäre in Höhe von 10 Prozent des Verkehrswertes eingeführt wird. Die
- 4 Einnahmen hieraus kommen vollständig den Kommunen zu Gute, die damit wieder in die
- 5 Lage versetzt werden, die ihnen übertragenen Aufgaben vollständig zu erfüllen und sich
- 6 zugleich qualitativ auch freiwilligen Aufgaben zu widmen.

# INNERES UND SICHERHEIT (IS)

## IS 1 – Auf der Straße für die Demokratie – Polizei resilient weiterentwickeln und weiterhin wehrhaft für die Demokratie aufstellen!

Antragsteller:in                      Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)

Weiterleitung                        Landesparteirat

Status:                                Angenommen

Empfehlung der AK:                Annahme

1 Die Polizei kommt, mit anderen Organisationen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, dem  
2 wesentlichen Auftrag zum Schutz der demokratischen Gesellschaft nach. Um diesen Auftrag in  
3 Zeiten steigender Gefahren und Aggressionen so gut wie möglich wahrnehmen zu können, muss  
4 sie resilienter weiterentwickelt und aufgestellt werden. Folgende, nicht abschließende Punkte  
5 bedürfen einer intensiven Betrachtung:

### 6 Ausstattung

- 7 • zeitgerechte und moderne persönliche Ausstattung der Beamtinnen und Beamten

- 8 • Abbau des Investitionsstaus der Liegenschaften der Polizei mit einem  
9 Investitionsförderprogramm mit Blick auf einen energetischen Mindeststandard

- 10 • Modernisierung der Fahrzeugflotten unter klimaberücksichtigenden Gesichtspunkten

- 11 • Durch Straftaten erlangte Vermögenswerte werden abgeschöpft und dem Sachmitteletat  
12 der Polizei zugeführt

### 13 Personalgewinnung, Ausbildung

- 14 • Erhöhung der Attraktivität des Berufes durch u.a. finanzielle Anreize wie die  
15 Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und die Anhebung der Zulage für Dienst zu  
16 ungünstigen Zeiten auf fünf Euro die Stunde

- 17 • Verstärkte Ausbildung/Einstellung von Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamten  
18 und die Einsetzung von Polizeibeamtinnen und Beamten auf Vollzugaufgaben

- 19 • Verstärkte Überführung von Tarifangestellten in die Verwaltungslaufbahn und Erhöhung  
20 der Attraktivität der Verwaltungsberufe in der Polizei.

21 Kriminalitätsbekämpfung

- 22 • Der Kriminalität im Internet muss Einhalt geboten werden, die personelle und  
23 Sachmittelausstattung in diesem Bereich erhöht werden. Zur Bearbeitung braucht die Polizei  
24 die klügsten Köpfe, die im Bereich IT ausgebildet sind.

25 Politische Bildung

- 26 • Fortsetzung und Verstärkung bestehender Konzepte für die politische Bildung angehender  
27 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten
- 28 • Förderung bestehender Konzepte, wie z.B. „Polizeischutz für die Demokratie“
- 29 • Unterstützung zivilgesellschaftlicher Konzepte; beispielsweise zu nennen sind Kampagnen  
30 der JUNGEN GRUPPE (GdP) wie „Der Eid ist meine DNA“ oder „Grundgesetz. Unsere  
31 Verantwortung!“

32 Zusammenarbeit

- 33 • Weiterentwicklung der Zusammenarbeit insbesondere an Brennpunkten der öffentlichen  
34 Sicherheit und Ordnung mit allen involvierten Akteuren, u.a. in der Sozialarbeit, in den  
35 kommunalen Ordnungsämtern, mit den kommunalen Verkehrsbetrieben, der kommunalen  
36 Suchtberatung, den Rettungsdiensten und den Feuerwehren.
- 37 • Weiterhin kooperative Einbeziehung der Fachexpertise der Gewerkschaften der Polizei  
38 insbesondere auch ihrer Haltung zum Schutz der Demokratie.

39 Begründung:

40 Seit Jahren erstarkt der Rechtsextremismus, sägen Akteure der „AfD“ an den Pfeilern der  
41 Demokratie und des Grundgesetzes. Ihnen konsequent alle Mittel der wehrhaften Demokratie  
42 entgegenzusetzen ist die Pflicht und das Selbstverständnis der niedersächsischen Polizei.

43 Mit ihrer Aufgabe, rund um die Uhr die Sicherheit und Freiheit von Bürgerinnen und Bürger  
44 dieses Landes zu gewährleisten, gehört die Polizei mit zur ersten Brandmauer gegen den sich  
45 immer mehr ausbreitenden Rechtsextremismus. Sie muss hierfür gestärkt werden. Mängel in  
46 der Personalausstattung, bei der Qualität der Arbeitsmittel und schlechten Karriereaussichten  
47 führen zu Unzufriedenheit, zu erhöhtem Krankenstand und treiben die Kolleginnen und  
48 Kollegen in die Arme derer, die mit einfachen Antworten komplexe Frage beantworten.  
49 Gute Arbeitsbedingungen und die Förderung innerbetrieblicher Beteiligungs- und  
50 Wertschätzungsstrukturen bei der Polizei sind ein unverzichtbarer Beitrag zum Schutz der  
51 wehrhaften Demokratie in der Gesellschaft.

## IS 2 – Erstattung der Kosten für Personenschutz im öffentlichen Bereich exponierter jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger

Antragsteller:in            Arbeitsgemeinschaft 60plus

Weiterleitung            SPD-Landtagsfraktion

Status:                    Überwiesen an Unterbezirksbeirat

Empfehlung der AK:    Weiterleitung als Material an die SPD-Landtagsfraktion

1 Die SPD in der Region Hannover setzt sich gegenüber der Landesebene dafür ein, dass die  
2 Aufwendungen, die den jüdischen Gemeinden, Vereinen und Institutionen in Niedersachsen  
3 durch Inanspruchnahme privater Sicherheitsdienste entstehen, vom Land Niedersachsen  
4 übernommen werden.

5 Begründung:

6 Nach Aussagen der liberalen jüdischen Gemeinde in Hannover ist Niedersachsen das einzige  
7 Bundesland, das sich nicht an den Kosten für personenrelevante Sicherheitsaufwendungen  
8 beteiligt. So ist zum Beispiel der Besuch von bestimmten Veranstaltungen ohne  
9 Personenschutz nicht möglich. Allein aufgrund der Personallage ist die Polizei nicht in der  
10 Lage, für alle Situationen Sicherheit zu gewähren. So belaufen sich nach Aussagen der  
11 Geschäftsführerin Rebecca Seidler, die finanziellen Aufwendungen zum Beispiel für die  
12 liberale jüdische Gemeinde in Hannover auf monatlich ca. 5.000, -- Euro.

13 Am 8. November 2023 sagte in einer Erklärung Bundespräsident Steinmeier den Schutz der  
14 Juden in Deutschland zu. Beim Benefizkonzert am Sonntag in der jüdischen Gemeinde in  
15 Hannover dazu unser Ministerpräsident Stephan Weil: „Das Jüdinnen und Juden in  
16 Deutschland wieder Angst haben müssen, ist beschämend, und wir dürfen uns damit nicht  
17 abfinden. Wir stehen an der Seite Israels, und das ist ein Hauptsatz ohne Wenn und Aber.“  
18 Wenn dies nicht leere Floskeln bleiben sollen, müssen dem auch Taten folgen. Vor diesem  
19 Hintergrund ist es nicht akzeptabel, dass die Kosten für den erforderlichen Schutz die  
20 Mitglieder von jüdischen Gemeinden und Organisationen selbst tragen müssen.

## IS 3 – Erhalt und weiterer Ausbau der Frauenhauslandschaft

Antragsteller:in SPD Frauen (ASF)

Weiterleitung Bundesparteitag, Landesparteirat

Status: Angenommen in geänderter Fassung

Empfehlung der AK: Annahme in der Fassung der Antragskommission

- 1 Die Mandatsträger:innen auf der Ebene des Bundes, des Landes, Europas sowie auf kommunaler
- 2 Ebene setzen sich weiterhin für den Erhalt und Ausbau der Frauenhauslandschaft und der
- 3 mobilen Beratungen ein. Dazu gehört insbesondere die bedarfsgerechte Finanzierung der
- 4 bestehenden Einrichtungen durch das Land Niedersachsen, den Bund und die EU.

# KLIMASCHUTZ (KI)

## KI 1 – Energiewende für alle I: Klimaneutraler Strom im Mehrfamilienhaus! – Einführung der Gemeinschaftlichen Gebäudeversorgung

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Lehrte
<u>Weiterleitung</u>	Bezirksparteitag
<u>Status:</u>	Überwiesen an Unterbezirksbeirat
<u>Empfehlung der AK:</u>	Annahme

1 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um  
2 eine Gemeinschaftliche Gebäudeversorgung hinter dem Netzverknüpfungspunkt zu  
3 ermöglichen.

4 Begründung:

5 Bis dato ist die Energiewende zu großen Teilen eine Eigenheim-Wende. Insbesondere PV-  
6 Strom im Wohnimmobilienbereich beschränkt sich größtenteils auf Eigenheime (EFH, DHH,  
7 RH), während im Mehrfamilienhaus Photovoltaik-Anlagen Seltenheitsfaktor haben. Dies hat  
8 weniger damit zu tun, dass die Dächer von Mehrfamilienhäusern nicht für Photovoltaik  
9 geeignet wären, sondern vor allem mit der überbordenden Bürokratie, die auf einen  
10 Vermieter zukommt, der überlegt, den Strom von einer PV-Anlage auf dem Dach an seine  
11 Mieter zu verkaufen.

12 Beim Einfamilienhaus ist dies einfach: Es gibt einen Stromzähler, der meist für das ganze  
13 Haus zählt. Man hat also nur einen Punkt an dem der Strom vereinfach gesprochen „rein-  
14 oder rausgeht“.

15 Bei einem Mehrfamilienhaus mit 8 Einheiten ist es deutlich schwieriger. In der Regel ist das  
16 Dach und somit die PV-Anlage nicht proportional zum höheren Stromverbrauch eines  
17 Mehrfamilienhauses größer. Den Strom einer verhältnismäßig kleineren Anlage müssen sich  
18 nun mehrere Mieter teilen.

19 Doch wie soll das überhaupt gehen? In der Bürokratienation Deutschland muss jede  
20 geflossene Kilowattstunde natürlich genauestens gemessen werden. Entsprechend wären



21 bis zur Einführung des „Smart-Meter-Gesetzes“ acht neue Zähler, die allesamt  
22 (wiederkehrende) Kosten verursachen und somit möglichen Gewinn deutlich reduziert  
23 hätten, nötig gewesen. Das „Smart Meter-Gesetz“ schafft hier zwar eine Vereinfachung  
24 durch die nun mögliche Messung mit digitalen Zählern (Smart-Metern), die allerdings noch  
25 nicht ausreicht, um PV im Mehrfamilienhaus wirklich attraktiv zu machen. Denn dies ist zwar  
26 eine technische Erleichterung, Als Anlagenbetreiber ist man aber trotzdem mit erheblicher  
27 Bürokratie konfrontiert, denn per Gesetz ist man nun ein Energielieferant mit allen  
28 zugehörigen Pflichten.

29 Stattdessen ist es nötig den Grundgedanken der Überregulierung aufzugeben, um praktische  
30 Lösungen zu ermöglichen. Die Lösung „Gemeinschaftliche Gebäudeversorgung“ würde  
31 ermöglichen, den Stromverbrauch hinter dem Netzanschlusspunkt anteilig den einzelnen  
32 Wohnungen zuzuordnen. Der Anlagenbetreiber ist in diesem Fall von wesentlichen Vorgaben  
33 für Energielieferverträge und Rechnungen nach den §§ 40-42 EnWG befreit. Dies ist sehr  
34 entscheidend, da das Konstrukt so auch für energiewirtschaftlich nicht versierte kleine  
35 Vermieter/WEGs umsetzbar ist.

36 Der Betreiber könnte den Eigenverbrauch verhältnismäßig einfach an einen  
37 Mieter/Miteigentümer verkaufen während letzterer weiterhin für seinen Reststrombedarf  
38 einen normalen Vertrag mit einem Energielieferanten hat. Ihm steht es frei den Strom vom  
39 Dach abzunehmen, wird dies aber i.d.R. tun, weil der Strom vom Dach zu einem deutlich  
40 günstigeren Preis angeboten werden kann. Der auf diesem Weg verbrauchte Strom wird vom  
41 Smart-Meter gemessen und kann unbürokratisch abgerechnet werden. Weil sich das alles  
42 hinter dem Netzverteilstpunkt abspielt, sind auf den so verbrauchten Strom auch keine  
43 Netzentgelte fällig. In den meisten Fällen wird die Steuerfreiheit für PV-Anlagen greifen,  
44 sodass das Modell Gemeinschaftliche Gebäudeversorgung erfolgreich dafür sorgen kann,  
45 dass in Zukunft deutlich mehr PV-Anlagen ihren Weg auf Dächer von mehr Familienhäusern  
46 finden, weil dieses nun rentabel und vor allem unbürokratisch funktioniert!

## KI 2 – Energiewende für alle II: Klimaneutrales heizen im Mehrfamilienhaus! – PV-Strom für Wärmepumpen unbürokratisch abrechnen

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Lehrte
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, Bezirksparteitag
<u>Status:</u>	Überwiesen an Unterbezirksbeirat
<u>Empfehlung der AK:</u>	Annahme in der Fassung der Antragskommission

1 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um  
2 den Eigenverbrauch des von einer PV-Anlage auf dem Dach eines (Mehrfamilien-)Hauses  
3 produzierten Stroms durch eine zentrale Wärmepumpe im Rahmen der Heizkostenabrechnung  
4 mit anfangs 20ct/kWh abrechnen zu können. Im weiteren Verlauf soll die Vergütung so an den  
5 aktuellen Strompreis gekoppelt sein, dass sie immer niedriger ist, als der aktuelle Endkundenpreis  
6 auf dem Strommarkt.

7 Begründung:

8 Perspektivisch werden immer mehr Mehrfamilienhäuser mit einer zentralen Wärmepumpe  
9 beheizt werden. Diese für die Wärmewende notwendige Entwicklung wirft jedoch folgende  
10 Frage auf: Was ist, wenn ich eine PV-Anlage auf dem Dach habe und den von der PV  
11 produzierten Strom zum Betrieb meiner Wärmepumpe in einem Mehrfamilienhaus nutze.

12 Zur Verdeutlichung zwei Beispiele:

13 Ohne PV-Anlage wäre es so: Die Wärmepumpe verbraucht 10 000 kWh in einem Jahr, um das  
14 Haus zu beheizen. Bei einem Strompreis von 30ct pro kWh wären das jährliche Heizkosten  
15 von 3000 Euro. Diese werden nun entsprechend eines Verteilerschlüssels, häufig 30%  
16 Grundkosten und 70% Verbrauchskosten verteilt. So muss Mieter Herr Müller dann vielleicht  
17 250 Euro Heizkosten zahlen und Frau Meier 350 Euro.

18 Nun kommt eine PV-Anlage ins Spiel: Vermieter Herr Friedrich möchte die Energiewende  
19 voranbringen. Er installiert eine PV-Anlage auf dem Dach des Mehrfamilienhauses. Vom  
20 produzierten Strom werden nun 4000 kWh von der Wärmepumpe verbraucht. Das ist super,  
21 so müssen nur noch 6000 kWh aus dem öffentlichen Netz für 30ct pro kWh gekauft werden.  
22 Die Heizkosten betragen also nur noch 1800 Euro. Herr Müller freut sich, er müsste auf  
23 einmal nur noch 180 Euro Heizkosten zahlen und Frau Meier nur noch 200 Euro.

24 Der Einzige, der nicht begeistert ist, ist Herr Friedrich. Er hat 20 000 Euro für die Anlage  
25 investiert und hat nun aber keine Vergütung für den von seinen Mietern verbrauchten Strom.

26 Um diese Situation zu lösen, soll aufbauend auf dem Modell der Gemeinschaftlichen  
27 Gebäudeversorgung eine Regelung geschaffen werden, dass von einer zentralen  
28 Wärmepumpe verbrauchter Strom von Herrn Friedrich pauschal mit 20 Cent auf die  
29 Heizkosten umgelegt werden darf. Er würde nun also die 4000 von seinen Mietern  
30 verbrauchten kWh zu 20 Cent umlegen können und würde so 800 Euro bekommen, mit  
31 denen er zusätzlich zur Einspeisevergütung für den eingespeisten Strom die  
32 Investitionskosten für die Anlage reinvestieren kann. Für Herrn Friedrich macht die  
33 Investitionen nun also wieder Sinn.

34 Die Heizkosten lägen nun insgesamt bei 1800 Euro + 800 Euro = 2600 Euro. Das freut auch  
35 Herrn Müller und Frau Meier, denn sie bezahlen jetzt nur noch 230 Euro und 310 Euro  
36 Heizkosten, sparen also auch Kosten aufgrund der PV-Anlage.

37 Mit diesem Modell einer pauschalen Vergütung könnte unbürokratisch die Kombination vom  
38 PV-Anlage und Wärmepumpe nicht nur im Eigenheim, sondern auch im Mehrfamilienhaus  
39 attraktiv gemacht werden. Davon profitieren am Ende alle: Sowohl der Vermieter, der seine  
40 Investitionskosten refinanziert bekommt, aber auch die Mieter, die bei den Stromkosten  
41 sparen. Das Modell funktioniert natürlich auch bei Wohnungseigentümergeinschaften,  
42 die sich gemeinsam die PV-Anlage anschaffen.

43 Mit diesem Model kann ein zentrales Problem für die Energiewende im Gebäudesektor in den  
44 nächsten Jahren gelöst werden. Die Höhe der Verbrauchsvergütung könnte  
45 selbstverständlich an den aktuellen Strompreis gekoppelt werden, sodass die Vergütung  
46 immer günstiger ist als der aktuelle Endkundenpreis.

**KI 2 – Energiewende für alle II: Klimaneutrales heizen im  
Mehrfamilienhaus! – PV-Strom für Wärmepumpen  
unbürokratisch abrechnen  
(Ursprungsfassung)**

Antragsteller:in            SPD-Ortsverein Lehrte

Weiterleitung            Bezirksparteitag

- 1    Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um
- 2    den Eigenverbrauch des von einer PV-Anlage auf dem Dach eines (Mehrfamilien-)Hauses
- 3    produzierten Stroms durch eine zentrale Wärmepumpe im Rahmen der Heizkostenabrechnung
- 4    mit anfangs 20ct/kWh abrechnen zu können. Im weiteren Verlauf soll die Vergütung so an den
- 5    aktuellen Strompreis gekoppelt sein, dass sie immer niedriger ist, als der aktuelle Endkundenpreis
- 6    auf dem Strommarkt.

## KI 3 – Klimaschutz und Klimawirtschaft

Antragsteller:in            Unterbezirksvorstand (AK Nachhaltigkeit)

Weiterleitung            SPD-Regionsfraktion

Status:                    Überwiesen an Unterbezirksbeirat

Empfehlung der AK:    Annahme in der Fassung der Antragskommission

- 1 Die Regionsfraktion wird aufgerufen, die nachfolgenden Punkte als Leitantrag Klimaschutz und  
2 Klimawirtschaft in die Regionsversammlung einzubringen:
- 3 1. Die Region Hannover bekennt sich zur Klimawende als einem prioritären Politikziel unter  
4 moralischen, sozialen und ökonomischen Gesichtspunkten.
  - 5 2. Die Regionsverwaltung berücksichtigt die in der ANLAGE aufgeführten Punkte unter  
6 Einbeziehung der genannten Partner bei der Erstellung des in Arbeit befindlichen regionalen  
7 Maßnahmenprogramms zur Klimawende; die Maßnahmen werden transparent und  
8 nachvollziehbar priorisiert.
  - 9 3. Die Regionsverwaltung prüft außerdem, welche zusätzlichen Maßnahmen erforderlich sind,  
10 um das angestrebte Ziel, Klimaneutralität bis 2035, zu erreichen.
  - 11 4. Für das Klimaschutzprogramm wird ein Finanzvolumen von 55 Millionen Euro pro Jahr  
12 angelegt. Nach fünf Jahren wird nach einer Evaluierung geprüft, welche Mittel in den  
13 Folgejahren zur Verfügung zu stellen sind.

### 14 Begründung:

15 Die Ursachen der steigenden Erderwärmung mit ihren zerstörerischen Folgen sind  
16 hinlänglich bekannt. Es ist unbestritten, dass jetzt verstärkt die zwingend notwendigen  
17 Maßnahmen getroffen werden müssen, um die negativen Auswirkungen der Erderwärmung  
18 für die künftigen Generationen so gering wie möglich zu halten. Die für die Transformationen  
19 erforderlichen finanziellen, organisatorischen und sozialen Belastungen sind  
20 sozialverträglich zu gestalten. Allen muss klar sein, dass alternativ der Rechtsruck  
21 voranschreiten wird, Fortschritte zurückgefahren und sich die Klimakrisen mit ihren  
22 unumkehrbaren klimatischen, ökonomischen und sozialen Folgen und weiteren globalen  
23 Migrationsbewegungen verstärken werden. Die Folgen für unser tägliches Leben, unseren  
24 Wohlstand und unseren sozialen Standard sind immens.

25 Dabei ist der wichtige Aufbau einer Klimawirtschaft nicht nur die Voraussetzung für das

26 Gelingen der Klimawende, sondern auch der Garant für die Schaffung neuer qualifizierter  
27 Arbeitsplätze und einen neuen Wirtschaftsaufschwung mit der Sicherung unseres  
28 Wohlstands für alle.

29 Der ökonomische Erfolg der Klimawende – mit der notwendigen Refinanzierung der zu  
30 tätigen Investitionen – wird nur dann eintreten, wenn diese zügig mit den erforderlichen  
31 Investitionen und den sozialpolitisch notwendigen Flankierungen umgesetzt wird.

32 Wenn wir jetzt nicht entschlossen handeln, werden durch die dynamisch fortschreitenden  
33 Klimaveränderungen nicht nur die finanziellen Auswirkungen um ein Vielfaches größer  
34 werden, es wird auch stark negative soziale und politische Konsequenzen haben, die nur  
35 schwer noch zu beherrschen sein werden.

36 Für die Entwicklung und Umsetzung müssen hier geeignete Organisationsformen gefunden  
37 werden; ferner sind möglichst viele Akteure bei der Umsetzung durch eigenes Handeln zu  
38 motivieren und zu befähigen.

39 Die anspruchsvolle selbstgesteckte Zielsetzung der Region Hannover und der  
40 Landeshauptstadt Hannover, bis 2035 klimaneutral zu werden, kann nur in Kooperation mit  
41 politischen und anderen institutionellen Partnern erfolgreich umgesetzt werden, und auch  
42 nur mit der finanziellen Unterstützung von Bund und Land, sowie der regionalen Wirtschaft  
43 – und mit einem Programm, das diesem lohnenswerten Zeitziel Rechnung trägt.

44

## 45 ANLAGE

46 Handlungsprogramm für eine sozialdemokratische Klimapolitik für die Region Hannover

### 47 Wärmewende

- 48 • Förderung des bereits in Gang gebrachten Ausbaus von Solartechnik und  
49 Windenergienutzung sowie weiterer nutzbarer Möglichkeiten wie Geothermie,  
50 Wärmequellen im Abwasser und auf der Deponie
- 51 • Weiterer Ausbau eines bedarfsgerechten Fernwärmenetzes mit einer treibhausgasfreien  
52 Erzeugung von Fernwärme
- 53 • Förderung alternativer Technologien, soweit diese ökonomisch und ökologisch  
54 sinnvoller sind und /oder zu niedrigeren Kosten, insbesondere für Mieterhaushalte,  
55 führen
- 56 • Soweit erforderlich und gewünscht, unterstützt die Region Hannover die Städte und  
57 Gemeinden in der Region bei der Erstellung ihrer kommunalen Wärmepläne

58 • Auf den vom Stadtverband Hannover beschlossenen Antrag zur Wärmewende wird  
59 hingewiesen

#### 60 Mobilität

- 61 • Forcierung der E-Mobilität
- 62 • Förderung des ÖPNV und der Radverkehre
- 63 • Sperrung von Stadtbereichen für stark CO<sub>2</sub>-emittierende Fahrzeuge
- 64 • Genannte Maßnahmen nicht zu Lasten sicherer Fußwege

#### 65 Industrie, produzierendes Gewerbe

- 66 • Unterstützung durch schlanke Genehmigungsverfahren, Ausbildung von Fachkräften
- 67 • Bereitstellung oder Ermöglichung von Infrastruktur, Beratung für KMUs

#### 68 Flankierende Maßnahmen

- 69 • Reduzierung überflüssiger Energieverschwendung, z.B. durch die Wiederverwendung  
70 von Gebäuden nach Modernisierung und Umnutzung,
- 71 • Erhaltung und Schaffung von CO<sub>2</sub>-Senken (z.B. Moore, aber auch technischer  
72 Maßnahmen),
- 73 • Erhalt und die Aufforstung von Wäldern und Bäumen und Wiedervernässung von  
74 stillgelegten oder abgetorften Mooren,
- 75 • Reduktion des Ausstoßes von Methan und „Lachgas“ (insbesondere aus der  
76 Landwirtschaft),
- 77 • Ausbau geeigneter Speicher unterschiedlicher Technologien für die Fälle, in denen aus  
78 Sonne, Wind, Wasser, Erde und Abfall nicht genügend Energie zur Verfügung gestellt  
79 werden kann,
- 80 • Anschluss von Hannover an eine noch zu bauende Wasserstoffpipeline von  
81 Wilhelmshaven,
- 82 • Zielgerichtete soziale Abfederungen unterschiedlicher – auch indirekter – Art,  
83 insbesondere für Mieterhaushalte (die bei Fördermaßnahmen des Bundes partiell  
84 vernachlässigt werden), z.B. durch Unterstützung und Förderung von  
85 Energiegenossenschaften,

#### 86 Klimawirtschaft

87 Für die Region Hannover bedeutet dies, ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten

88 auszuschöpfen. Diese sind in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden und  
89 weiteren Kooperationspartnern, wie  
90 den Verbänden, durchaus vielfältig, insbesondere:

- 91 • Fachkräfteentwicklung: Bildung, Ausbildung und Fortbildung: originäre Aufgabe der  
92 Region, in Kooperation mit den einschlägigen Partnern (Wirtschaftsverbände,  
93 Gewerkschaften, Hochschulen, Land Niedersachsen, sonstige Bildungsträger),  
94 Qualifizierung von Zuwanderern, Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland, gerade  
95 auch im IT-Bereich,
- 96 • Förderung ansässiger Betriebe der Klimawirtschaft,
- 97 • Förderung von Startups und Ausgründungen aus dem universitären Bereich, auch  
98 Förderung von Startups aus dem nichtuniversitären Bereich,
- 99 • deutliche Ausweitung des Beteiligungsfonds (HBF) der Region für Weiterentwicklung  
100 von Startups,
- 101 • Ansiedlung von Unternehmen der Klimawirtschaft, Zurverfügungstellung von  
102 Grundstücken, innovative Lösungen, um mehr Anreize für Ansiedlungen (im  
103 Wettbewerb mit anderen Regionen in Deutschland und der EU) finden, neue Wege  
104 gehen, z.B. Incentives, insbesondere immaterielle, für Ansiedlungswillige,
- 105 • Unterstützung bei bürokratischen Barrieren, Finanzierungsberatung (über Partner),
- 106 • Technologieförderung durch Eigenprojekte der Region, der Städte und Gemeinden (z.B.  
107 Großwärmepumpen), Vorbildfunktion im eigenen Verantwortungsbereich,
- 108 • Unterstützung bei der Skalierung der nationalen Solarwirtschaft auf kommunaleigenen  
109 Immobilien,
- 110 • Ausbau der Infrastruktur für industrielle Gase, z. durch Einwerben beim Land zum Bau  
111 einer Wasserstoffleitung vom Terminal in Wilhelmshafen in die Region Hannover für  
112 energieintensive Industrien und die CO2 freie Fernwärmeerzeugung bei den regionalen  
113 Versorgern und Versorgung der Enercity-Kaverne in Empelde,
- 114 • Ausbau der verschiedenen Einrichtungen der Wirtschaftsförderung, weiterer Ausbau der  
115 Kooperationen,
- 116 • Beratung bei der Einwerbung von Fördermitteln in Kooperation mit NBank,
- 117 • Massive Lobbyarbeit, auch in Kooperation mit anderen Regionen, Gründung von  
118 Netzwerken,



- 119 • Einwerbung von Pilotprojekten von Bund, Land und EU und von staatlichen  
120 Fördermitteln,
- 121 Umsetzung, Projektmanagement, Finanzierung
- 122 Eine erfolgreiche Umsetzung des noch zu erstellenden regionalen Handlungsprogramms  
123 erfordert ein professionelles, hochkompetentes und leistungsfähiges – gegebenenfalls  
124 externalisiertes – Projektmanagement mit
- 125 • einem breit akzeptierten Maßnahmenprogramm (mit den Kooperationspartnern  
126 abgestimmt), zugeschnitten auf die Handlungsmöglichkeiten und  
127 Unterstützungsbedarfe der unterschiedlichen Akteure,
- 128 • einer nachvollziehbaren Zeitschiene
- 129 • einer Folgenabschätzung, insbesondere in Bezug auf soziale Verträglichkeit und  
130 politische Akzeptanz, welches durchgerechnet und refinanzierbar, transparent, flexibel,  
131 bzgl. technologischer und ökonomischer oder gesellschaftlicher Entwicklungen  
132 nachjustierbar, evaluierbar und kontrollierbar ist.
- 133 • einem adäquaten Kommunikations- und Beteiligungskonzept,
- 134 • einem belastbaren und verlässlichen Finanzrahmen mit einem Volumen von 55 Mio. €  
135 p.a. (investiv) über fünf Jahre, der sich aus einer Gemeinschaftsfinanzierung der Partner  
136 zusammensetzt,
- 137 • einer engagierten Lobbyarbeit zur Generierung von Drittmitteln und sonstigen  
138 Unterstützungsleistungen,
- 139 Kommunikation
- 140 • Vorbereitende, begleitende und zielgruppengerechte Kommunikation zu den  
141 durchgeführten Maßnahmen.
- 142 • Kontinuierliche Vermittlung von grundlegenden und sachlichen Informationen zum  
143 Klimawandel, sowie den ökologisch und gesellschaftlichen Auswirkungen auf unsere  
144 Region, um Falschinformationen und damit Verunsicherungen in der Bevölkerung  
145 entgegen zu wirken.

## KI 3 – Klimaschutz und Klimawirtschaft

### (Ursprungsfassung)

Antragsteller:in            Unterbezirksvorstand (AK Nachhaltigkeit)

Weiterleitung            SPD-Regionsfraktion Hannover

Empfehlung der AK:    Text

- 1 Die Regionsfraktion wird gebeten, die nachfolgenden Punkte als Leitantrag Klimaschutz und  
2 Klimawirtschaft in die Regionsversammlung einzubringen:
- 3        5. Die Region Hannover bekennt sich zur Klimawende als einem prioritären Politikziel unter  
4            moralischen, sozialen und ökonomischen Gesichtspunkten.
- 5        6. Die Regionsverwaltung berücksichtigt die in der ANLAGE aufgeführten Punkte unter  
6            Einbeziehung der genannten Partner bei der Erstellung des in Arbeit befindlichen  
7            regionalen Maßnahmenprogramms zur Klimawende; die Maßnahmen werden  
8            transparent und nachvollziehbar priorisiert.
- 9        7. Die Regionsverwaltung prüft außerdem, welche zusätzlichen Maßnahmen erforderlich  
10           sind, um das angestrebte Ziel, Klimaneutralität bis 2035, zu erreichen.
- 11       8. Für das Klimaschutzprogramm wird ein Finanzvolumen von 55 Mio € p. a. angelegt. Nach  
12           fünf Jahren wird nach einer Evaluierung geprüft, welche Mittel in den Folgejahren zur  
13           Verfügung zu stellen sind.

## KI 4 – Elektromobilität ausbauen – Ladesäuleninfrastrukturstrategie (LASIS) gestalten

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Hemmingen

Weiterleitung Bezirksparteitag, SPD-Regionsfraktion

Status: Überwiesen an Unterbezirksbeirat

Empfehlung der AK: Nichtbefassung / Ablehnung

- 1 Die Entscheidung des europäischen Parlaments im Hinblick auf eine Verschärfung der Co2-  
2 Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge im Einklang  
3 mit den ehrgeizigen Klimaziele der Europäischen Union hat auch für die Kommunen im Bezirk  
4 Hannover sowohl politische, gesellschaftliche als auch ökologische Herausforderungen zur Folge.  
5 Wir wollen diesen Transformationsprozess für alle Menschen im Bezirk vereinheitlichen und  
6 weiterentwickeln, damit er gelingen kann.
- 7 Dabei nimmt die kommunale Ebene eine entscheiden Rolle ein. Daher fordern wir für die  
8 Kommune:
- 9 • Darstellung wie die kommunalen Institutionen (z.B. am Hallenbad) die Möglichkeit haben,  
10 Ladesäulen für die Einwohner:innen bereitzustellen und welche verkehrsrechtlichen  
11 Maßnahmen dafür notwendig sind - Gestaltung einer Kommunalförderung für die  
12 Anschaffung und Installation einer Wall-Box Besonders die Region Hannover wird in den  
13 kommenden Jahren ein wichtiger Treiber und Impulsgeber für die E-Mobilität einnehmen.  
14 Daher fordern wir für die Region Hannover: - ein Ladensäulenregister zur besseren  
15 Koordination der Ladesäulen in der gesamten Region implementieren - ein  
16 Umsetzungskonzept der Elektromobilität für die gesamte Region Hannover -  
17 Weiterentwicklung der Klimaschutzregion Hannover mit Förderungsmöglichkeiten für  
18 Ladesäulen besonders für Ballungszentren sowie Wohngebiete in der Region Hannover
  - 19 • Konzept für die Darstellung von den gesamten kommunalen Institutionen (Hallenbad,  
20 Kultur- und öffentlichen Büros) aufzeigen, die die Möglichkeit besitzen, öffentliche  
21 Ladesäulen für die Einwohner:innen bereitzustellen und welche verkehrsrechtlichen  
22 Maßnahmen dafür notwendig sind - Einheitliche Gestaltung für eine Kommunalförderung  
23 für die Anschaffung und Installation einer Wall-Box ermöglichen und diese finanziell  
24 untermauern - Prüfung in wie weit Partnerschaften eingegangen werden können, um die  
25 kommunale Ladesäuleninfrastruktur schnellstmöglich voranzubringen und diese  
26 Möglichkeiten den Kommunen / Gemeinden in der Region anzubieten - weiteren Ausbau der  
27 Pilotprojekte (E-Ladesäulen aus Laternen in Langenhagen oder Ladesäulen-Sharing in

28 Hannover) für die gesamte Region. Dabei sollen vor allem die Gemeinde / Kommunen  
29 profitieren, wo die Ladesäuleninfrastruktur noch nicht so weit ausgebaut worden - eine  
30 Übersicht an welchen Förderungsprogrammen zur E-Mobilität die Region Hannover bereits  
31 teilgenommen und welche Förderungsprogramme gerade aktuell laufen um die Erkenntnisse  
32 an die Kommunen / Gemeinden zu spiegeln

33 Der Bezirk Hannover hat eine gewaltige Chance für die E-Mobilität. Nicht nur das Zusammenspiel  
34 von Stadt und Land wird für den Transformationsprozess eine entscheidende Rolle spielen,  
35 sondern der gesamte Bezirk kann eine starke Gestaltungsebene darstellen. Daher fordern wir für  
36 den Bezirk Hannover: - Weitentwicklung neu/wagen der Transformationsstelle Automotive in  
37 Hannover/Hildesheim mit dem „Zukunftsbild 2030+“ zu einem Innovationscluster und  
38 Zweckverband E-Mobilität für den Bezirk Hannover ausbauen - gemeinsame  
39 Konzessionsvergabeprozesse mit den (öffentlichen) Stadtwerken im Bezirk zur Vereinbarung der  
40 E-Mobilität im Rahmen eines Zweckverbandes koordinieren - Auf- und Ausbau eines  
41 bezirkswiden digitalen Bezahlsystem zur Nutzung der Ladesäulen im gesamten Bezirksgebiet -  
42 Stärkere Möglichkeiten von Nutzung von Kooperationspartnerschaften und Einbindung des PPP-  
43 Netzwerkes des Landes Niedersachsen zur Bereitstellung einer E-Mobilitätsstrategie in den  
44 einzelnen Kommunen / Gemeinden des Bezirks - Darstellung von Ergebnisse die im Rahmen von  
45 Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) bereits Ladesäulen in verschiedenen Kommunen  
46 betreiben (z.B. E-Tankstelle in Laternen, Ladesäulen-Sharing) und wie die einzelnen Kommunen  
47 davon profitieren können

48 Damit die unterschiedlichen Ebene die Ladesäuleninfrastruktur nachhaltig gestalten kann, wird  
49 das Land Niedersachsen auch weiterhin eine elementare Rolle einnehmen. Daher fordern wir vom  
50 Land Niedersachsen: - Metropolregion Hannover-Göttingen-Braunschweig-Wolfsburg finanziell  
51 als Forschungs- und Entwicklungsinitiative zum „Schaufenster Elektromobilität“ weiter ausbauen  
52 und die Fachforen zum Konzept zur Förderung der Elektromobilität in die Kommune tragen. Dabei  
53 soll das Kommunikationskonzept für Handlungsvorschläge stärker verbreitet werden - eine  
54 landesweite Kaufpreisprämie für kommunale E-Fahrzeuge im Rahmen der  
55 Förderungsmöglichkeiten einsetzen - eine verbesserte und benutzerfreundliche Darstellung vom  
56 Ladeatlas - die Unterstützung und Moderation für eine benutzerfreundliche Bezahlsysteme der  
57 unterschiedlichen Anbietern bei der Nutzung der Ladesäulen in Niedersachsen –  
58 Fördermöglichkeiten von Niedersachsen.Klar.Elektrisch stärker nach Absprache der  
59 Kommunen/Gemeinde nach dem tatsächlichen Bedarf absprechen und weiter zielorientiert  
60 darstellen – kommunale Beratungsnetzwerk des Landes weiter ausbauen

61 Begründung:

62 Die Entscheidung des europäischen Parlaments im Hinblick auf eine Verschärfung der Co2-  
63 Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge im  
64 Einklang mit den ehrgeizigen Klimaziele der Europäischen Union hat auch für die Stadt  
65 Hemmingen, politische, gesellschaftliche sowie ökonomische/ökologische  
66 Herausforderungen.

67 Das Konzeptpapier zur Förderung der Elektromobilität der Stadt Hemmingen aus dem Jahr  
68 2017 war eine gute Grundlage, um intensiver über die ersten Maßnahmen zu diskutieren und  
69 eine Richtungstendenz vorzunehmen. Aufgrund der jetzt neuen Rahmenbedingungen  
70 müssen wir die Planungszeit nutzen, um die Ladesäuleninfrastruktur in allen Ortsteilen in  
71 Hemmingen zu diskutieren, aktuelle Pilotprojekte ggf. zu übernehmen sowie einen  
72 aktualisierten, ganzheitlichen Überblick auf die Ladesäulenmöglichkeit im Rahmen der E-  
73 Mobilität zu erhalten. Wir wollen mit dem Antrag nicht nur auf das Generationsthema E-  
74 Mobilität und veränderte Mobilität hinweisen, sondern konkret schauen welche  
75 Förderungen nutzen die Bürger:innen schon und welche Förderungsmöglichkeiten hat die  
76 Stadt Hemmingen sowohl in der Vergangenheit in Anspruch genommen, wo stehen wir und  
77 welche Förderungsmöglichkeit (sowohl finanziell als auch im Rahmen von Wissen) nutzen  
78 wir im föderalistischen Ansatz um unser Elektromobilitätsmanagement voranzubringen.

79 Dabei wird in der Region Hannover z.B. Pilotprojekte wie E-Ladesäulen in Langenhagen aus  
80 Laternen oder Ladesäulen-Sharing aus Hannover bereits umgesetzt. Wir wollen gemeinsam  
81 mit der Verwaltung prüfen, ob diese in Hemmingen grundsätzlich umsetzbar seien und  
82 welche Rahmenbedingungen wir dazu benötigen. Im Rahmen von Öffentlich-Privaten  
83 Partnerschaften (ÖPP) werden bereits Ladesäulen in verschiedenen Kommunen betrieben.  
84 Doch welche Möglichkeiten haben wir dazu? Wie kann das aussehen? Das wollen wir  
85 gemeinsam mit der Verwaltung erörtern. In der Vergangenheit sind bereits einige  
86 Förderungsmöglichkeiten von der Landes- und Bundesebene angeschoben worden wie z.B.  
87 „Regierungsprogramm Elektromobilität“ oder „Gemeinsame Geschäftsstelle  
88 Elektromobilität“ sowie „Nationale Plattform Elektromobilität“ sowie „Nationale Plattform  
89 Elektromobilität“, um den Aufbau von einem flächendeckenden Netz an Schnelllade- sowie  
90 Normalladeinfrastrukturen zu erreichen. Diese Punkte sind bereits im Konzept zur Förderung  
91 der E-Mobilität der Stadt Hemmingen aufgegriffen. Doch welche Erfolge konnten daraus  
92 gezogen werden? Welche Erkenntnisse hat die Stadt Hemmingen gesammelt, um den  
93 weiteren Ausbau mit Förderungsmöglichkeiten zu nutzen.

94 Außerdem gibt es aktuell mehrere Förderungen auf Landes- und Bundesebene z.B. hat die  
95 Landesebene im Rahmen der E-Mobilität die Möglichkeit der Elektromobilitäts-

96 manager:innen (EMMAs) geschaffen, um die Vernetzung von kommunalen Erfahrungen im  
97 Ausbau zu verbessern, sowie Bundesförderungsprogramme bestmöglich zu nutzen. Wir  
98 wollen hier schauen, ob bereits auf diese Expertise zurückgegriffen worden ist und ob das ein  
99 weiterer Baustein für die Entwicklung der E-Mobilität in unserer Stadt sein kann.

# KOMMUNALPOLITIK (K)

## K 1 – Antrag auf kostenlose Fahrten für Schüler:innen auch unterhalb der 2 km-Grenze

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Neustadt
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Regionsfraktion
<u>Status:</u>	Überwiesen an Unterbezirksbeirat
<u>Empfehlung der AK:</u>	Ablehnung

- 1 Die SPD in der Region Hannover setzt sich dafür ein, dass alle Schüler:innen ein kostenloses
- 2 Schülerticket erhalten.

### 3 Begründung:

- 4 Manche Schulwege, insbesondere durch die Kernstadt, sind mit dem Überqueren viel befahrener
- 5 Straßen verbunden. Entsprechend liegt diesen Wegen ein gewisses Gefahrenpotential zugrunde.
- 6 Leider ist auch feststellbar, dass es aufgrund vieler so genannter „Elterntaxis“ vor den
- 7 Grundschulen zu erheblichen Verkehrsbehinderungen kommt, was ebenfalls diverse
- 8 Gefährdungen mit sich bringt. Die Anzahl der Elterntaxis ließe sich durch ein Schülerticket für alle
- 9 Schülerinnen und Schüler sicher reduzieren. Schließlich bietet die Umsetzung dieses Antrages
- 10 auch die Chance, dass erheblich weniger CO2 in die Umwelt gelangt.
- 11 Zudem ist feststellbar, dass Schülerinnen und Schüler von manchen Freizeitaktivitäten
- 12 ausgeschlossen sind, weil sie nicht im Besitz eines Schülertickets sind. Das gilt sowohl für
- 13 Kernstädte, die in einen der über 30 Stadtteile möchten, als auch umgekehrt. Und leider können
- 14 sich auch nicht alle Familien den Kauf entsprechender Tickets leisten. Bildung und Teilhabe gilt
- 15 aber allen Menschen, auch denen, die weniger als 2 Kilometer vom Schulort entfernt wohnen.

## K 2 – Mehr öffentliche Trinkwasserbrunnen in der Region Hannover

<u>Antragsteller:in</u>	Jusos Region Hannover
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Regionsfraktion
<u>Status:</u>	Überwiesen an Unterbezirksbeirat
<u>Empfehlung der AK:</u>	Annahme

1 Wir fordern, dass im Gebiet der Region Hannover mehr öffentliche, frei zugängliche  
2 Trinkwasserbrunnen aufgestellt werden. Insbesondere in den Gebieten, in denen es bisher noch  
3 keine Trinkwasserbrunnen gibt, besteht ein großer Bedarf an öffentlichen Trinkwasserbrunnen.

### 4 Begründung:

5 So ziemlich jeder kennt es: Es ist Sommer, gefühlte 30 Grad und man hat sein Trinken zuhause  
6 vergessen. Das kann ärgerlich sein, für besonders vulnerable Menschengruppen, z. B. ältere  
7 Menschen sogar lebensbedrohlich. Gerade finanziell schlechter gestellte Menschen können auch  
8 nicht einfach in das nächstgelegene Restaurant laufen und sich dort ein Glas Wasser bestellen.  
9 Nicht zu vernachlässigen ist hierbei auch die Gruppe der obdachlosen Menschen in Hannover.  
10 Gerade diese Menschengruppe hat im Sommer Probleme damit, hydriert zu bleiben. Zwar sehen  
11 wir, dass es in der Region Hannover in den vergangenen Jahren Fortschritte bei der  
12 Wasserversorgung obdachloser Menschen im Sommer gab. Jedoch reichen diese Fortschritte  
13 nicht aus. So gibt es z. B. in der Stadt Hannover noch immer etliche Stadtteile, in denen es gar  
14 keine öffentlichen Trinkwasserbrunnen gibt, so z. B. in Vinnhorst, Hainholz, Groß-Buchholz,  
15 Kleefeld etc. Die Stadt Hannover verweist auf ihrer Webseite auf die Möglichkeit, Wasser aus den  
16 Wasserhähnen der städtischen öffentlichen Toiletten zu entnehmen. Ganz davon ab, dass dieser  
17 Hinweis vor Respektlosigkeit obdachlosen Menschen gegenüber strotzt, gibt es auch viele Orte,  
18 an denen es gar keine öffentlichen Toiletten gibt.

19 Daher fordern wir, dass die Verfügbarkeit öffentlicher Trinkwasserbrunnen im Bereich der Region  
20 Hannover stark ausgeweitet wird, sodass ein flächendeckendes Netz an öffentlichen, frei  
21 zugänglichen Trinkwasserbrunnen im gesamten Regionsgebiet entsteht.



## K 3 – Eine Investition in unsere Zukunft – Änderung von § 120 Abs. 2 Satz 3 NKomVG

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Hainholz-Vinnhorst

Weiterleitung Landesparteirat

Status: Angenommen

Empfehlung der AK: Annahme

- 1 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, den § 120 Abs. 2 Satz 3 des Nds.
- 2 Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) so zu ändern, dass bei der Genehmigung der
- 3 vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im
- 4 Rahmen kommunaler Haushaltssatzungen keine Regelversagung mehr an eine fehlende
- 5 dauernde Leistungsfähigkeit geknüpft wird.

## K 4 – Mehr Freiheit für kommunale Vorkaufsrechte

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Bundesparteitag, Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion
<u>Status:</u>	Überwiesen an Unterbezirksbeirat
<u>Empfehlung der AK:</u>	Annahme

1 Die Regelung des § 26 Nr. 4 BauGB, nach welcher kommunale Vorkaufsrechte, die an sich  
2 vorgesehen sind, weitgehend ausgeschlossen werden, wird aufgehoben.

3 Begründung:

4 Das zu Zeiten Willy Brandts sozialdemokratisch geprägte Baugesetzbuch, das bundesweit das  
5 Bauplanungsrecht auch für die Kommunen regelt, sieht in den §§ 24 ff BauGB zahlreiche  
6 Möglichkeiten zur Schaffung und Wahrnehmung kommunaler Vorkaufsrechte vor, u.a. um den  
7 Kommunen die Möglichkeit zu eröffnen, kommunale Vorkaufsrechte zum Schutz der  
8 Zusammensetzung der Bevölkerung vorzusehen. Es ist damit ein wirksames Werkzeug der  
9 Kommunen, Gentrifizierungstendenzen entgegenzuwirken und somit auf das Mietniveau  
10 mäßigend einzuwirken.

11 Die Ausnahmegesetzgebung des § 26 Nr. 4 BauGB hebt jedoch -offensichtlich infolge eines vom  
12 Gesetzgeber so nicht beabsichtigten Versehens- die in den vorhergehenden Vorschriften  
13 geschaffenen kommunalen Handlungsmöglichkeiten wieder weitgehend aus, wie das  
14 Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil vom 09.11.2021 festgestellt hat (Aktenzeichen 4 C  
15 1.20).

16 Der auch vom Bundesrat geteilte und festgestellte Änderungsbedarf (Drucksache 133/22 vom  
17 08.04.2022) stößt offensichtlich bei einem kleinen Koalitionspartner in der Bundesregierung nicht  
18 auf Gegenliebe, der exorbitante Handlungsdruck auf dem Wohnungsmarkt lässt jedoch keine  
19 falsche Rücksichtnahme zu.

## K 5 – Grundsätzliches Rauchverbot im Erlebnis-Zoo Hannover

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion

Status: Überwiesen an Unterbezirksbeirat

Empfehlung der AK: Annahme in der Fassung der Antragskommission

1 Die Region Hannover wird aufgefordert werden, das Gebiet des Erlebnis-Zoo Hannover in seiner  
2 Gänze zu einer Nichtraucherzone umzuwandeln; ggf. mit der Ausnahme von wenigen  
3 designierten Raucherzonen.

4 Begründung:

5 Im Erlebnis-Zoo Hannover sind vorwiegend Familien, auch und gerade mit kleinen Kindern zu  
6 Besuch, die vor den Auswirkungen von brennenden Zigaretten und Zigarettenrauch besonders  
7 geschützt werden sollten. Brennende Zigaretten in Menschengruppen stellen für kleinere und  
8 spielende Kinder eine Verletzungsgefahr dar. Zigarettenrauch kann die Gesundheit von  
9 Menschen nachweislich schädigen und Kinder können sich kaum davor schützen.

10 Der Konsum von Zigaretten in direkter Nähe von Kindern und in einem entspannt-fröhlichen  
11 Umfeld (wie es der Erlebnis-Zoo im Normalfall ist) kann den Kindern zusätzlich zu den  
12 gesundheitsschädlichen Einflüssen einen Zusammenhang zwischen solchen Erlebnissen und  
13 Zigarettenkonsum vermitteln. Wir möchten verhindern, dass Zigaretten in den Köpfen von  
14 Kindern bereits selbstverständlicher und zusätzlich sogar besondere Familienerlebnisse  
15 begleitender Bestandteil werden.

16 Eine Eingrenzung des Zigarettenkonsums auf einige wenige Raucherzonen sollte zudem die Zahl  
17 der teilweise achtlos auf den Boden oder in die Tiergehege geworfenen Zigarettenreste  
18 einschränken. Diese gefährden die besuchenden und dort lebenden Tiere.

## K 5 – Grundsätzliches Rauchverbot im Erlebnis-Zoo Hannover

### (Ursprungsfassung)

Antragsteller:in            SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung            SPD-Regionsfraktion

- 1 Die Zoo gGmbH und die Region Hannover werden aufgefordert, das Gebiet des Erlebnis-Zoo
- 2 Hannover in seiner Gänze zu einer Nichtraucherzone umzuwandeln; ggf. mit der Ausnahme von
- 3 wenigen designierten Raucherzonen.

# ORGANISATION (O)

## O 1 – Gründung: Arbeitsgruppe gegen eine Etablierung der AfD im Umland

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Hemmingen

Weiterleitung Unterbezirksvorstand

Status: Überwiesen an Unterbezirksbeirat

Empfehlung der AK: Weiterleitung als Material an den Unterbezirksvorstand

- 1 Bereits in der letzten Regionswahl hat die AfD im Umland ein deutlich besseres Ergebnis als in der  
2 Landeshauptstadt erreicht. Gleichzeitig ist dieser Trend deutlich gewachsen, so konnte die Partei  
3 bereits in der Landtagswahl sich auf ein zweistelliges Ergebnis vergrößern. Diese Entwicklung hat  
4 zur Folge, dass die AfD noch viel präsenter in den Kommunen unterwegs geworden ist. Diese  
5 Entwicklung müssen wir auch stärker mitbegleiten. Nicht nur aus der Historie hinaus muss die  
6 Sozialdemokratie sich aktiv immer und überall gegen Rechts positionieren, sondern auch um die  
7 politische kommunikative und organisatorische Struktur der AfD im Umland etwas  
8 entgegenzusetzen. Daher fordern wir:
- 9 • eine Gründung einer Arbeitsgruppe im Unterbezirk für die Umlandortsvereine, um sich  
10 stärker gegen eine Mobilisierung und Strukturbildung der AfD auseinanderzusetzen.

### 11 Begründung:

12 Die SPD ist im Umland die stärkste Kraft bei der letzten Regionswahl gewesen. Durch eine  
13 starke CDU sowie eine deutlich stärkere AfD wird auch in den regionsangehörigen  
14 Kommunen in der Region Hannover ein deutlich anderes Stimmverhältnis möglich sein.  
15 Besonders die AfD bemüht sich verstärkt um das Umland um gute Wahlergebnisse zu  
16 erzielen sowie neue Stammwähler:innenschaften anzusprechen. Mit der Arbeitsgruppe soll  
17 ein Handlungspapier auf dem Weg gebracht werden, wie sich die örtliche AfD strukturiert,  
18 mobilisiert und politische Inhalte kommuniziert. Mit der Plattform des Unterbezirks wollen  
19 wir die Chance ermöglichen, allen Ortsvereine im Umland einzuladen, sich daran teilnehmen.

## O 2 – Eigene Videoplattform ermöglichen – SPD gestaltet die Hybridformate

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Hemmingen
<u>Weiterleitung</u>	Bezirksparteitag
<u>Status:</u>	Überwiesen an Unterbezirksbeirat
<u>Empfehlung der AK:</u>	Ablehnung

1 Die Digitalisierung wird in den kommenden Jahrzehnten eine immer wichtige Rolle spielen. Viele  
2 Generationen wachsen in einem digitalen Umfeld auf. Ob Homeschooling, digitale  
3 Veranstaltungen in den Universitäten/Fachhochschulen oder Home-Office in der Arbeitswelt.  
4 Digitale Beteiligungsprozesse und digitale Teilhabe ist bereits für viele Generation mehr als  
5 selbstverständlich geworden. Auch in der repräsentativen Demokratie finden  
6 Hybridveranstaltungen statt, indem Fraktionssitzungen auch die Möglichkeit einer  
7 Videoplattform nutzen. Gleichzeitig nutzen die Parteien und Fraktionen unterschiedliche  
8 Anbieter. Viele von diesen Unternehmen sind wirtschaftliche Unternehmen, die gewinnorientiert  
9 (z.B. Zoom) arbeiten und/oder Dividenden auszahlen (z.B. Microsoft Teams). Gleichzeitig  
10 brauchen wir als Sozialdemokratie eine Videoplattform um auch mehr Möglichkeiten um Beruf-  
11 Familie-Freizeit im Einklang zu bringen. Daher fordern wir:

- 12 • die Bundes-SPD soll prüfen, wie eine eigene Videoplattform für die Untergliederungen  
13 ermöglicht werden kann. Dabei soll geschaut werden, wie eine schnelle, einfache und  
14 praxisorientierte Lösung aufgebaut werden kann,
- 15 • um die Akzeptanz zu erhöhen, soll im Rahmen der/die Landes- und Bezirksvorsitzend:en-  
16 Austauschformate die Videoplattform vorgestellt werden. Die Unterbezirke/Kreisverbände  
17 sollen durch Pilotgliederungen eingebaut werden,
- 18 • für die Ausgestaltungen sollen nahestehende Vereine, Verbände oder Institutionen  
19 mitgedacht werden, wie z.B. D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt. Auch die Ausgliederung  
20 in einer Genossenschaft oder einen Zukauf eines Unternehmens soll mitgedacht werden.

21 Begründung:

22 Viele Untergliederungen nutzen Anbieter mit monatlichen oder jährlichen Abonnements,  
23 um die Videoplattform zu nutzen. Oder es wird indirekt durch die digitalen Daten der  
24 Personen bezahlt. Wir als Sozialdemokratie bezahlen dies durch unsere Untergliederungen,  
25 gerade auch weil wir kein eigenes, selbstständiges Angebot haben. Mit der Möglichkeit der  
26 eigenen Videoplattform haben wir die Möglichkeit nicht nur die Vereinbarkeit von Beruf-  
27 Familie-SPD stärker zu optimieren, sondern auch unsere Werte einer gemeinsamen,  
28 solidarischen digitalen Plattform zu nutzen. Dies könnte u.a. in einer Genossenschaft oder  
29 durch die SPD vertrieben und gestaltet werden. Das Potenzial ist gewaltig und wichtig.

## O 3 – Frauenförderung und breitere Teilhabemöglichkeiten für Engagierte und Funktionsträger:innen

Antragsteller:in SPD Frauen (ASF)

Weiterleitung: Bundesparteitag, Landesparteirat, Bezirksparteitag

Status: Angenommen in geänderter Fassung

Empfehlung der AK: Annahme in der Fassung der Antragskommission

- 1 Der SPD-Unterbezirk Region Hannover setzt sich für eine gleichberechtigte politische Teilhabe  
2 von Männern und Frauen ein und fordert mit Hilfe der folgenden Maßnahmen die aktive  
3 Mitarbeit von Genoss:innen strukturell zu unterstützen:
- 4 1. Bei der Aufstellung zu Wahlen auf kommunaler Ebene sowie auf Ebene des Landes, des  
5 Bundes und auf Europaebene werden die Spitzenkandidaturen, also die Listenplätze 1,  
6 mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt.
  - 7 2. Parteiinterne Förderprogramme für Frauen als Kandidierende für vordere Positionen in  
8 Gremien der Partei und für Wahlämter auf kommunaler Ebene werden ausgebaut. Dazu  
9 gehören auch Maßnahmen wie regelmäßige Interessenabfragen in der Mitgliedschaft zur  
10 Übernahme von Funktionen und Mandaten, Veranstaltungen zur Findung von Co-  
11 Vorsitzendenteams, Mentoringprogramm, Förderung der Bildung von Netzwerken.
  - 12 3. Um die Erfolge der parteiinternen Gleichstellungspolitik besser messbar zu machen, wird alle  
13 drei Jahre ein parteiinterner Gleichstellungsbericht auf Bezirks- und Landesebene erstellt.
  - 14 4. Sitzungen von parteiinternen Gremien auf Unterbezirks-, Bezirks und Landes- und  
15 Bundesebene werden – sofern eine technische Umsetzung möglich ist – als hybride Sitzungen  
16 durchgeführt.
  - 17 5. Es wird ein Konzept entwickelt, das gewährleistet, dass insbesondere Frauen beim Vorgehen  
18 gegen Drohungen, Herabsetzungen oder verbalisierte Gewalt („catcalling“) unterstützt  
19 werden.
  - 20 6. Das Sharing von Funktionen innerhalb der Partei wird als Möglichkeit begriffen,  
21 Teilhabechancen auch in besonderen familiären oder Notsituationen zu sichern. Daher wird  
22 die Landtagsfraktion gebeten, die rechtlichen Möglichkeiten von Mandatssharing  
23 auszuloten. Auch bei parteiinternen Funktionen werden Konzepte entwickelt, um die Teilung  
24 von Funktionen zu ermöglichen.

## O 4 – Mitgliederwerbung und Stärkung des Ehrenamts

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Lehrte

Weiterleitung Unterbezirksvorstand

Status: Überwiesen an Unterbezirksbeirat

Empfehlung der AK: Erledigt bei Annahme des Arbeitsprogramms

- 1 Der Unterbezirksparteitag beauftragt den Unterbezirk Region Hannover,  
2 1. durch seine Mandatsträger:innen und Hauptamtlichen, kurzfristig Maßnahmen zur  
3 unterbezirksweiten Mitgliederwerbung zu ergreifen;  
4 2. durch seine Mandatsträger:innen und Hauptamtlichen, kurzfristig Maßnahmen zur  
5 unterbezirksweiten Werbung für „Engagement im Ehrenamt zur Stärkung der Demokratie“  
6 zu ergreifen;  
7 3. durch seine Mandatsträger und Hauptamtlichen, Absprachen mit dem Bezirk und dem  
8 Landesverband Niedersachsen, ggf. auch mit der Bundes-SPD zu treffen, die die Aktivitäten  
9 der SPD vor Ort darstellen und so deutlich machen, dass politisches Engagement an der Basis  
10 die Grundlage der Demokratie ist.

11 Begründung:

12 zu 1.

13 Der demografische Wandel ist allgegenwärtig und so auch in der Parteiarbeit zu bemerken.  
14 So wird es zunehmend schwieriger, Personal für alle Aufgaben in der Parteiarbeit zu finden.  
15 Dabei geht es einerseits um Ehrenämter in kommunalen Vertretungen, aber auch um das  
16 Aufhängen von Plakaten oder das Verteilen von Flyern. Es fehlt an Mitgliedern im „jüngeren“  
17 und „mittleren“ Alterssegment, um zukunftsfähig aufgestellt die „Standardaktivitäten“ der  
18 örtlichen Parteiarbeit abbilden zu können.

19 Wesentlich ist dabei, dass die bisher üblichen Aktivitäten, wie die Schulung von Mitgliedern  
20 dazu, wie man Menschen anspricht mit weitergehenden Kampagnen verbindet. Es sollte  
21 mithilfe von Agenturen, Plakatwerbung, Radiowerbung o.ä. agiert werden, um über diese  
22 neuen Wege auch andere Personengruppen anzusprechen, die sich auf den herkömmlichen  
23 Wegen nicht angesprochen gefühlt haben.

24 zu 2 .

25 Die Demokratie in Deutschland ist in Gefahr, wie vielfach attestiert wird. Dem muss  
26 entgegengewirkt werden, mit Hilfe von Kampagnen, die aufzeigen, wie Demokratie  
27 funktioniert und welche Erfolge und welche Sicherheit dieses politische Prinzip für die  
28 Menschen bringt, wenn sie sich engagieren. Damit weiterhin Verlass auf die langerprobte  
29 und nach allen Erkenntnissen beste Staatsform für die Herausforderungen der Gesellschaft



30 ist, müssen sich auch weiterhin Menschen entsprechend einbringen und nicht darauf  
31 vertrauen und warten, „dass es schon andere richten werden“.

32 Es bedarf der deutlichen und öffentlichen Darstellung der Errungenschaften der Demokratie  
33 und der Notwendigkeit des entsprechenden Engagements.

34 zu 3.

35 Im Sinne der beiden vorgenannten Antragsbestandteile sollte möglichst weit agiert werden.  
36 Der Bedarf der Stärkung der demokratischen Kräfte auch auf kommunaler Ebene ist ganz  
37 sicher nicht nur ein Thema im Bereich des SPD-Unterbezirks Region Hannover, wie sich  
38 deutlich an den Umfragewerten zu den anstehenden Landtagswahlen in anderen  
39 Bundesländern zeigt.

## O 5 – Jährliche Delegiertenwahlen für mehr innerparteiliche Demokratie

Antragsteller:in Jusos Region Hannover

Weiterleitung Bundesparteitag, Landesparteirat, Bezirksparteitag, Unterbezirksvorstand

Status: Angenommen und überwiesen als Material an den Unterbezirksvorstand

Empfehlung der AK: Weiterleitung als Material an den Unterbezirksvorstand

- 1 1. In einigen SPD-Ortsvereinen ist es gelebte Praxis, dass dieselben Mitglieder über Jahre  
2 hinweg als Delegierte zu Parteitag, Konferenzen o. ä. fahren. Bislang geben die Satzungen  
3 der verschiedenen SPD-Ebenen dies her. Die Folge ist, dass neue aktive Mitglieder,  
4 insbesondere junge Menschen, keine Chance haben, über die Ortsvereine in eine Delegation  
5 für ebendiese Parteitage gewählt zu werden. In einigen Fällen wird diese satzungsrechtliche  
6 Lücke bewusst dafür genutzt, die erwünschten Personen über Jahre zu Parteitag fahren zu  
7 lassen, sobald diese einmal in der „richtigen“, vom Vorstand erwünschten Konstellation  
8 gewählt worden sind. Trotz monatlich stattfindender Ortsvereinsitzungen und  
9 regelmäßiger Mitgliederversammlungen werden Tagesordnungspunkte zur Wahl von  
10 Delegierten bewusst nicht aufgerufen. Es handelt sich hierbei also nicht um ein Zurückgreifen  
11 auf ein altes Wahlergebnis aus zeitlichen oder organisatorischen Gründen, sondern als  
12 taktisches Mittel, um innerparteilichen Diskrepanzen zu begegnen.
- 13 2. Wir fordern daher, die Statuten der einzelnen SPD-Ebenen dahingehend zu ändern, dass die  
14 Delegierten der Ortsvereine zum Unterbezirks- und Bezirksparteitag mindestens alle zwei  
15 Jahre neu gewählt werden müssen. Eine Ausnahme davon soll es nur bei außerordentlichen  
16 Parteitag geben, da hier die Vorlaufzeit erheblich geringer ausfällt.
- 17 3. Zwischen den Zeilen 18 und 19 soll als Absatz eingefügt werden: „§ 6 Nr. 1a) S. 1 des Statuts  
18 des SPD-Stadtverbandes Hannover („aus 150 in den Ortsvereinen gewählten Delegierten.“):  
19 ergänze „alle zwei Jahre neu“ zwischen „in den Ortsvereinen“ und „gewählten Delegierten“.
- 20 4. Konkret sollen folgende Ergänzungen in den Statuten vorgenommen werden: § 6 Nr. 1a) S. 1  
21 des Statuts des SPD-Stadtverbandes Hannover („aus 150 in den Ortsvereinen gewählten  
22 Delegierten.“): ergänze „alle zwei Jahre neu“ zwischen „in den Ortsvereinen“ und „gewählten  
23 Delegierten
- 24 5. § 4 Nr. 1a S. 1 des Statuts des SPD-Unterbezirks Region Hannover („Er [der  
25 Unterbezirksparteitag] setzt sich zusammen aus 200 in den Ortsvereinen gewählten  
26 Delegierten.“): ergänze „jährlich neu“ zwischen „aus 200“ und „in den Ortsvereinen“
- 27 6. § 6 Abs. 1 Nr. 1 S. 4 des Organisationsstatuts des SPD-Bezirks Hannover („Die Unterbezirke  
28 können in ihren Satzungen bestimmen, dass bis zu drei Viertel der nach Satz 1 zu wählenden  
29 Delegierten [zum Bezirksparteitag] unmittelbar in den Ortsvereinen gewählt werden.“):  
30 ergänze „und jährlich neu“ zwischen „unmittelbar“ und „in den Ortsvereinen“
- 31 7. Die Delegierten zum Landesparteitag werden zwar von den Bezirken und nicht von den  
32 Ortsvereinen gewählt und findet nur alle zwei Jahre statt, dennoch sollte auch hier eine

33 Konkretisierung vorgenommen werden, um die regelmäßige Neuwahl der Delegation  
34 sicherzustellen:

35 8. § 4 Abs. 2 S. 1 der Satzung und Wahlordnung des Landesverbandes Niedersachsen der  
36 Sozialdemokratischen Partei Deutschlands („Er [der Landesparteitag] setzt sich zusammen  
37 aus den in den Bezirken gewählten 200 Delegierten und den Landesvorstandsmitgliedern.“):  
38 ergänze „vor jedem Landesparteitag neu“ zwischen „in den Bezirken“ und „gewählten 200  
39 Delegierten“

40 9. Bei den Jusos wird die jährliche Neuwahl der Delegation bereits jetzt so gehandhabt, ein  
41 Beispiel ist in der Richtlinie für die Jusos im Bezirk Hannover zu finden: „Die Delegierten sind  
42 in den Unterbezirken jedes Jahr neu und quotiert zu wählen.“ [Abs. 6 Nr. af) Grundsätze und  
43 Richtlinie für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialisten  
44 (Jusos) im SPD-Bezirk Hannover].

# RESOLUTION (R)

## R 1 – Bezahlbarer Wohnraum in der Region Hannover: Wir verbinden politische Ebenen und Initiativen für Lösungen vor Ort

<u>Antragsteller:in</u>	Unterbezirksvorstand
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, Landesparteirat, SPD-Regionsfraktion
<u>Status:</u>	Angenommen in geänderter Fassung
<u>Empfehlung der AK:</u>	Überweisung als Material an die SPD-Regionsfraktion

- 1 Der SPD-Unterbezirk Region Hannover begrüßt den Beschluss der Niedersächsischen  
2 Landesregierung, eine eigene Wohnungsgesellschaft zu gründen und mit einem Startkapital von  
3 100 Millionen Euro auszustatten. Damit setzt die SPD-geführte Landesregierung ein deutliches  
4 Zeichen, dass das Land Niedersachsen in den kommenden Jahren einen eigenständigen Beitrag  
5 gegen die anhaltende Wohnungsnot sowie für bezahlbaren Wohnraum leisten will. Gleichzeitig  
6 ist die Entscheidung ein wichtiger Impuls für die Unternehmen und Beschäftigten in der  
7 Bauwirtschaft.
- 8 Die SPD in der Region Hannover erkennt dabei an, dass die noch zu gründende Landesgesellschaft  
9 weder kurz- noch mittelfristig allein den anhaltenden Bedarf an bezahlbaren Wohnraum wird  
10 decken können. Deshalb macht es sich der Unterbezirksvorstand zur Aufgabe, mit den relevanten  
11 Akteuren – wie den in der Region Hannover vertretenen SPD-Bundestagsabgeordneten, SPD-  
12 Landtagsabgeordneten, den 21 kommunalen Vertretungen sowie die SPD-Regionsfraktion und  
13 auf Parteebene den SPD-Stadtverband Hannover und die Ortsvereine in der Region Hannover als  
14 Mittler – gemeinsam ein abgestimmtes Vorgehen aller beteiligten politischen Ebenen und  
15 Akteure zu erreichen, mit dem Ziel, neuen, bezahlbaren Wohnraum, einzusetzen. Dies beinhaltet,  
16 dass
- 17     ▪ die Sanierung, Um- und Ausbauten im Bestand intensiviert und unterstützt werden,
  - 18     ▪ die Bereitstellung von Wohnraum für Geflüchtete nicht weiter in unwirtschaftlichen  
19         Unterkünften erfolgen sollte,
  - 20     ▪ die Niedersächsische Bauordnung nach Möglichkeit vereinfacht und unnötige oder  
21         schädliche bürokratische Hürden abgebaut werden müssen,
  - 22     ▪ serielles Bauen gefördert werden sollte, ohne Räume für soziale Infrastruktur, Naherholung  
23         und Freiräume zu vernachlässigen.
- 24 Innerhalb der Region Hannover fordert die SPD die SPD-Fraktionen in Stadt- und Gemeinderäten  
25 sowie die SPD-Regionsfraktion auf,
- 26     ▪ einen revolvingierenden Fonds für Sanierungs-, Aus- und Umbaumaßnahmen zur Entwicklung  
27         bedarfsgerechten Wohnraums im Bestand zu errichten bzw. bestehende öffentliche

28 Institutionen zur Wohnraumförderung zu stärken,

29 ▪ auf diese Weise die Ausweisung von neuen Flächen für den Mietwohnungs- bzw.  
30 Eigenheimbau mit Bedacht und Augenmaß zu fördern,

31 ▪ bestehende Bundes- und Landesmittel für die Unterbringung von Geflüchteten in  
32 intelligente, dauerhafte Wohnungsangebote, statt teurer Übergangslösungen zu  
33 ermöglichen,

34 ▪ die besonderen Schnittstellen zwischen Landeshauptstadt Hannover und (angrenzenden)  
35 Umland-Kommunen genauer zu betrachten und so einer wachsenden Region Rechnung zu  
36 tragen,

37 ▪ die Klimaschutzagentur der Region Hannover mit ihrer Expertise einzusetzen,  
38 Bürger:innen und Stakeholdern der Wohnungswirtschaft über das klimarelevante  
39 Thema Suffizienz bei der Nutzung und Bereitstellung von Wohnraum weiter zu  
40 informieren und dahingehende gesellschaftliche Initiativen zu fördern,

41 ▪ endlich entschiedener gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum auf Basis des  
42 am 5. April 2019 in Kraft getretenen „Niedersächsisches Gesetz über das Verbot der  
43 Zweckentfremdung von Wohnraum“ vorzugehen,

44 ▪ gemäß des Kommunalwahlprogramms, öffentliche Flächen vorrangig eigenen  
45 Wohnungsbaugesellschaften zur Verfügung zu stellen oder diese per Erbpacht zu  
46 vergeben. Dies senkt einerseits die Baukosten für Investor:innen und bewahrt  
47 andererseits die Gestaltungsmöglichkeiten des demokratischen Gemeinwesens,

48 ▪ zu prüfen, inwieweit gemeinnützige Vereine und Genossenschaften dahingehend  
49 unterstützt werden können, Menschen, die sich wohntechnisch verkleinern  
50 möchten, aber in ihrem Umfeld bleiben wollen, beim Umsetzen ihres Vorhaben zu  
51 helfen.

52 Trotz der angespannten Lage am Wohnungsmarkt hält der SPD-Unterbezirksvorstand an den  
53 klimapolitischen Grundüberlegungen für den Wohnungsbau sowie dem Klimaschutzplan der  
54 Region Hannover auf dem Weg zur klimaneutralen Region bis 2035 fest.

55 Um diese Anstrengungen zu unterstützen, setzt sich die SPD-Regionsfraktion dafür ein, für die  
56 Region ein interkommunales Wohnraumförderprogramm aufzulegen bzw. bestehende  
57 Angebote auszubauen. Der Schwerpunkt liegt auf der Schaffung von Wohnraum für  
58 Gering- und Durchschnittsverdiener:innen. Wohnungsgenossenschaften und gemein-  
59 nützige Unternehmen sind nach Möglichkeit besonders zu fördern.

60 Des Weiteren ist das Vorkaufsrecht für Kommunen auszuweiten und die Enteignung und  
61 Vergesellschaftung brachliegender und vor sich hin gammelter Schrottimmobilien zu  
62 vereinfachen.

## R 2 – Leitlinien des SPD-Unterbezirks Region Hannover zu Umwelt und Klimaschutz

Antragsteller:in Unterbezirksvorstand\* (AK Nachhaltigkeit), SPD-Ortsverein Misburg-Anderten

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion

Status: Überwiesen an Unterbezirksbeirat

Empfehlung der AK: Annahme in der Fassung der Antragskommission

1 Umwelt und Klimaschutz gehören zu den Themenbereichen, die ausnahmslos alle Bürger:innen  
2 betreffen, weil es dabei in erheblichem Ausmaß um ihre Lebensbedingungen geht. Die SPD ist  
3 keine Klientel-, sondern eine Volkspartei. Deswegen muss sie sich um Umwelt und Klimaschutz  
4 kümmern, und wenn sie das tut, muss das gut sein. Sonst macht sich die Sozialdemokratie  
5 unglaublich. Es ist jedoch nicht nur geboten, dies als eine Notwendigkeit zu erkennen, sondern  
6 diese Aufgabe positiv anzunehmen und eine aktive, gestaltende Politik im Sinne von Umwelt und  
7 Klimaschutz zu verfolgen.

8 Der Klimawandel entsteht durch die menschliche Lebens- und Wirtschaftsweise, insbesondere  
9 durch den Ausstoß von Treibhausgasen wie Kohlendioxid, und wird sich weiter fortsetzen.  
10 Anstieg der Durchschnittstemperatur, Extremwetterereignisse, im Winter Überschwemmung  
11 großer Teile Niedersachsens, im Sommer Wassermangel und Dürre sind keine  
12 Momentaufnahmen oder Zufallsereignisse. Auch Fauna und Flora werden dabei erheblich in  
13 Mitleidenschaft gezogen. Der bisher noch moderate Anstieg des Meeresspiegels durch die  
14 Schmelze des Polareises wird sich um ein Vielfaches steigern.

15 Die Anzahl der hitzebedingten Sterbefälle wird weiter zunehmen. Die Ernteaufträge werden  
16 steigen. Ein wichtiges Ziel der Region Hannover ist daher das Erreichen der Klimaneutralität bis  
17 zum Jahr 2035. Diese ist bilanziell zu verstehen, d.h. voraussichtlich wird es nicht möglich sein,  
18 alle Treibhausgasemissionen in der Region exakt auf null zu stellen. Anzustreben ist eine  
19 möglichst weitgehende Reduktion dieser Emissionen. Darüber hinaus sind zum Erreichen des  
20 Klimaziels Treibhausgasspeicher zu ertüchtigen, die den verbleibenden Ausstoß kompensieren. In  
21 Frage kommen dabei Klimasenken wie Wald, Moor und Boden sowie technische  
22 Kohlendioxidabscheidung.

23 Klimaschutz

24 Um die Klimaziele zu erreichen und so die Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen, sind  
25 schnelle Maßnahmen in allen Sektoren dringend geboten. Die Energiewende beginnt beim  
26 Energiesparen und der Effizienzsteigerung bei der Energienutzung. Die Kapazitäten

27 fortschrittlicher Energieträger können gar nicht schnell und stark genug hochgefahren werden,  
28 wenn der Energieverbrauch am Ende höher ist, als er es vorher bei der Nutzung fossiler, also  
29 konventioneller, kohlenstoffbasierter Energieträger war. Dies wäre auch eine  
30 Energieverschwendung, der Einhalt zu gebieten ist.

31 Deswegen ist auch die Verkehrswende keine reine Antriebswende. Dass es heute elektrifizierte,  
32 extrem schwere Stadtgeländewagen gibt, die insgesamt mehr Energie verbrauchen als ihre  
33 Vorgängermodelle mit Verbrennungsmotoren, erschwert und verzögert die Zielerreichung der  
34 Klimaneutralität. Zur effizienteren Energienutzung muss der Umweltverbund in der Region  
35 Hannover erheblich gestärkt werden, also Fuß- und Radverkehr sowie vor allem der öffentliche  
36 Personennahverkehr. Dieser ist in der Region Hannover auf mehr Strecken und auf höhere  
37 Taktung auszubauen, die bereits existierende, sinnvolle und in wichtigen Teilen bereits  
38 umgesetzte Forderung nach dem 365-Euro-Ticket ist weiter zu verfolgen.

39 Die erneuerbaren Energien, in erster Linie Photovoltaik und Windenergie, sind die Energiequellen  
40 der Zukunft. Dazu gibt es in der Region Hannover bereits Ansätze, die kurz und langfristig mit  
41 größtmöglicher Anstrengung hochgefahren werden müssen. Der Einsatz eines  
42 Energiezwischenspeichers wie insbesondere grüner Wasserstoff muss von der Region etabliert  
43 bzw. auch revitalisiert werden, nachdem die Anschubwirkung verschiedener Maßnahmen der  
44 Region in der Wirtschaft noch nicht angekommen ist.

45 Ein sehr großer Verursacher von Treibhausgasen ist der Gebäudesektor. Dort muss die  
46 Wärmewende ansetzen, also die Umstellung der Wärmeerzeugung auf erneuerbare Energien,  
47 was insbesondere auch Heizungen in Wohnhäusern angeht. Hier muss neues Vertrauen in der  
48 Bevölkerung gewonnen werden. Gleichzeitig muss die Wärmewende vorangetrieben werden.  
49 Hierzu können informierend die Klimaschutzagentur der Region und ansonsten die gezielte  
50 Förderung von Maßnahmen durch die Region eingesetzt werden.

51 Treibhausgasemissionen im Gebäudesektor betreffen auch die sogenannte graue Energie, die bei  
52 der Erstellung von Neubauten verbraucht wird, beispielsweise bei der Herstellung von Beton. Mit  
53 der Sanierung statt Neuerrichtung von Gebäuden kann viel graue Energie eingespart werden. Es  
54 gibt bereits kombinierte Fördermaßnahmen der Region Hannover für Gebäudesanierung und  
55 Nutzung erneuerbarer Energiequellen. Dies muss ebenfalls ausgebaut werden. Beim Bau müssen  
56 verstärkt „alternative“ Materialien verwendet werden, die einen kleineren Treibhausgas-  
57 Fußabdruck haben.

58 Die Region muss auch den Einfluss, den sie auf Landwirtschaft und Abfallwirtschaft hat,  
59 einsetzen, um Treibhausgasemissionen zu senken.

60 Klimafolgenanpassung

61 Auch im Fall der Einhaltung des Klimaziels 2035 der Region Hannover wird sich der Klimawandel  
62 gegenüber der heutigen Situation weiter verschärfen, daher sind Maßnahmen zur  
63 Klimafolgenanpassung unabdingbar. Insbesondere müssen Infrastrukturen wie Straßen und  
64 Bahngleise, Anlagen der erneuerbaren Energien sowie Gebäude und Sportstätten  
65 widerstandsfähig gegen extreme Hitze, Stürme und Nässe gemacht werden. Hierzu verfolgt die  
66 Region bereits Ansätze, die auch im Sinne von Katastrophenschutz (etwa höhere Deiche,  
67 Warnsysteme, Ausstattung von Feuerwehr und Hilfsdiensten) und Katastrophenhilfe für  
68 Betroffene, ausgebaut werden müssen.

#### 69 Politische Positionierung

70 Umwelt und Klimaschutz dürfen auf keinen Fall allein den Grünen überlassen werden! Wenn wir  
71 als Sozialdemokratie dies als ein Politikfeld anerkennen, das wir selbst gestalten wollen, ist dies  
72 aus einem weiteren Grund auch bitter nötig: Wir sind diejenigen, die dazu berufen sind, auf die  
73 Sozialverträglichkeit zu achten, mit der Energie-, Verkehrs- und Wärmewende durchgeführt  
74 werden! Die ökologische Wende kann nur erfolgreich sein, wenn sie auch den sozialen Fortschritt  
75 beinhaltet und alle Menschen mitnimmt. Alle Veränderungen müssen sozial verträglich und  
76 leistbar sein. Dabei ist auch auf die Kommunikation dieser Vorhaben zu achten!

77

78 Der SPD-Unterbezirk ruft die SPD-Regionsfraktion auf, sich für die folgenden Schritte politisch  
79 einzusetzen:

- 80 1. Die Regionsverwaltung erarbeitet ein Maßnahmenprogramm zur Klimawende zunächst für  
81 fünf Jahre, in denen die Mittel für Umwelt und Klimaschutz so aufskaliert werden, dass das  
82 Klimaziel zu schaffen ist. An der Finanzierung sollen sich Region Hannover, Land  
83 Niedersachsen, Landeshauptstadt Hannover, die 20 Städte und Gemeinden sowie die  
84 Wirtschaft in der Region beteiligen (inkl. der regionalen Kreditwirtschaft).
- 85 2. Die Regionsverwaltung stellt ihre wirtschaftliche Fördertätigkeit explizit in den Dienst der  
86 wirtschaftlichen Transformation, also des Aufbaus einer Klimawirtschaft in der Region. Dabei  
87 sind folgende Aspekte zu beachten:
  - 88 • Fachkräfteentwicklung: Bildung, Ausbildung und Fortbildung, Qualifizierung und  
89 Anwerbung von Zuwanderer:innen und potenziellen Fachkräften, auch im Bereich IT
  - 90 • Förderung ansässiger Betriebe der Klimawirtschaft Förderung von Start-Ups und  
91 Ausgründungen aus dem universitären Bereich und auch aus dem nichtuniversitären  
92 Bereich
  - 93 • deutliche Ausweitung des Hannover Beteiligungsfonds (HBF)



- 94 • Ansiedlung von Unternehmen der Klimawirtschaft, Zurverfügungstellung von  
95 Grundstücken, innovative Lösungen um mehr Anreize für Ansiedlungen, für die Region  
96 neue Wege gehen, Schaffung von Anreizen (Incentives)
- 97 • Bürokratische Unterstützung, Finanzierungsberatung (über Partner:innen)
- 98 • Technologieförderung durch Eigenprojekte der Region, der Städte und Gemeinden (z.B.  
99 Großwärmepumpen, Elektrolyseure, tiefe Geothermie, Plasmalyse bei aha), im eigenen  
100 Verantwortungsbereich damit vorangehen
- 101 • Unterstützung bei der Skalierung der nationalen Solarwirtschaft auf kommunaleigenen  
102 Immobilien
- 103 • Ausbau der Infrastruktur für industrielle Gase, z.B. durch Einwerben beim Land zum Bau  
104 einer Wasserstoffleitung vom Terminal in Wilhelmshaven in die Region Hannover für  
105 energieintensive Industrien und die CO2-freie Fernwärmeerzeugung bei den regionalen  
106 Versorgern und Versorgung der Enercity-Kaverne in Empelde
- 107 • Ausbau der verschiedenen Einrichtungen der Wirtschaftsförderung, weiterer Ausbau der  
108 Kooperationen
- 109 • Beratung bei der Einwerbung von Fördermitteln in Kooperation mit NBank
- 110 • Massive Lobbyarbeit, auch in Kooperation mit anderen Regionen, Netzwerk gründen
- 111 • Einwerbung von Pilotprojekten von Bund, Land und EU
- 112 • Förderung von Energiegenossenschaften
- 113 • Förderung von Energiesenken wie Erhalt und Wiedervernässung von Mooren und  
114 Aufforstungsprojekten
- 115 3. Förderung von Information, Aufklärung und Beratung von Privatpersonen und Unternehmen  
116 (insbesondere durch die Klimaschutzagentur Region Hannover)

## R 2 – Leitlinien des SPD-Unterbezirks Region Hannover zu Umwelt und Klimaschutz

### (Ursprungsfassung)

Antragsteller:in Unterbezirksvorstand\* (AK Nachhaltigkeit), SPD-Ortsverein Misburg-Anderten

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion Hannover

1 Umwelt und Klimaschutz gehören zu den Themenbereichen, die ausnahmslos alle Bürgerinnen  
2 und Bürger betreffen, weil es dabei in erheblichem Ausmaß um ihre Lebensbedingungen geht. Die  
3 SPD ist keine Klientel-, sondern eine Volkspartei. Deswegen muss sie sich um Umwelt und  
4 Klimaschutz kümmern, und wenn sie das tut, muss das gut sein. Sonst macht sich die  
5 Sozialdemokratie unglaubwürdig. Es ist jedoch nicht nur geboten, dies als eine Notwendigkeit zu  
6 erkennen, sondern diese Aufgabe positiv anzunehmen und eine aktive, gestaltende Politik im  
7 Sinne von Umwelt und Klimaschutz zu verfolgen.

8 Der Klimawandel entsteht durch die menschliche Lebens- und Wirtschaftsweise, insbesondere  
9 durch den Ausstoß von Treibhausgasen wie Kohlendioxid, und wird sich weiter fortsetzen.  
10 Anstieg der Durchschnittstemperatur, Extremwetterereignisse, im Winter Überschwemmung  
11 großer Teile Niedersachsens, im Sommer Wassermangel und Dürre sind keine  
12 Momentaufnahmen oder Zufallsereignisse. Auch Fauna und Flora werden dabei erheblich in  
13 Mitleidenschaft gezogen. Der bisher noch moderate Anstieg des Meeresspiegels durch die  
14 Schmelze des Polareises wird sich um ein Vielfaches steigern.

15 Die Anzahl der hitzebedingten Sterbefälle wird weiter zunehmen. Die Ernteaufträge werden  
16 steigen. Ein wichtiges Ziel der Region Hannover ist daher das Erreichen der Klimaneutralität bis  
17 zum Jahr 2035. Diese ist bilanziell zu verstehen, d.h. voraussichtlich wird es nicht möglich sein,  
18 alle Treibhausgasemissionen in der Region exakt auf null zu stellen. Anzustreben ist eine  
19 möglichst weitgehende Reduktion dieser Emissionen. Darüber hinaus sind zum Erreichen des  
20 Klimaziels Treibhausgasspeicher zu ertüchtigen, die den verbleibenden Ausstoß kompensieren. In  
21 Frage kommen dabei Klimasenken wie Wald, Moor und Boden sowie technische  
22 Kohlendioxidabscheidung.

23 Klimaschutz

24 Um die Klimaziele zu erreichen und so die Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen, sind  
25 schnelle Maßnahmen in allen Sektoren dringend geboten. Die Energiewende beginnt beim  
26 Energiesparen und der Effizienzsteigerung bei der Energienutzung. Die Kapazitäten  
27 fortschrittlicher Energieträger können gar nicht schnell und stark genug hochgefahren werden,

28 wenn der Energieverbrauch am Ende höher ist, als er es vorher bei der Nutzung fossiler, also  
29 konventioneller, kohlenstoffbasierter Energieträger war. Dies wäre auch eine  
30 Energieverschwendung, der Einhalt zu gebieten ist.

31 Deswegen ist auch die Verkehrswende keine reine Antriebswende. Dass es heute elektrifizierte,  
32 extrem schwere Stadtgeländewagen gibt, die insgesamt mehr Energie verbrauchen als ihre  
33 Vorgängermodelle mit Verbrennungsmotoren, erschwert und verzögert die Zielerreichung der  
34 Klimaneutralität. Zur effizienteren Energienutzung muss der Umweltverbund in der Region  
35 Hannover erheblich gestärkt werden, also Fuß- und Radverkehr sowie vor allem der öffentliche  
36 Personennahverkehr. Dieser ist in der Region Hannover auf mehr Strecken und auf höhere  
37 Taktung auszubauen, die bereits existierende, sinnvolle und in wichtigen Teilen bereits  
38 umgesetzte Forderung nach dem 365-Euro-Ticket ist weiter zu verfolgen.

39 Die erneuerbaren Energien, in erster Linie Photovoltaik und Windenergie, sind die Energiequellen  
40 der Zukunft. Dazu gibt es in der Region Hannover bereits Ansätze, die kurz und langfristig mit  
41 größtmöglicher Anstrengung hochgefahren werden müssen. Der Einsatz eines  
42 EnergiezwischenSpeichers wie insbesondere grüner Wasserstoff muss von der Region etabliert  
43 bzw. auch revitalisiert werden, nachdem die Anschubwirkung verschiedener Maßnahmen der  
44 Region in der Wirtschaft noch nicht angekommen ist.

45 Ein sehr großer Verursacher von Treibhausgasen ist der Gebäudesektor. Dort muss die  
46 Wärmewende ansetzen, also die Umstellung der Wärmeerzeugung auf erneuerbare Energien,  
47 was insbesondere auch Heizungen in Wohnhäusern angeht. Hier muss neues Vertrauen in der  
48 Bevölkerung gewonnen werden. Gleichzeitig muss die Wärmewende vorangetrieben werden.  
49 Hierzu können informierend die Klimaschutzagentur der Region und ansonsten die gezielte  
50 Förderung von Maßnahmen durch die Region eingesetzt werden.

51 Treibhausgasemissionen im Gebäudesektor betreffen auch die sogenannte graue Energie, die bei  
52 der Erstellung von Neubauten verbraucht wird, beispielsweise bei der Herstellung von Beton. Mit  
53 der Sanierung statt Neuerrichtung von Gebäuden kann viel graue Energie eingespart werden. Es  
54 gibt bereits kombinierte Fördermaßnahmen der Region Hannover für Gebäudesanierung und  
55 Nutzung erneuerbarer Energiequellen. Dies muss ebenfalls ausgebaut werden. Beim Bau müssen  
56 verstärkt „alternative“ Materialien verwendet werden, die einen kleineren Treibhausgas-  
57 Fußabdruck haben.

58 Die Region muss auch den Einfluss, den sie auf Landwirtschaft und Abfallwirtschaft hat,  
59 einsetzen, um Treibhausgasemissionen zu senken.

60 Klimafolgenanpassung

61 Auch im Fall der Einhaltung des Klimaziels 2035 der Region Hannover wird sich der Klimawandel

62 gegenüber der heutigen Situation weiter verschärfen, daher sind Maßnahmen zur  
63 Klimafolgenanpassung unabdingbar. Insbesondere müssen Infrastrukturen wie Straßen und  
64 Bahngleise, Anlagen der erneuerbaren Energien sowie Gebäude und Sportstätten  
65 widerstandsfähig gegen extreme Hitze, Stürme und Nässe gemacht werden. Hierzu verfolgt die  
66 Region bereits Ansätze, die auch im Sinne von Katastrophenschutz (etwa höhere Deiche,  
67 Warnsysteme, Ausstattung von Feuerwehr und Hilfsdiensten) und Katastrophenhilfe für  
68 Betroffene, ausgebaut werden müssen.

#### 69 Politische Positionierung

70 Umwelt und Klimaschutz dürfen auf keinen Fall allein den Grünen überlassen werden! Wenn wir  
71 als Sozialdemokratie dies als ein Politikfeld anerkennen, das wir selbst gestalten wollen, ist dies  
72 aus einem weiteren Grund auch bitter nötig: Wir sind diejenigen, die dazu berufen sind, auf die  
73 Sozialverträglichkeit zu achten, mit der Energie-, Verkehrs- und Wärmewende durchgeführt  
74 werden! Die ökologische Wende kann nur erfolgreich sein, wenn sie auch den sozialen Fortschritt  
75 beinhaltet und alle Menschen mitnimmt. Alle Veränderungen müssen sozial verträglich und  
76 leistbar sein. Dabei ist auch auf die Kommunikation dieser Vorhaben zu achten!

77 Dies sind Grundsätze, an denen wir uns als SPD im Unterbezirk Region Hannover orientieren, um  
78 weitere konkrete Vorhaben zu Umwelt und Klimaschutz zu entwickeln, insbesondere auch in  
79 Zusammenarbeit mit der SPD-Regionsfraktion Hannover.

80 Der SPD-Unterbezirk ruft die Regionsverwaltung insbesondere zu folgenden Schritten auf:

81 4. Die Regionsverwaltung erarbeitet ein Maßnahmenprogramm zur Klimawende zunächst für  
82 fünf Jahre, in denen die Mittel für Umwelt und Klimaschutz so aufskaliert werden, dass das  
83 Klimaziel zu schaffen ist. An der Finanzierung sollen sich Region Hannover, Land  
84 Niedersachsen, Landeshauptstadt Hannover, die 20 Städte und Gemeinden sowie die  
85 Wirtschaft in der Region beteiligen (inkl. der regionalen Kreditwirtschaft).

86 5. Die Regionsverwaltung stellt ihre wirtschaftliche Fördertätigkeit explizit in den Dienst der  
87 wirtschaftlichen Transformation, also des Aufbaus einer Klimawirtschaft in der Region. Dabei  
88 sind folgende Aspekte zu beachten:

- 89 • Fachkräfteentwicklung: Bildung, Ausbildung und Fortbildung, Qualifizierung und  
90 Anwerbung von Zuwanderer:innen und potenziellen Fachkräften, auch im Bereich IT
- 91 • Förderung ansässiger Betriebe der Klimawirtschaft Förderung von Start-Ups und  
92 Ausgründungen aus dem universitären Bereich und auch aus dem nichtuniversitären  
93 Bereich
- 94 • deutliche Ausweitung des Hannover Beteiligungsfonds (HBF)

- 95 • Ansiedlung von Unternehmen der Klimawirtschaft, Zurverfügungstellung von
- 96 Grundstücken, innovative Lösungen um mehr Anreize für Ansiedlungen, für die Region
- 97 neue Wege gehen, Schaffung von Anreizen (Incentives)
- 98 • Bürokratische Unterstützung, Finanzierungsberatung (über Partner:innen)
- 99 • Technologieförderung durch Eigenprojekte der Region, der Städte und Gemeinden (z.B.
- 100 Großwärmepumpen, Elektrolyseure, tiefe Geothermie, Plasmalyse bei aha), im eigenen
- 101 Verantwortungsbereich damit vorangehen
- 102 • Unterstützung bei der Skalierung der nationalen Solarwirtschaft auf kommunaleigenen
- 103 Immobilien
- 104 • Ausbau der Infrastruktur für industrielle Gase, z.B. durch Einwerben beim Land zum Bau
- 105 einer Wasserstoffleitung vom Terminal in Wilhelmshaven in die Region Hannover für
- 106 energieintensive Industrien und die CO2-freie Fernwärmeerzeugung bei den regionalen
- 107 Versorgern und Versorgung der Enercity-Kaverne in Empelde
- 108 • Ausbau der verschiedenen Einrichtungen der Wirtschaftsförderung, weiterer Ausbau der
- 109 Kooperationen
- 110 • Beratung bei der Einwerbung von Fördermitteln in Kooperation mit NBank
- 111 • Massive Lobbyarbeit, auch in Kooperation mit anderen Regionen, Netzwerk gründen
- 112 • Einwerbung von Pilotprojekten von Bund, Land und EU
- 113 • Förderung von Energiegenossenschaften
- 114 • Förderung von Energiesenken wie Erhalt und Wiedervernässung von Mooren und
- 115 Aufforstungsprojekten
- 116 6. Förderung von Information, Aufklärung und Beratung von Privatpersonen und Unternehmen
- 117 (insbesondere durch die Klimaschutzagentur Region Hannover)

## R 3 – Neugründung von Arbeitsgemeinschaften

Antragsteller:in           Arbeitsgemeinschaft 60 plus

Weiterleitung            Unterbezirksvorstand

Status:                    Überwiesen an Unterbezirksbeirat

Empfehlung der AK:    Nichtbefassung

1   Der Unterbezirksvorstand begrüßt die Neugründung von Arbeitsgemeinschaften, hier besonders  
2   die Gründung von AG60plus, in seinem Bereich möglichst vielen Ortsvereinen, insbesondere auch  
3   im OV Linden-Limmer.

4   Begründung:

5   SPD-Mitglieder über 60 Jahre stellen innerhalb der SPD und auch in der Gesellschaft den  
6   höchsten Anteil. Damit Mitglieder sich angemessen vertreten fühlen, müssen in weiteren  
7   Ortsvereinen AG'en gegründet werden. Damit können auch bisher inaktive ältere Mitglieder  
8   für die Parteiarbeit gewonnen werden. So kann die Arbeit der Ortsvereine gestärkt und  
9   unterstützt werden.

## R 4 – Migrationspakt“ beschlossen. Jetzt muss die EU einen „Pakt zur Bekämpfung der Fluchtursachen“ umsetzen

<u>Antragsteller:in</u>	Unterbezirksvorstand
<u>Weiterleitung</u>	S+D-Fraktion
<u>Status:</u>	Überwiesen an Unterbezirksbeirat
<u>Empfehlung der AK:</u>	Annahme

### Angenommen

- 1 Das europäische Parlament hat mit Zustimmung der deutschen MdEPs den „Migrationspakt“  
2 beschlossen. Die Verschärfung der Asylpolitik und strengere Regeln für die Kontrollen an den  
3 Außengrenzen sollen die ungeordnete Zuwanderung von Flüchtlingen und Migranten nach  
4 Europa einschränken und eine gerechtere Verteilung in den Mitgliedsstaaten ermöglichen.
- 5 Die EU – und insbesondere die europäischen Sozialdemokrat:innen – müssen jetzt dafür sorgen,  
6 dass die in zähen Verhandlungen erreichten Regelungen unter höchstmöglicher Einhaltung  
7 humanitärer Prinzipien des Asylrechts in den 27 Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Der  
8 „Migrationspakt“ kann nur ein Element der Zuwanderungs- und Migrationspolitik sein.
- 9 Angesichts von Kriegen, Krisen, Armut, Folgen des Klimawandels und allgemeiner  
10 Perspektivlosigkeit für junge Menschen wird der Zuwanderungsdruck anhalten oder gar  
11 zunehmen.
- 12 Der SPD-Unterbezirksparteitag fordert deshalb von dem neuen Europa-Parlament unverzüglich  
13 und erfolgsorientiert die Voraussetzungen für einen „Pakt zur Bekämpfung der Fluchtursachen“  
14 zu schaffen.
- 15 Die deutschen und europäischen Sozialdemokraten/-innen werben um Unterstützung:
- 16 • für eine aktive Friedensoffensive zur Beendigung und Vermeidung von Kriegen und  
17 regionalen militärischen Konflikten,
  - 18 • für eine nachhaltige Strategie zur Überwindung der akuten Notlagen in den  
19 Herkunftsländern von Flüchtlingen mittels eines Maßnahmenkatalogs in Abstimmung mit  
20 kooperationsbereiten Regierungen,
  - 21 • für eine verlässliche Finanzierung – wie beim „Migrationspakt“ – eines Programms zur  
22 Grundversorgung mit Wohnraum, Wasser, Energie und Gesundheitswesen,
  - 23 • für den Ausbau regionaler Beschäftigung in Verbindung von Bildung/Qualifizierung und  
24 Investitionen,

25 • in die regionale Infrastruktur als Voraussetzung wirtschaftlicher Entwicklung.  
26 Europa muss beweisen, dass es bereit ist, mit konkretem Handeln und konkreten Projekten  
27 Lösungen zur Bekämpfung von Fluchtursachen wirksam zu realisieren. Jetzt gilt es die Tendenzen  
28 zu militärischen Lösungen zu überwinden um die Migrationsursachen zu überwinden. Dazu  
29 bedarf es einer abgestimmten europäischen Außenpolitik und erfolgreicher „Best-Practice-  
30 Beispiele“. Nur wenn überzeugende Zukunftsperspektiven schnell realisiert werden können,  
31 werden sich viele potentielle Flüchtlinge und Migranten zum Bleiben in den Heimatländern  
32 entscheiden.

33 Begründung:

34 Erfolgt mündlich.



# SATZUNGSÄNDERNDE ANTRÄGE (SÄ)

## SÄ 1 – Verantwortung teilen: Doppelvorsitz für den Unterbezirksbeirat

Antragsteller:in            Unterbezirksvorstand

Status:                      Angenommen

Empfehlung der AK:      Annahme

- 1 Der Parteitag des SPD-Unterbezirks Region Hannover ändert das Statut des Unterbezirks in der
- 2 Fassung vom 30. April 2022 mit Blick auf Paragraph 12 „Der Unterbezirksbeirat“ und schafft in
- 3 Absatz 2 neben einem Einzelvorsitz die Möglichkeit, dass sich der Beirat auch eine Doppelspitze
- 4 geben kann. Dazu wird Paragraph 12, Absatz 2 geändert in:
- 5 *„Für die Leitung der Sitzung wählt der Beirat eine bzw. einen Vorsitzenden oder zwei*
- 6 *gleichberechtigte Vorsitzende, davon eine Frau. Dazu beschließt der Beirat im Rahmen seiner*
- 7 *Konstituierung mit einfacher Mehrheit, ob eine Vorsitzende oder ein Vorsitzender, oder aber zwei*
- 8 *gleichberechtigte Vorsitzende gewählt werden sollen. Die Wahl der Vorsitzenden erfolgt in*
- 9 *Einzelwahl.“*

# SOZIALES (S)

## S 1 – Beantragung der Förderanträge nach BuT effizienter machen

Antragsteller:in            Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Weiterleitung            SPD-Regionsfraktion

Status:                    Überwiesen an Unterbezirksbeirat

Empfehlung der AK:    Annahme

1 Die Regionsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Beantragung von  
2 Unterstützung nach BuT zu vereinfachen und effizienter zu gestalten. Lernförderanträge können  
3 digital ausgefüllt werden und sollten dann auch so verschickt und bearbeitet werden können.

4 Begründung:

5 Mit dem Bildungs- und Teilhabekonzept wurde ein gutes Instrument geschaffen, um  
6 bedürftigen Personen die gesellschaftliche und schulische Teilhabe zu erleichtern. Die  
7 Beantragung liegt im schulischen Bereich oft in den Händen und der Verantwortung der  
8 Lehrkräfte: Sie füllen die Bögen aus und erfragen, ob sie abgeschickt wurden oder  
9 übernehmen das gleich selber. Im Verlauf erfahren sie nicht immer, ob der Antrag erfolgreich  
10 war, oft dauert es lange bis zu einer Antwort von Region oder JobCenter, die dann auch  
11 manchmal ablehnt. Das erfordert Nachhaken und eine neue Antragsstellung.

12 • Ein großer Teil der Lehrkräfte fühlt sich durch Verwaltungstätigkeiten überlastet –  
13 Antragsstellungen und deren Nachverfolgung gehören dazu und kann bis zu vier Monate  
14 dauern. Hier sollte man entlasten.

15 • Wenn Lehrkräfte eine Nachhilfe für notwendig erachten, kann es nicht im Ermessen der  
16 Sachbearbeiter:innen liegen, dass zu gestatten.

17 • Langwierige Bearbeitungszeiten verkürzen effektiv die Zeit der Lernförderung, die  
18 üblicherweise bis zum Schuljahresende gewährt wird bzw. belasten das Konto der  
19 Lehrkraft (Klassenfahrt)

20 Der Prozess kann und muss vereinfacht werden:

21 • Das von den Eltern unterschriebene und von der Lehrkraft ausgefüllte und gestempelte  
22 Formular sollte als E-Mail-Anhang an die Region oder das JobCenter verschickt werden.

- 23        Damit bekommt die sendende Person eine Empfangsbestätigung.
- 24        • Sollte der Prozess bei der Lehrkraft liegen, kann sie mit dem Antrag eine Vollmacht  
25        versenden, und so auch die Antwort erhalten oder erfragen.
- 26        • Innerhalb von zwei Wochen sollte der Antrag beschieden und der Gutschein verschickt  
27        bzw. eine Nachfrage erfolgt sein. So kann die Lernförderung zügig beginnen bzw. die  
28        Finanzierung der Klassenfahrt abgeschlossen werden.

## S 2 – Absicherung und Stärkung von spezialisierten Beratungsangeboten FASD (Fetal Alcohol Spectrum Disorders)

<u>Antragsteller:in</u>	Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Landtagsfraktion, SPD-Regionsfraktion
<u>Status:</u>	Überwiesen an Unterbezirksbeirat
<u>Empfehlung der AK:</u>	Annahme in der Fassung der Antragskommission

1 Wir fordern die Region Hannover und Land Niedersachsen auf, dafür Sorge zu tragen, dass  
2 Beratungsstellen, die sich in ihrem Beratungsangebot auf die Auswirkungen von Fetal Alcohol  
3 Spectrum Disorders (FASD) für Kinder, Eltern, Lehrer:innen und Fachkräfte der Kinder- und  
4 Jugendhilfe spezialisiert haben, durch eine institutionelle Förderung abgesichert werden.

5 Begründung:

6 Das Fetale Alkoholsyndrom (FASD) beinhaltet alle kindlichen Schädigungen, die durch den  
7 Alkohol-Konsum in der Schwangerschaft entstanden sind. Es zeichnet sich durch eine  
8 komplexe besondere Form der Behinderung aus, die unterschiedliche geistige, körperliche  
9 und seelische Beeinträchtigungen sowie Störungen auf der Verhaltensebene beinhaltet. Mit  
10 diesen multiplen körperlichen, geistigen und sozialen Folgen stellt es Eltern, Pflegeeltern und  
11 Fachkräfte vor besonders schwierige Aufgaben, die diese ohne adäquate Begleitung und  
12 Beratung kaum bewältigen können.

13 Fachkräfte in Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen, können mit ihren bestehenden  
14 Angeboten diese Zielgruppe nicht ausreichend unterstützen. Sie benötigen spezialisierte  
15 Hilfe- und Beratungsmöglichkeiten. Bestehende Beratungsangebote haben sehr lange  
16 Wartezeiten und sind oft mit dieser besonderen Fragestellung nicht vertraut. In  
17 Niedersachsen gibt es derzeit nur zwei Beratungsstellen und zwei Selbsthilfegruppen, die auf  
18 FASD spezialisiert sind.

19 Damit Kinder und Jugendlichen in ihren unterschiedlichen Bildungsorten nicht verloren  
20 gehen, ist nicht nur die Sicherstellung einer inklusiven Bildung, Ausbildung und  
21 Eingliederung, sondern auch ein passgenaues, Beratungssetting dringend geboten.

## S 2 – Absicherung und Stärkung von spezialisierten Beratungsangeboten FASD (Fetal Alcohol Spectrum Disorders)

### (Ursprungsfassung)

Antragsteller:in            Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Weiterleitung            SPD-Landtagsfraktion, SPD-Regionsfraktion

- 1 Wir fordern die Kommunen und das Land Niedersachsen auf, dafür Sorge zu tragen, dass
- 2 Beratungsstellen, die sich in ihrem Beratungsangebot auf die Auswirkungen von Fetal Alcohol
- 3 Spectrum Disorders (FASD) für Kinder, Eltern, Lehrer:innen und Fachkräfte der Kinder- und
- 4 Jugendhilfe spezialisiert haben, durch eine institutionelle Förderung abgesichert werden.

## S 3 – Abschaffung 2-Klassen-Medizin bei Terminvergaben

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Laatzen

Weiterleitung Bundesparteitag, Bezirksparteitag

Status: Überwiesen an Unterbezirksbeirat

Empfehlung der AK: Überweisung als Material an den Unterbezirksvorstand

1 Wir fordern die Einführung eines einheitlichen Systems zur Terminvergabe bei Fachärzten.

2 Begründung:

3 Besonders bei Fachärzten müssen Kassenpatienten bis zu einem Jahr auf Arzttermine warten.

4 Auffällig ist, dass Privatpatienten solche Termine viel schneller erhalten. Das ist eine eklatante

5 Ungleichbehandlung und hat mit allgemeiner Gesundheitsprävention nichts mehr zu tun. Durch

6 die Einführung eines einheitlichen Systems mit dem Termine ohne Beachtung, ob Kassen- oder

7 Privatpatient vergeben werden, könnte wieder eine Gleichbehandlung eingeführt werden. Bei der

8 Vergabe sollte auch der Grund eines gewünschten Termins bewertet werden.

## S 4 – Freiwilliges Soziales Jahr in Politik in den Parteien ermöglichen

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Hemmingen
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, Bezirksparteitag
<u>Status:</u>	Überwiesen an Unterbezirksbeirat
<u>Empfehlung der AK:</u>	Annahme

- 1 Junge Menschen haben die Möglichkeit nach der Schule ein Freiwilliges Soziales Jahr („FSJ“)  
2 durchzuführen. Ein Freiwilligendienst ermöglicht den jungen Menschen, sich praktisch zu  
3 engagieren, neue Seiten und Talente zu entdecken. In Niedersachsen besteht sogar die  
4 Möglichkeit ein Freiwilliges Soziales Jahr im Bereich Politik durchzuführen. Jedoch können die  
5 jungen Menschen ihr FSJ aktuell nur bei einer größeren Fraktion (z.B. Landtagsfraktion oder  
6 Regionsfraktion) oder bei einem Bundestagsabgeordneten durchführen. In der Zukunft ist zudem  
7 geplant, ein FSJ-Politik bei einem Landtagsabgeordneten zu führen. Gerade in kleineren,  
8 eigenständigen Kommunen spielen die Parteien eine wichtige Rolle, daher fordern wir:
- 9 • ein freiwilliges soziales Jahr in Politik soll auch in den Parteien ermöglicht werden,
  - 10 • das Parteiengesetz soll so angepasst werden, dass diese Option genutzt werden kann,
  - 11 • ein freiwilliges soziales Jahr darf nicht unter einer möglichen, illegalen Parteienfinanzierung  
12 ausgespielt werden. Ziel muss es sein, junge Menschen die Parteien kennenlernen zu lassen.

### 13 Begründung:

14 Parteien haben in der Gesellschaft nicht das beste Image. Immer weniger Menschen  
15 interessieren sich für die Parteipolitik. Gleichzeitig sind Parteien für die repräsentative  
16 Demokratie eine wesentliche Stütze. Mit der Möglichkeit ein freiwilliges soziales Jahr in  
17 Parteien durchzuführen, wollen wir junge Menschen die Optionen eröffnen, mehr über die  
18 gesellschaftliche Funktion der Parteien zu erfahren. Für die Parteien ist es die Möglichkeit  
19 sich stärker zu öffnen und für mehr Demokratie zu werben.

## S 5 – Energiekostenausgleich für Rentner:innen

Antragsteller:in            Arbeitsgemeinschaft 60 plus

Weiterleitung            Bundesparteitag

Status:                    Überwiesen an Unterbezirksbeirat

Empfehlung der AK:    Ablehnung

1    Der SPD-Unterbezirk Region Hannover schließt sich der Forderung der Arbeitsgemeinschaft 60  
2    plus an und fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich nach der einmaligen  
3    Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro brutto in 2022 (25 Euro pro Monat) eine  
4    Energiekosten- und Inflationsausgleichspauschale für alle Rentenbezieher:innen in Höhe von 30  
5    bis 80 Euro pro Monat (360 Euro bis 960 Euro pro Jahr) einzusetzen.

6    Die Energiekosten- und Inflationsausgleichspauschale soll sich dabei gestaffelt an der Höhe der  
7    Renten orientieren – bei Renten auf dem Niveau des soziokulturellen Existenzminimums 80 Euro  
8    pro Monat, bei Renten oberhalb der Eckrente (Standardrente) 30 Euro pro Monat. Beim Bezug von  
9    Bürgergeld darf die Energiekosten- und Inflationsausgleichspauschale nicht auf das Bürgergeld  
10    angerechnet werden.

11   Die Finanzierung dieses Vorschlags erfolgt aus der Besteuerung der Windfall-Profits  
12   (Zufallsgewinn) der Rüstungs- und Energiekonzerne, die maßgeblich für die steigende Inflation  
13   verantwortlich sind.

14   Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, einen entsprechenden Gesetzentwurf innerhalb der  
15   Koalition einzubringen und alle SPD-Abgeordneten des Deutschen Bundestags, sich für diese  
16   Forderung einzusetzen.

17   **Begründung:**

18   Zu Recht fordern die Arbeitnehmer:innen seit Monaten einen Energie und -  
19   Inflationsausgleich zu ihren monatlichen Bezügen. In einigen Tarifabschlüssen sind dabei die  
20   gewerkschaftlichen Forderungen übernommen worden.

21   Auch Rentner:innen bekommen kommen mit den steigenden Energiekosten und der  
22   Inflation in finanzielle Not, während bestimmte Konzerne enorme unerwartete Gewinne  
23   realisieren. Dabei sind Rentner:innen eine wichtige Komponente für die volkswirtschaftlich  
24   betrachtet – Nachfrage. Sozial- und kulturpolitisch auch grundgesetzlich geboten, ist es die  
25   Pflicht des Bundestages auch der Altersarmut zu begegnen.



## S 6 – Automatische Auszahlung von BuT-Leistungen

<u>Antragsteller:in</u>	Jusos Region Hannover
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Regionsfraktion
<u>Status:</u>	Überwiesen an Unterbezirksbeirat
<u>Empfehlung der AK:</u>	Annahme

1 Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes sollen automatisch ausgezahlt werden und der  
2 Zugang insgesamt niedrigschwelliger gestaltet werden. Dafür müssen die Formulare in leicht  
3 verständlicher Sprache formuliert sein und es muss begleitende Erklärungsmaterialien in  
4 verschiedenen Sprachen geben. Auch die Unterstützung beim Ausfüllen durch  
5 Sozialarbeiter:innen halten wir für sehr sinnvoll.

6 Begründung:

7 Um ein Beispiel einer Leistung des Bildungs- und Teilhabepaketes zu nennen: Laut einer Studie  
8 des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes bekommen 16,3 % der Berechtigten in  
9 ganz Niedersachsen und nur 11,9 % der Berechtigten in der Region Hannover die in § 28 Abs.  
10 7 Satz 1 SGB II geregelten Leistungen nach dem sog. Bildungs- und Teilhabepaket bewilligt.  
11 Diese Leistung sieht eine Pauschale in Höhe von 15€ für Freizeitaktivitäten jeglicher Art vor.  
12 Die Formulierung in § 28 Abs. 7 Satz 1 SGB II ist so offengehalten, dass wenige Nachweise  
13 erbracht werden müssen. Trotzdem wird diese Leistung nur knapp 12 % der Berechtigten in  
14 der Region Hannover bewilligt und möglicherweise noch weniger erhalten sie aufgrund von  
15 Komplikationen tatsächlich.

## S 7 – Finanzielle Sicherung für soziale Projekte in der Kinder- und Jugendarbeit

<u>Antragsteller:in</u>	Jusos Region Hannover
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Fraktionen in der Region Hannover
<u>Status:</u>	Überwiesen an Unterbezirksbeirat
<u>Empfehlung der AK:</u>	Nichtbefassung

- 1 Wir fordern die SPD-Fraktionen in allen Stadträten in der Region Hannover dazu auf, sich für den  
2 Schutz und die finanzielle Sicherung von sozialen Projekten, insbesondere für Kinder- und  
3 Jugendliche, einzusetzen. So darf für keinen Haushaltsentwurf gestimmt werden, der für solche  
4 Projekte Einsparungen vorsieht.
- 5 Selbes gilt für Nachtragshaushalte und Haushaltssicherungskonzepte. Wir fordern einen  
6 Bestandschutz für soziale Projekte. So müssen jegliche finanziellen Leistungen bzw. Bezüge an  
7 soziale Einrichtungen und soziale Projekte, sowohl städtischer als auch freier Träger, in den  
8 Haushalten mindestens auf dem Niveau des Vorjahres fortbestehen.
- 9 Die Beträge dürfen den Wert aus dem Vorjahr nicht unterschreiten, wobei ein jährlicher  
10 Inflationsausgleich anzuwenden ist. Diese Bestandschutz darf nur ausgenommen werden, wenn  
11 eine Einrichtung bzw. ein Träger dies wünscht, rechtliche Verfehlungen in der Einrichtung bzw.  
12 beim Träger vorliegen oder in der Einrichtung bzw. beim Träger gegen freiheitliche demokratische  
13 Grundwerte gehandelt wird.

### 14 Begründung:

- 15 Die immer größer werdenden finanziellen Belastungen für Städte und Kommunen stellt auch  
16 die Landeshauptstadt Hannover zunehmend vor Herausforderungen. Mit dem  
17 Haushaltssicherungskonzept, kurz HSK, mussten Rat und Verwaltung einen Kompromiss  
18 finden, um den Doppelhaushalt der Landeshauptstadt Hannover für die Jahre 2023 und 2024  
19 durchbringen zu können, ohne eine Überschuldung zu verursachen. Klar ist, dass auch hier  
20 die massive Geißelung durch die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse einen Teil zur  
21 aktuellen Situation in den Kommunalhaushalten beiträgt, jedoch kann auf kommunaler  
22 Ebene nichts an dieser Situation verändert werden. Die im Herbst 2023 angekündigte  
23 Einsparmaßnahme der Landeshauptstadt Hannover, die Kürzung von städtischen  
24 Zuschüssen an Vereine und Verbände in Höhe von sechs Millionen Euro pro Jahr, sei Ende  
25 Januar 2024 vom Tisch, weil die Region Hannover ausgeholfen habe. Für das Jahr 2027 liege

26 aber noch keine Sicherung vor (vgl. HAZ-Artikel vom 25.01.2024: Stadt will 120 Millionen  
27 Euro einsparen: Jugendtreffs und Bibliotheken dicht –Herrenhäuser Gärten werden teurer),  
28 sodass die Debatte um Kürzungen und Einsparmaßnahmen erneut losgehen wird. Allein  
29 dieser Umstand sorgt für Unmut bei Vereinen und Verbänden, die auf die Zuschüsse der  
30 Landeshauptstadt Hannover angewiesen sind, um Investitionen in ihre Infrastruktur zu  
31 tätigen oder den Tagesbetrieb am Laufen zu halten. Auch aus dem Gespräch mit den Falken  
32 in unserer Unterbezirks-Vollversammlung vom 22.11.2023 ging hervor, dass die Existenz  
33 unter anderen der Projekte „Bauwagentreff“ in Wettbergen und „Canarisweg“ in  
34 Mühlenberg von den Zuschüssen der Landeshauptstadt Hannover abhängt. Hier greift die  
35 Forderung des Antrages ein und gibt Vereinen und Verbänden, die soziale Projekte  
36 durchführen, eine bessere Planungssicherheit. Im Januar 2024 verkündete die  
37 Landeshauptstadt Hannover ebenfalls, bei Jugendtreffs, die in städtischer Hand liegen,  
38 zukünftig einzusparen. So sollen Jugendzentren zusammengelegt und kleinere Jugendtreffs  
39 gar geschlossen werden. So gebe man das Jugendcafé Krokus sowie die Jugendtreffs in  
40 Herrenhausen, in Marienwerder und in Vinnhorst auf. Dagegen sollen die Einrichtungen in  
41 Stöcken und in Kronsberg-Süd ausgebaut werden (vgl. HAZ-Artikel vom 25.01.2024: Stadt will  
42 120 Millionen Euro einsparen:

43 Jugendtreffs und Bibliotheken dicht – Herrenhäuser Gärten werden teurer). Auch hier würde  
44 die Forderung einen Haken verschieben, denn auch in Einrichtungen, die in städtischer Hand  
45 liegen, dürfte nicht finanziell gespart werden. Zusammenfassend ist der Antrag ein Appell an  
46 alle SPD-Fraktionen in den Stadträten in der Region Hannover. Die Haushaltslage ist politisch  
47 gemacht, Investitionen in umstrittene Innenstadtkonzepte dürfen nicht Vereinen und  
48 Verbände, und insbesondere der Kinder- und Jugendarbeit, zur Last fallen. Sie tragen in  
49 sozialen Brennpunkten zum Erhalt des sozialen Zusammenhalts bei und sind ein  
50 unermesslicher Gewinn für die Kommunen in der Region Hannover. Die Einsparmaßnahmen  
51 mögen einen Haushalt bereinigen, den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft werden  
52 sie beschmutzen.

# VERKEHR (V)

## V 1 – Verzicht auf die Ausbauten der A2 und der A7 in der Region Hannover im Bundesverkehrswegeplan

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

Weiterleitung Bundesparteitag

Status: Überwiesen an Unterbezirksbeirat

Empfehlung der AK: Ablehnung

1 Auf die im Bundesverkehrswegeplan für die Region Hannover vorgesehenen vierstreifigen  
2 Ausbauten der Autobahnen A2 und A7 soll verzichtet werden. Stattdessen soll der Ausbau des  
3 Schienenverkehrs stärker gefördert werden, der zu Abnahme des Kfz-Verkehrs führen  
4 wird.<sup>[1]</sup> Sollten die für den Ausbau von A2 und A7 in der Region Hannover vorgesehenen Mittel im  
5 Bundesverkehrswegeplan nur für den Ausbau von Bundesautobahnen verwendet werden  
6 können, so soll aus diesen Mitteln der dreistreifige Ausbau der A7 zwischen Bad Fallingbostal und  
7 Soltau-Ost finanziert werden.

8 Begründung:

9 Neben dem notwendigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur soll der  
10 Bundesverkehrswegeplan dazu dienen, die Klimaschutzziele Deutschlands auch im  
11 Verkehrssektor zu erfüllen. Dem werden die vorgesehenen vierstreifigen Ausbauten der  
12 Bundesautobahnen A2 und A7 in der Region Hannover nicht gerecht. Die Mittel aus dem  
13 Bundesverkehrswegeplan zum beschleunigten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sollten  
14 deshalb vorrangig dem Ausbau des schienengebundenen Verkehrs zugutekommen. Sollten  
15 die Mittel für den Ausbau von Autobahnen gebunden sein, so soll stattdessen der  
16 dreistreifige Ausbau der A7 zwischen Bad Fallingbostal und Soltau-Ost daraus finanziert  
17 werden.

## V 2 – Umgehendes Abschleppen nicht zugelassener Kraftfahrzeuge („Schrottautos“) und Krafträder

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

Weiterleitung Landesparteirat, SPD-Regionsfraktion

Status: Angenommen in geänderter Fassung

Empfehlung der AK: Annahme in der Fassung der Antragskommission

- 1 Die Region Hannover ersucht das Land Niedersachsen, eine Rechtsvorschrift zu erlassen, die das
- 2 umgehende Abschleppen nicht zugelassener Kraftfahrzeuge und Krafträder aus dem öffentlichen
- 3 Raum und deren Verwahrung ermöglicht.

## V 3 – Stadtbahnlinie nach Garbsen Mitte

<u>Antragsteller:in</u>	Jusos Region Hannover
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Regionsfraktion
<u>Status:</u>	Überwiesen an Unterbezirksbeirat
<u>Empfehlung der AK:</u>	Annahme

- 1 Wir fordern, Garbsen Mitte und insbesondere den Campus Maschinenbau Garbsen direkt an das
- 2 Straßenbahnnetz anzubinden.

### 3 Begründung:

- 4 Die Nutzung des ÖPNVs darf kein Luxus von Großstädtern sein. Um eine Umweltfreundliche
- 5 Zukunft der Mobilität zu realisieren ist es unerlässlich, dass auch äußere Bereiche von
- 6 Großstädten gut angebunden sind um eine echte Alternative zum Auto zu bieten. Zudem
- 7 wird es so Menschen mit weniger Einkommen deutlich erschwert die Angebote des
- 8 öffentlichen Lebens in Hannover wahrzunehmen, da diese nicht die Möglichkeit haben auf
- 9 das Auto auszuweichen. Auch in Garbsen ansässige Bildungseinrichtungen wie der Campus
- 10 Maschinenbau der Leibniz Universität und Campus Handwerk der Handwerkskammer
- 11 müssen gut angebunden sein, da diese auch viel von nicht in Garbsen ansässigen Azubis und
- 12 Studenten besucht wird und auch hier sonst als Alternative oft nur das Auto bleibt. Die
- 13 favorisierte Lösung wäre die Abzweigung der Linie 4, da die Verlängerung der Linie 6 die
- 14 Fahrzeit nicht verkürzen, sondern verlängern würde.

## V 4 – Nahverkehr: Ringlinie für die äußeren Stadtteile der LHH

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Regionsfraktion, Unterbezirksvorstand
<u>Status:</u>	Überwiesen an Unterbezirksbeirat
<u>Empfehlung der AK:</u>	Annahme in der Fassung der Antragskommission

- 1 Der Öffentliche Nahverkehr innerhalb der Landeshauptstadt Hannovers soll dadurch gestärkt
- 2 werden, dass entsprechend des inneren Busringes für die äußeren Stadtteile ein zweiter, ggf. in
- 3 sich unterteilter Ring geschaffen wird, der es ermöglicht,
- 4 • die Stadtteile entlang der Stadtgrenze zu erreichen, ohne durch die Innenstadt fahren zu
- 5 müssen.
  
- 6 Begründung:
- 7 Erfolgt mündlich.

## V 4 – Nahverkehr: Ringlinie für die äußeren Stadtteile der LHH

### (Ursprungsfassung)

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion, Unterbezirksvorstand

- 1 Der Öffentliche Nahverkehr innerhalb der Landeshauptstadt Hannovers soll dadurch gestärkt
- 2 werden, dass entsprechend des inneren Busringes der 100er und 200er-Linie für die äußeren
- 3 Stadtteile ein zweiter Ring geschaffen wird (z.B 300er/400er), der es ermöglicht,
- 4 • die Stadtteile entlang der Stadtgrenze zu erreichen, ohne durch die Innenstadt fahren zu
- 5 müssen
- 6 • eine durchgehende Fahrt ohne Umsteigen vorzunehmen.



## V 5 – Hochfrequentes autonomes Fahren in der Zukunft

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion

Status: Überwiesen an Unterbezirksbeirat

Empfehlung der AK: Annahme in der Fassung der Antragskommission

- 1 Die SPD im Unterbezirk wirkt darauf hin, langfristig eine selbstfahrende schienengebundene
- 2 Üstra-Linie zu etablieren.

### 3 Begründung:

- 4 Seit vielen Jahren ist der Nahverkehr in der Region Hannover mit der Üstra und der GVH
- 5 Vorreiter in Sachen technologischer Fortschritt und Klimaschutz und ist damit auch Vorbild
- 6 für zahlreiche andere Verkehrsverbünde. In einigen Kommunen und Verkehrsverbänden gibt
- 7 es bereits heute Versuche mit selbstfahrenden Verkehrsmitteln, an zahlreichen Flughäfen
- 8 autonome Zubringerfahrzeuge vom Bahnhof zum Terminal. Unabhängig von einem
- 9 eventuellen zukünftigen Fachkräftemangel könnten auf diese Weise insbesondere auch in
- 10 Nachtzeiten eng frequentierte oder auch bedarfsbezogene autonome Verbindungen
- 11 sichergestellt werden. Alle Rechte der Beschäftigten sind in diesem Zusammenhang
- 12 uneingeschränkt zu schützen. In bestehende Arbeitsverhältnisse wird nicht eingegriffen, deren
- 13 Fortbestand ohne Gehaltseinbußen und Einschränkungen bei der Eingruppierung garantiert. Ziel
- 14 ist eine deutliche Frequenzerhöhung in den Randzeiten, weiterer technologischer Fortschritt im
- 15 Bereich des Nahverkehrs und eine verbesserte Serviceorientierung für die Fahrgäste.

## V 6 – Nahverkehr: Ringlinie für die äußeren Stadtteile der LHH

### (Ursprungsfassung)

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion, Unterbezirksvorstand

- 1 Die SPD im Unterbezirk wirkt darauf hin, dass in der Region Hannover bis zum Jahr 2055
- 2 mindestens eine Linie der schienengebundenen Üstra-Linien selbstfahrend (autonom) fährt. Dies
- 3 kann auf einer der bisherigen Strecken oder auf einem Neubau erfolgen. In bestehende
- 4 Arbeitsverhältnisse wird nicht eingegriffen, deren Fortbestand ohne Gehaltseinbußen und
- 5 Einschränkungen bei der Eingruppierung garantiert. Ziel ist eine deutliche Frequenzerhöhung in
- 6 den Randzeiten, weiterer technologischer Fortschritt im Bereich des Nahverkehrs und eine
- 7 verbesserte Serviceorientierung für die Fahrgäste.

# ÄNDERUNGSANTRÄGE (Ä)

Ä 1 – Änderungsantrag zu AP-1:

Arbeitsprogramm 2.0

Auf dem Weg zu einer modernen, offenen Mitgliederpartei

Antragsteller:in Jusos Region Hannover

Weiterleitung Unterbezirksvorstand

Status: Angenommen

Empfehlung der AK: Annahme

- 1 Streiche in Zeilen 51 bis 54:
- 2 Die Ansprache gerade junger Neumitglieder (Stichwort: 10 unter 20) soll im Unterbezirk unter
- 3 Schulterchluss mit der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialist:innen verstärkt werden. Angeregt
- 4 wird deswegen eine regionsweite Kampagne „100 unter 35“.

## Ä 2 – Änderungsantrag zu BA-6: Leerstand bekämpfen!

<u>Antragsteller:in</u>	Jusos Region Hannover
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Regionsfraktion
<u>Status:</u>	Angenommen
<u>Empfehlung der AK:</u>	Annahme

- 1 Ändere Weiterleitung in:
- 2 Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
- 3
- 4 Ändere Satz 1 des Antrages, Zeilen 1 bis 2, zu:
- 5 Neu: Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die
- 6 Eigentümer:innen von Immobilien zur Nutzung ihres Eigentums durch Vermietung bzw.
- 7 Eigennutzung verpflichtet.
  
- 8 Begründung:
- 9 Erfolgt mündlich.

### Ä 3 – Änderungsantrag zu IS-1:

Auf der Straße für die Demokratie – Polizei resilient  
weiterentwickeln und weiterhin wehrhaft für die Demokratie  
aufstellen!

Antragsteller:in Juntos Region Hannover

Weiterleitung Landesparteirat

Status: Abgelehnt

Empfehlung der AK: Ablehnung

- 1 Ändere in Zeile 11/12
- 2 „[...] dem Sachmittelletat der Polizei“ zu
- 3 Neu: „[...] dem Staatshaushalt“.
  
- 4 Begründung:
- 5 Erfolgt mündlich.

## Ä 4 – Änderungsantrag zu S-7:

### Finanzielle Sicherung für soziale Projekte in der Kinder- und Jugendarbeit

<u>Antragsteller:in</u>	Jusos Region Hannover
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Fraktionen in der Region Hannover
<u>Status:</u>	Überwiesen an Unterbezirksbeirat
<u>Empfehlung der AK:</u>	Ablehnung

- 1 Ändere Weiterleitung in:
- 2 SPD-Regionsfraktion
- 3
- 4 Ändere Zeile 1:
- 5 „[...] die SPD-Fraktionen in allen Stadträten der Region Hannover“ zu
- 6 Neu: „die SPD-Regionsfraktion“
  
- 7 Begründung:
- 8 Erfolgt mündlich.

## Ä 5 – Änderungsantrag zu V-1

### Verzicht auf die Ausbauten der A2 und der A7 in der Region Hannover im Bundesverkehrswegeplan

<u>Antragsteller:in</u>	SPD Frauen
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Regionsfraktion, Unterbezirksvorstand
<u>Status:</u>	Überwiesen an Unterbezirksbeirat
<u>Empfehlung der AK:</u>	Erledigt durch Beschlusslage

1 Die Zeilen 1 bis 7 sind zu ersetzen durch:

2 Die im Bundesverkehrswegeplan für die Region Hannover vorgesehenen Ausbauten auf acht  
3 Fahrstreifen der Bundesautobahnen A2 und A7 sollen vermieden werden.

4 Die politische Schwerpunktsetzung soll stattdessen – wie explizit im Koalitionsvertrag vereinbart  
5 und im Verkehrsentwicklungsplan 2035+ mit breiter Mehrheit in der Region Hannover  
6 beschlossen – nachdrücklich auf dem Erhalt und der Sanierung im Bestand, den Ausbau und die  
7 Reaktivierung des Schienenverkehrs und einer Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans auf  
8 der Basis aktueller Daten und daraus abgeleiteter Kriterien gelegt werden.

9 Diese Position wird von den Regionsgremien gegenüber Region, Land und Bund vertreten.

10 Begründung:

11 Erfolgt mündlich.

12

13 Quellen:

14 Koalitionsvertrag der Bundesregierung, Seite 38 (III. Klimaschutz in einer sozial-ökologischen  
15 Marktwirtschaft, Punkt Mobilität, Unterpunkt Infrastruktur):

16 *„Dabei wollen wir erheblich mehr in die Schiene als in die Straße investieren, um prioritär  
17 Projekte eines Deutschlandtaktes umzusetzen. Bei den Bundesfernstraßen wollen wir einen  
18 stärkeren Fokus auf Erhalt und Sanierung legen, mit besonderem Schwerpunkt auf  
19 Ingenieurbauwerke. (...) Wir werden auf Basis neuer Kriterien einen neuen  
20 Bundesverkehrswege- und -mobilitätsplan 2040 auf den Weg bringen (...)“.*

21 Verkehrsentwicklungsplan 2035+ der Region Hannover, Seite 46 f., unter der Überschrift  
22 „Kapazitätsausbau der Schnellwege und Autobahnen vermeiden“:

23 Die Prognose der Bundesverkehrswegeplanung geht von einem weiteren Wachstum des  
24 Pkw- und Lkw- Durchgangsverkehr durch die Region aus und sieht einen massiven Ausbau  
25 des Fernstraßennetzes in der Region Hannover im vordringlichen und weiteren Bedarf vor (s.  
26 Tabelle).

27 Die Modellrechnungen zeigen jedoch, dass insbesondere durch den Ausbau des S-Bahn- und  
28 Stadtbahnnetzes der regionale Pkw-Verkehr deutlich abnehmen wird. Daher geht die

29 Verkehrsstärke auch auf der A2 und A7 trotz zunehmendem Durchgangsverkehr um rund  
30 zehn Prozent zurück. Auf der B 65 ist mit einem Rückgang um über 30 Prozent der Kfz-  
31 Verkehrsstärke zu rechnen.  
32 Damit kann auf einen achtspurigen Ausbau der A2 und A7 und den vier-/sechsstreifigen Neu-  
33 bzw. Ausbau der B 65 verzichtet werden.